

2016

**Regionale Disparitäten in Deutschland auf der Ebene von
Gemeinden und Kreisen**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Expertise zum Siebten Altenbericht der Bundesregierung

Expertisen zum Siebten Altenbericht der Bundesregierung

Herausgegeben von

Jenny Block, Christine Hagen und Frank Berner

Inhaltsverzeichnis	
Tabellenverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	4
Zusammenfassung	6
1 Einleitung	6
2 Typisierung der Kreisregionen nach ausgewählten siedlungsstrukturellen ökonomischen und sozialen Merkmalen	7
2.1 Identifizierung relevanter Indikatoren und methodisches Vorgehen	10
2.2 Ergebnisse der Typisierung der Kreisregionen	17
3 Ausgewählte regionale Strukturen von Alterseinkommen und armutsnahen Lagen	21
3.1 Ausgewählte regionale Strukturen von Alterseinkommen	21
3.2 Ausgewählte regionale Strukturen armutsnaher Lagen	27
4 Wesentliche demografische Strukturen und Trends in den Regionen 2000 bis 2030	32
4.1 Wesentliche Strukturen und Trends der demografischen Entwicklung, 2000 bis 2030	32
4.2 Demografische Strukturen und Trends der Entwicklung der über 64-Jährigen; 2000 bis 2030	40
5 Ausgewählte regionale Strukturen der Infrastrukturausstattung	47
5.1 Soziale Infrastruktur	47
5.1.1 Ausgewählte regionale Strukturen der Erreichbarkeit von Infrastrukturen	47
5.1.2 Ausgewählte regionale Strukturen der Gesundheitsversorgung/-betreuung	50
5.1.3 Ausgewählte regionale Strukturen der Kultur- und Freizeitstruktur	56
5.1.4 Ausgewählte regionale Strukturen des Wohnungsmarktes	60
5.1.5 Ausgewählte regionale Strukturen des Pflegemarktes	66
5.1.6 Ausgewählte regionale Strukturen von Einzelhandel und Postfilialen	78
5.2 Technische Infrastruktur – Breitbandversorgung	83
6 Fazit	89
Anhang	92
Literaturverzeichnis	103

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Statistische Eckwerte der in die Faktorenanalyse eingegangenen Indikatoren	12
Tabelle 2:	Ergebnisse der Faktorenanalyse	13
Tabelle 3:	Regionale Unterschiede monatlicher Ansprüche bzw. Alters-einkommen	23
Tabelle 4:	Empfänger von Leistungen der Grundsicherung und Bedarfsgemeinschaften	28
Tabelle 5:	Demografische Strukturen und Trends, 2000 bis 2012	34
Tabelle 6:	Demografische Strukturen und Trends, 2011 bis 2030	37
Tabelle 7:	Demografische Strukturen und Trends der über 64-Jährigen, 2000 bis 2010	41
Tabelle 8:	Demografische Strukturen und Trends der über 64-Jährigen, 2011 bis 2030	45
Tabelle 9:	Ausgewählte regionale Strukturen der Erreichbarkeit von Infrastrukturen, 2012	48
Tabelle 10:	Ausgewählte regionale Strukturen der gesellschaftlichen Versorgung/Betreuung, 2011	52
Tabelle 11:	Ausgewählte regionale Strukturen der Kultur- und Freizeitinfrastruktur, 2008/2011/2012	57
Tabelle 12:	Ausgewählte regionale Strukturen des Wohnungsmarktes, 2011	61
Tabelle 13:	Regionalstruktur des Pflegebedarfs 2011 bis 2030, differenziert nach Kreisregionstypen, BBSR-Kreistypen, alte und neue Länder und Deutschland	68
Tabelle 14:	Regionalstruktur ausgewählter Pflegekapazitäten, 2011	75
Tabelle 15:	Ausgewählte regionale Strukturen von Einzelhandel und Postfilialen, 2012/2013	81
Tabelle 16:	Regionalstruktur der Breitbandversorgung, 2010 bis 2013	86

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Auswahl regionaler Strukturdaten	15
Abbildung 2:	Auswahl regionaler Strukturdaten	16
Abbildung 3:	Typisierung der Kreisregionen in Deutschland	19
Abbildung 4:	Anteile von Einkommenskomponenten der Alterssicherung am Bruttoeinkommensvolumen, 2011	22
Abbildung 5:	Regionalstruktur ausgewählter Alterseinkommen, 2013	25
Abbildung 6:	Regionalstruktur ausgewählter Alterseinkommen, 2013	26
Abbildung 7:	Empfänger von Grundsicherung im Alter, 2011	29
Abbildung 8:	In Bedarfsgemeinschaften lebende Personen, 2012	31
Abbildung 9:	Ausgewählte demografische Prozesse und Strukturen 2000 bis 2012	35
Abbildung 10:	Entwicklung der Bevölkerungszahl, 2011 bis 2030	38
Abbildung 11:	Niveau und Entwicklung des Durchschnittsalters der Bevölkerung, 2011 bis 2030	39
Abbildung 12:	Ausgewählte Strukturen und Trends der über 64-Jährigen, 2000 bis 2010	42
Abbildung 13:	Ausgewählte Strukturen und Trends der über 64-Jährigen, 2011 bis 2030	46
Abbildung 14:	Ausgewählte regionale Strukturen der Erreichbarkeit von Infrastrukturen, 2012	49
Abbildung 15:	Ausgewählte Regionale Strukturen der gesundheitlichen Versorgung/Betreuung, 2011	55
Abbildung 16:	Regionalstruktur ausgewählter Kultur- und Freizeiteinrichtungen, 2008/2010/2012	59
Abbildung 17:	Ausgewählte regionale Strukturen des Wohnungsmarktes, 2011	64
Abbildung 18:	Pflegebedürftige je 1.000 Einwohner, 2011	70
Abbildung 19:	Entwicklung der Pflegequote, 2011 bis 2030	73
Abbildung 20:	Betreuungskapazitäten für stationär Pflegebedürftige in Pflegeheimen, 2011	76
Abbildung 21:	Personaleinsatz in der ambulanten und stationären Pflege, 2011	77
Abbildung 22:	Ausgewählte regionale Strukturen von Einzelhandel und Supermärkten, 2013	82

Abbildung 23:	Wichtigkeit der Standortfaktoren in der Region Bodensee-Oberschwaben, 2012	85
Abbildung 24:	Verfügbarkeit der Bandbreite von 50 Mbit/s, Dezember 2013	88

Zusammenfassung

Basierend auf einer Typisierung der Kreisregionen in Deutschland, die wesentliche ökonomische, soziale und siedlungsspezifische Strukturen berücksichtigt, werden mit besonderem Blick auf die ältere Generation wesentliche regionale Strukturen und Trends der Vergangenheit und Zukunft analysiert und bewertet.

Bei den hier berücksichtigten Strukturen zeigen sich erhebliche regionale Disparitäten. Während für strukturschwache Regionen, die vor allem in den neuen Ländern oder in „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ liegen, demografische Schrumpfungs- und ausgeprägte demografische Alterungsprozesse typisch sind, gibt es viele strukturstarke Regionen (u. a. Regionen der Kreisregionstypen „Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen“; „Standorte industrieller Global Player“ und „Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren“) mit anhaltenden Bevölkerungszuwächsen und einer geringeren Intensität demografischer Alterungsprozesse. Die regionalen Disparitäten der Vergangenheit werden auch den Wandel der demografischen Strukturen und Trends bis 2030 maßgeblich prägen. Entsprechend haben strukturschwächere Regionen auch künftig eine ungünstigere demografische Entwicklung zu erwarten und vice versa.

Die regionalen Disparitäten spiegeln sich auch in der Infrastrukturausstattung wider. Vor allem in Regionen mit starken Strukturdefiziten, die teilweise peripher gelegen sind, lässt sich eine hohe Lebensqualität für ältere Menschen nur sehr schwer absichern. Hier weisen die regionalen Akteure einerseits erhebliche strukturelle Defizite auf. Andererseits kann die meist sehr lückenhafte Infrastruktur, die ohnehin nur schlecht erreichbar ist, kaum noch ausgelastet werden.

1 Einleitung

Regionale Disparitäten prägen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland. Während die Disparitäten einiger regionaler Strukturindikatoren das Ergebnis unterschiedlicher Siedlungsstruktur oder allgemeiner wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sind und damit eher Normalität widerspiegeln, resultieren die Disparitäten anderer regionaler Strukturindikatoren aus einer Verfestigung wirtschaftlicher und sozialer Schwächen/Probleme, die die Akteure der betroffenen Regionen vor große Herausforderungen stellen.

Aus zahlreichen empirischen Analysen ist bekannt, dass sich die demografischen Strukturen und Trends in starker Abhängigkeit von der strukturellen Stärke oder Schwäche einer Region verändern. Während strukturstarke Regionen vielfach noch von Bevölkerungswachstum und einem niedrigen Niveau der demografischen Alterung geprägt werden, weisen strukturschwache Regionen schon seit langem starke Bevölkerungsverluste und eine ungleich höhere Intensität der demografischen Alterung auf.

Im Rahmen dieser Studie sollen wesentliche regionale Muster dieser Wechselbeziehung von regionalen Disparitäten und demografischem Wandel identifiziert werden, mit besonderem Blick auf die Infrastrukturversorgung älterer Menschen. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, wie sich aktuell die Versorgung älterer Menschen mit ausgewählten Infrastrukturen gestaltet und welche Herausforderungen sich aus der regional differenzierten Bevölkerungsentwicklung bis 2030 für diesen Bereich ableiten.

2 Typisierung der Kreisregionen nach ausgewählten siedlungsstrukturellen ökonomischen und sozialen Merkmalen

Wenn man unterstellt, dass das Niveau regionaler Disparitäten wesentliche Rahmenbedingungen für das Agieren der Akteure im Raum setzt, sollten hier auch die wesentlichen regionalen Muster dieser Disparitäten herausgearbeitet werden. Im Weiteren kann dann analysiert und bewertet werden, ob und welche besonderen Strukturen und Trends sich für die unterschiedlichsten Indikatoren identifizieren lassen, die für ältere Menschen mehr oder weniger relevant sind.

Um die Vielfalt der siedlungsstrukturellen, ökonomischen und sozialen Disparitäten im Raum differenzierter beschreiben zu können, werden ferner die 402 Kreise¹ Deutschlands mittels einer Faktoren-, Cluster- und Diskriminanzanalyse typisiert. Dabei werden zur Bewertung der Entwicklungspotenziale der zahlreichen Akteure im Raum (Einwohner, Unternehmen) Strukturindikatoren verwendet, die für die Beurteilung des aktuellen regionalen Arbeits- und Lebensumfeldes dieser Akteure wie auch für deren Entwicklungsperspektiven von Bedeutung sind (Kubis u. a. 2009).

Während das alte, neoklassisch ausgerichtete Wachstumsmodell vor allem auf den exogenen Faktor „technischer Fortschritt“ setzte, der endogene Aspekte des Wachstums eher vernachlässigte (Jochimsen 1996: 496), stellen die neueren Ansätze regionaler Wachstumstheorien die endogenen Potenziale der Regionen immer stärker als wesentliche Determinanten regionaler Wachstumsprozesse heraus. Neben der Exportbasis- und Wachstumspoltheorie stützen sich neuere Ansätze der Regionalentwicklung vor allem auf die neue Wachstumstheorie und die Theorie der „New Economic Geography“ (Troeger-Weiß u. a. 2009: 5).

Während die neue Wachstumstheorie unter anderem auch den Faktor „technisches Wissen“ als endogenen Wachstumsfaktor in die regionale Entwicklungstheorie integriert, bemüht sich die Neue Ökonomische Geographie (New Economic Geography) Ansätze zu entwickeln, die die Agglomeration (Konzentration) ökonomischer Aktivitäten in einzelnen Raumeinheiten erklären (Hampe 2005). Dies erfolgt unter anderem über die Branchenzyklustheorie, der zufolge sich das Wachstum einer Region analog zur Entwicklung der dort dominierenden Branche entwickelt und maßgeblich vom Lebenszyklus dieser Branche abhängig ist. „Nachdem sich innerhalb des Branchenzyklus die Sektorstrukturen

¹ Kleinere kreisfreie Städte unter 100.000 Einwohnern wurden dabei zuvor mit den ihnen zugeordneten Landkreisen zu Kreisregionen zusammengefasst, um zu bundesweit vergleichbaren Raumeinheiten zu kommen. Die 402 Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands wurden im Ergebnis zu 363 Kreisregionen zusammengefasst.

vollständig entwickelt haben und ein überdurchschnittliches Wachstum ermöglichen, folgt danach zumeist mehr oder weniger schnell der Übergang in die Stagnations- oder Niedergangsphase. Um ein neues Wachstum nach der Niedergangsphase entstehen zu lassen, ist schließlich ein Wandel der Sektorstrukturen notwendig (Hamm und Wienert 1990).“

Einen weiteren Ansatz für die Erklärung der Konzentration ökonomischer Aktivitäten in einzelnen Raumeinheiten bildet die Clustertheorie, nach der regionale Cluster als Orte angesehen werden: „[...] in denen Wissen vorhanden ist und zirkuliert, das in einen spezifischen regionalen Kontext eingebettet und deshalb oft schwer an andere Orte zu transferieren ist. Cluster bestehen aus geographisch konzentrierten Unternehmen und Institutionen und bilden somit einen wesentlichen Standortvorteil für eine Region und stärken deren Wettbewerbsfähigkeit.“ (Troeger-Weiß u. a. 2009: 8).

Damit basiert die Clustertheorie bereits auf grundlegenden Überlegungen der Theorien der humankapitalorientierten und wissensbasierten Regionalentwicklung, die im Wesentlichen davon ausgehen, „dass die Produktion und die Nutzung von Wissen die Ausgangsbasis für die Wachstumsdynamik einer Region bilden. Wissen sei dabei ein Faktor, der die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit einer Region erhöht. So wird dem Wissen als Produktionsfaktor ca. die Hälfte der allgemeinen Wertschöpfung beigemessen.“ (Troeger-Weiß u. a. 2009: 9f.).

Mit Blick auf dieses breite Theoriengerüst werden im Kontext wesentlicher Faktoren der Regionalentwicklung unter anderem die folgenden Determinanten herausgestellt (Troeger-Weiß u. a. 2009: 5f.).

Historische Ausgangssituation und Pfadabhängigkeit

1. Fachliche Determinanten

- Diversifizierung der regionalen Wirtschaftsstruktur
- Tourismus als Wirtschaftszweig
- Betriebsgrößenstruktur
- Clusterbildung
- regionale Entscheidungsstrukturen – Headquarter versus Zweigbetriebe
- Leistungsfähigkeit des Arbeitsmarktes (Niveau der Arbeitslosigkeit, Einkommens- und Qualifikationsniveau der Beschäftigten, regionale Wirtschaftskraft)
- Siedlungsstruktur (Lage, Dichte, Erreichbarkeit)
- infrastrukturelle Ausstattungsniveaus
- wissensbasierte Strukturen

2. Determinanten im Bereich der regionalen Anpassungsfähigkeit

- Kommunale Finanzausstattung
- Dynamik und Steuerungsstrategien des regionalen und sektoralen Strukturwandels
- Inanspruchnahme von Fördermitteln
- Initiierung und Umsetzung von Projekten zur Förderung einer positiven Regionalentwicklung
- Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die regionale Wirtschaft

3. Organisatorische und institutionelle Determinanten
 - Stellenwert von regionalen Entwicklungsinitiativen als innovative Organisationsstrukturen
 - Stellenwert von innerregionalen Netzwerken
 - Stellenwert von Trendsettern und Opinion Leadern/"starken" Persönlichkeiten
 - regionale Entscheidungsstrukturen
4. Personelle Determinanten – Existenz kreativer Milieus
 - Identifikation und Verbundenheit der Bevölkerungsgruppen und Akteure mit der Region
 - Selbstbewusstsein der Bevölkerung und von Akteuren
 - Selbstimagestrukturen der Region
 - Einschätzung von Wachstumsfaktoren aus der Sicht ausgewählter Bevölkerungsgruppen

Je nachdem, wie die Regionen mit diesen wesentlichen Determinanten der Regionalentwicklung ausgestattet sind, gestalten sich ihre Entwicklungschancen mehr oder weniger positiv. Direkt betroffen von diesen disparitären regionalen Entwicklungspotenzialen sind die dort agierenden Menschen und Unternehmen. Agieren sie in einem regionalen Umfeld, das im Ergebnis dauerhafter struktureller Stärke leistungsfähige Kommunen und Unternehmen hervorbringt, wird sich dies auch positiv in der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit ihrer Standorte niederschlagen. Kommen in ihren Heimatregionen dagegen langfristig strukturelle Defizite stärker zum Tragen, steht es um die Ausgestaltung leistungsfähiger Wohn- und Unternehmensstandorte deutlich schlechter. Die kommunalen Finanzen stehen unter Druck; Kommunen reduzieren ihr Handeln immer stärker auf ihre Pflichtaufgaben; die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes verschlechtert sich; junge, gut ausgebildete Menschen wechseln ihren Wohnsitz in andere, attraktivere Regionen, die ihnen dauerhaft ein besseres Arbeits- und Wohnumfeld sichern können.

Auch für die Älteren kann sich im Ergebnis dieser Entwicklungsprozesse die Attraktivität der Wohnstandorte verändern, weil für sie die Erreichbarkeit von Strukturen der Daseinsvorsorge immer wichtiger wird (Minimierung/Schließung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, reduzierte Taktfrequenzen des ÖPNV) und/oder Mindestanforderungen an die Verfügbarkeit kultureller und anderer Freizeitinfrastrukturen bestehen, denen die Region immer weniger gerecht werden kann. Da sich zudem die Einkommens- und Vermögenssituation der Einwohner strukturschwacher Orte tendenziell spürbar von der strukturstarker Orte unterscheidet, geht auch von der Kaufkraft der ansässigen Wohnbevölkerung eine mehr oder weniger stabilisierende Wirkung auf die regionale Wirtschaftsentwicklung aus.

Mit Blick auf diese Zusammenhänge finden sich neben Indikatoren, die das wirtschaftliche Potenzial und/oder die Wirtschaftskraft der Regionen insgesamt oder differenziert nach Sektoren messen, regelmäßig auch Analysen, die im Kontext solcher Vergleiche die Leistungsfähigkeit des Arbeitsmarktes, den regionalen Zugang zu Humanressourcen, die demografische Situation, siedlungsstrukturelle Merkmale und daraus resultierende Mobilitäts- beziehungsweise Transportkosten, die Situation der öffentlichen Finanzen, soziale Disparitäten und anderes mehr berücksichtigen. Im Prognos Zukunftsatlas 2013 werden die Zukunftsperspektiven der Regionen beispielsweise durch folgende vier Determinantengruppen (Themenbereiche) bestimmt (Prognos 2013):

- Demografie,
- Arbeitsmarkt,
- Wettbewerb und Innovation sowie
- Wohlstand und soziale Lage.

2.1 Identifizierung relevanter Indikatoren und methodisches Vorgehen

Im Rahmen dieser Analyse wurde, unter Berücksichtigung der oben genannten regionalökonomischen Theorien, für die folgenden Themen/Strukturen ein breites Spektrum an Indikatoren entwickelt:

- Siedlungsstruktur
- Einkommensniveau
- Erreichbarkeit wesentlicher Infrastrukturen und Zentren
- Niveau der Wertschöpfung, insgesamt und sektoral differenziert
- sektorale Beschäftigungsmuster
- Qualifikations- und Innovationsgrad der Beschäftigung
- Niveau der Arbeitslosigkeit
- industrielles Potenzial
- Übernachtungsintensitäten im Fremdenverkehr
- Verfügbarkeit leistungsfähiger Breitbandanbindung
- Intensität der Internetnutzung

In Vorbereitung der Faktorenanalyse wurde dieses breite Spektrum an Indikatoren einer Korrelationsanalyse unterzogen, um das Indikatoren-Set auf möglichst wenige Indikatoren zu reduzieren, die zudem möglichst wenig miteinander korrelieren. Die Korrelationsbeziehungen der ausgewählten Strukturindikatoren zeigen, dass es zwischen diesen zum Teil sehr starke Wechselwirkungen/Abhängigkeitsmuster gibt (Tabelle 1 a-c im Anhang). Zu nennen wären hier unter anderem:

- Peripher gelegene Regionen und/oder Regionen die vergleichsweise ungünstig in das Netz hochrangiger Infrastrukturen eingebunden sind, weisen tendenziell ein weit unterdurchschnittliches Bevölkerungspotenzial auf.
- Regionen mit einem hohen Bevölkerungspotenzial, also eher städtische Regionen, realisieren ein höheres Produktivitätsniveau.
- Das regionale Einkommensniveau gestaltet sich in starker Abhängigkeit vom sektoralen Wertschöpfungsniveau sowie von der Wirtschaftsstruktur.

- Regionen mit großen Industriebetrieben realisieren tendenziell ein höheres Wertschöpfungsniveau und höhere Einkommen.
- Regionen mit einem hohen Niveau der Arbeitslosigkeit weisen tendenziell ein deutlich niedrigeres Einkommensniveau auf.
- In zentral gelegenen Regionen, die gut in das Netz hochrangiger Infrastrukturen² eingebunden sind, wird das Internet wesentlich aktiver genutzt, wobei leistungsfähige Breitbandangebote für die Haushalte deutlich besser verfügbar sind.

Tabelle 1 stellt nun die Indikatoren vor, die in der Faktorenanalyse Berücksichtigung finden.

² Zur hochrangigen Infrastruktur zählen Autobahnen, Fernbahnhöfe und internationale Verkehrsflughäfen (Maretzke u. a. 2012).

Tabelle 1: Statistische Eckwerte der in die Faktorenanalyse eingegangenen Indikatoren

Indikator	Kürzel des Indikators	Minimum	Maximum	Bevölkerungsgewichteter Mittelwert	Standardabweichung
Langzeitarbeitslose je 100 abhängige Erwerbspersonen 2012 (Jahresdurchschnitt)	Alq12L	0,2	7,5	2,5	1,5
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter in wissensintensiven, unternehmensorientierten Dienstleistungen 2012 (%)	Ant_wissDI12	2,4	28,5	9,8	5,1
Regionales Bevölkerungspotenzial* 2012 (1000 Einwohner)	Bevpot12	54	2.482	681	589
Durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Industriebetrieb 2012 (Jahresdurchschnitt)	IndBGr12	32	2.069	144	115
Erreichbarkeit des nächstgelegenen Ober- oder Mittelzentrums 2012 (Min.)	OzMz12	0,0	37,4	5,0	4,7
Übernachtungen im Fremdenverkehr (In- und Ausland) je 100 Einwohner 2012	qNächte11	0,5	43,0	5,0	5,2
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 2011 (Euro)	qBWS11	37.062	101.438	55.191	9.564
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Sektor Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 2011 (Euro)	qBWS11_LFF	7.694	66.939	29.550	10.011
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor ³ 2011 (Euro)	qBWS11_DL	37.164	206.403	90.201	23.672
Registrierte .de-Domains je 100 Einwohner 2012	qDomain12	5,3	90,2	17,5	8,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2011 (Euro)	qVerfEink_g11	15.130	32.551	19.936	2.479

* Das Regionale Bevölkerungspotenzial ist ein Zentralitätsmaß, das für eine Ausgangsgemeinde die Wohnbevölkerung im Umkreis von 100 km distanzgewichtet aufsummiert (Spangenberg 2003). Dabei setzt sich der Wert des Bevölkerungspotenzials aus zwei Teilgrößen additiv zusammen:

- der erreichbaren Bevölkerung in umliegenden Gemeinden. Diese wird aufaddiert, allerdings mit Distanzgewichtung (alle 10 km Entfernung nur noch zu 50%).
- der Eigenbevölkerung, die distanzgewichtet mit der sogenannten Eigendistanz eingeht. Diese wird näherungsweise als halber Radius der kreisförmig angenommenen Siedlungs- und Verkehrsfläche der Gemeinde selbst berechnet. Dieses Vorgehen trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Gemeindebevölkerung nicht auf einen Punkt im Raum konzentriert, so dass bei räumlichen Interaktionen auch innergemeindlich Wege anfallen.

Das regionale Bevölkerungspotenzial der Kreisregionen/Raumaggregate wurde als Durchschnittswert aller zugehörigen Gemeinden berechnet, gewichtet an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Quelle: Laufende Raumbearbeitung des BBSR, eigene Berechnungen.

³ Finanz-, Versicherungsdienstleistungen; Grundstücks- u. Wohnungswesen; freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen; sonstige wirtschaftsnahe Dienstleistungen.

Die statistischen Eckwerte von Tabelle 1 verdeutlichen, dass es auf Ebene der Kreisregionen in Deutschland erhebliche regionale Disparitäten gibt, die sich massiv auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in diesen Räumen auswirken. Für sie macht es natürlich einen Unterschied, ob sie in einer strukturstarken Region leben, in der sich die Arbeitslosenquote oder die Kaufkraft der Einwohner überdurchschnittlich günstig gestalten (z. B. Erding, Biberach, Coesfeld) oder ob ihre Region strukturschwach und gering verdichtet ist, peripher liegt und zudem noch ein sehr hohes Arbeitslosigkeitsniveau aufweist (z. B. Uckermark, Stendal, Mecklenburgische Seenplatte).

Auf Basis dieses durch die Korrelationsanalysen reduzierten Datensatzes wurde nun eine Faktorenanalyse⁴ durchgeführt.

Im Ergebnis der Faktorenanalyse lassen sich die folgenden fünf zentralen „Faktoren“ quantifizieren, die die Wechselwirkungen des Basisindikatoren-Sets zufriedenstellend erklären (Tabelle 2):

Tabelle 2: Ergebnisse der Faktorenanalyse

Indikator	Komponente/Faktor				
	Strukturstärke	Innovation	Verdichtung	Industrie- potenzial	touristische Attraktivität
	1	2	3	4	5
qBWS11_FDL	,842				
Alq12L	-,824				
qVerfEink_g11	,757				
qDomain12		,871			
Ant_wissDI12		,777			
OzMz12	,424	-,471			
qBWS11_LFF			-,885		
Bevpot12		,417	,688		
IndBGr12				,946	
qBWS11				,755	
qNächte11					,969

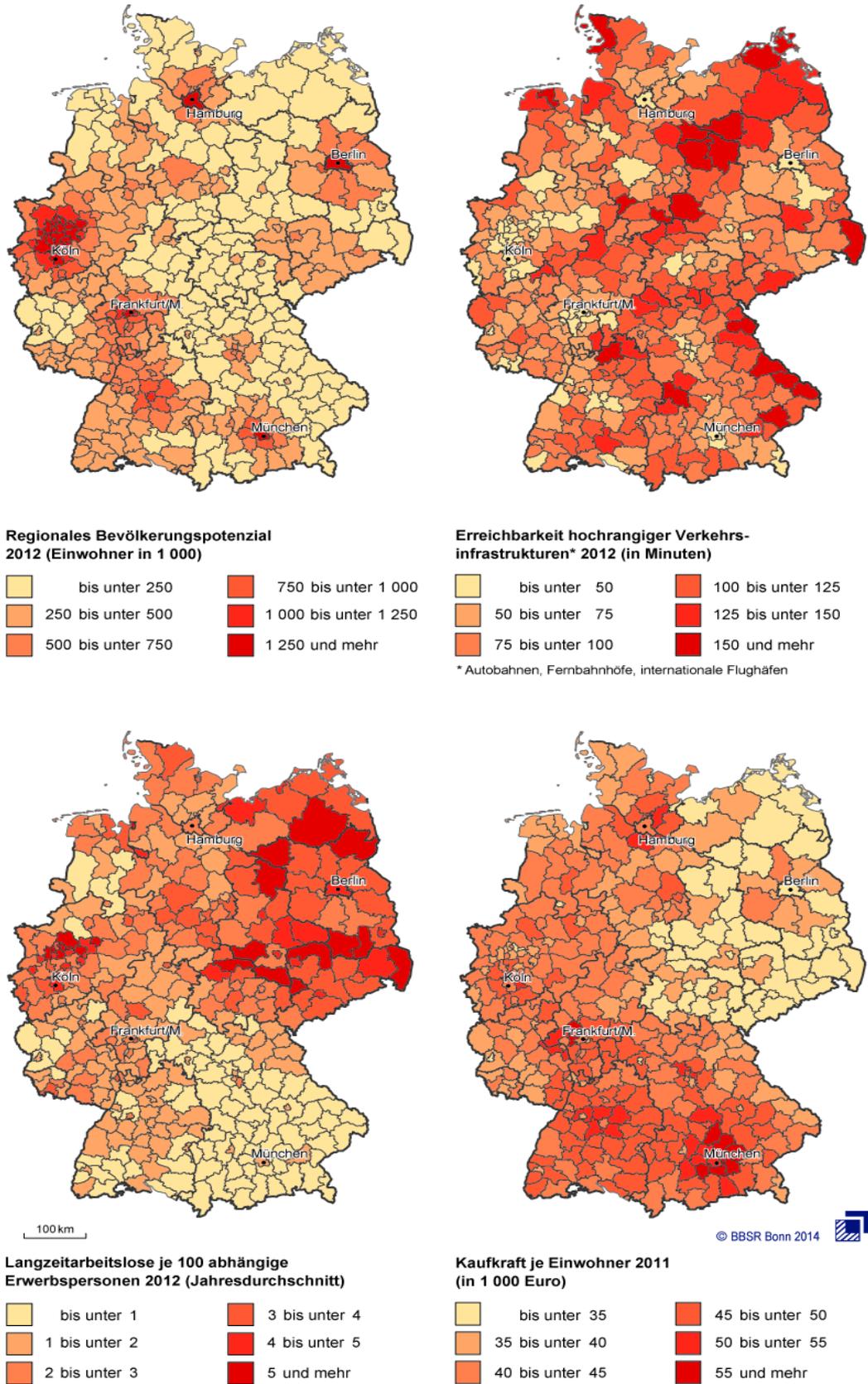
* Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse; Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung. Rotierte Komponentenmatrix; die Rotation ist in 6 Iterationen konvergiert.

⁴ Die Faktorenanalyse ist ein strukturentdeckendes Verfahren, über das sich das vorgestellte Indikatoren-Set auf wenige Faktoren reduzieren lässt. Bei einer Faktoranalyse geht man davon aus, dass hinter den bislang ausgewählten Indikatoren deutlich weniger Faktoren stehen, die für das beobachtbare Korrelationsmuster verantwortlich sind (<http://www.eric-klopp.de/texte/methoden/14-explorative-faktorenanalyse> [Zugriff 8. April 2016]).

Diese fünf „Faktor“-Indikatoren bildeten im Weiteren die empirische Basis für eine Clusteranalyse⁵, mittels derer die Kreisregionen Deutschlands typisiert werden konnten. In den Abbildung 1 und Abbildung 2 werden wesentliche Indikatoren dargestellt, die zentral für die unterschiedlichen thematischen Schwerpunkte der hier identifizierten Faktoren stehen.

⁵ http://www.staedtestatistik.de/fileadmin/vdst/ag-methodik/Leitfaeden/2008_AGMethodik_LeitfadenClusteranalyse_Teil2.pdf [Zugriff am 8. April 2016].

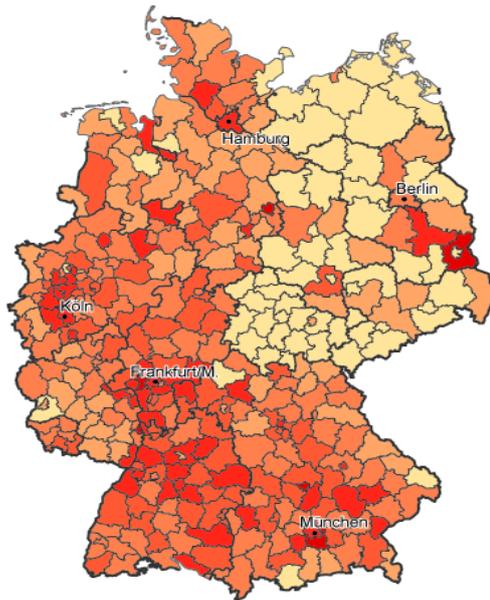
Abbildung 1: Auswahl regionaler Strukturdaten



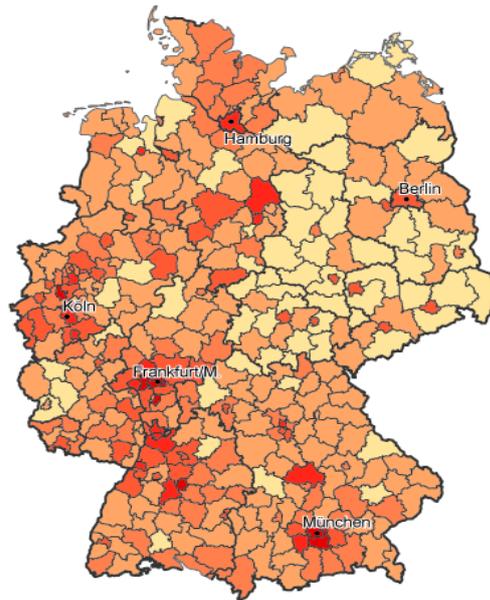
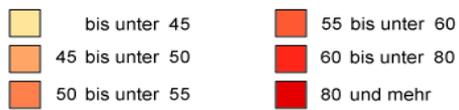
Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Erreichbarkeitsmodell des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Kreisregionen, 31.12.2011

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

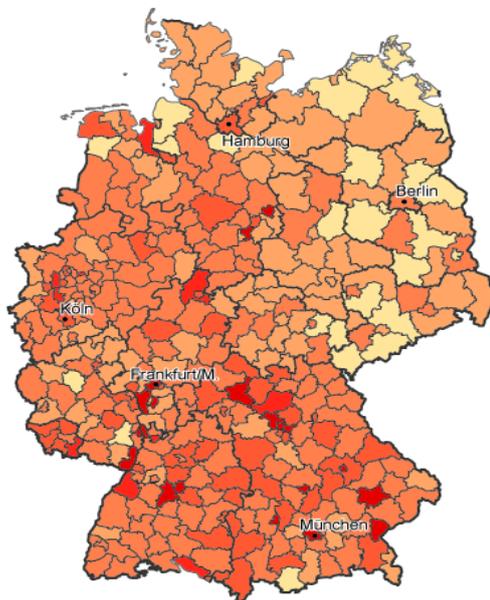
Abbildung 2: Auswahl regionaler Strukturdaten



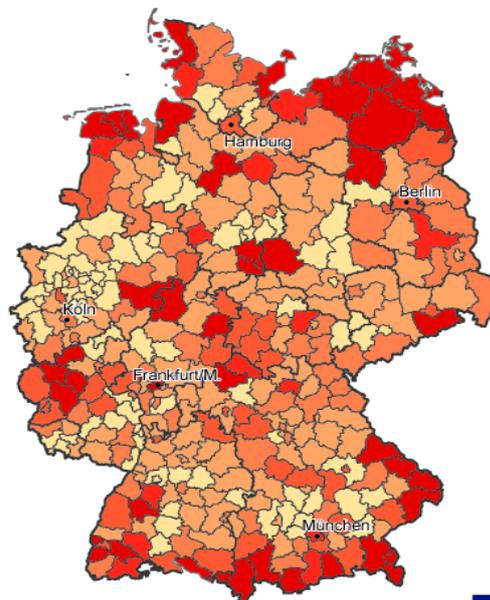
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 2011 (in 1 000 Euro)



Sv-pflichtig Beschäftigte in wissensintensiven, unternehmensorientierten Dienstleistungen 2012 (in %)



Durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Industriebetriebe 2012 (Jahresdurchschnitt)



Übernachtungen im Fremdenverkehr (In- und Ausland) je 100 Einwohner 2012



Datenbasis: Laufende Raumbbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Kreisregionen, 31.12.2011

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

Im Ergebnis der Clusteranalyse wurden sechs Kreisregionstypen identifiziert, für die jeweils charakteristisch ist, dass sich die zugehörigen Kreisregionen relativ ähnlich sind, die Kreisregionstypen untereinander sich aber deutlich unterscheiden. Überprüft wurden die Ergebnisse der Clusteranalyse abschließend durch eine Diskriminanzanalyse, die untersucht, inwieweit bestimmte der hier berücksichtigten „Faktor“-Indikatoren zur Unterscheidung zwischen den identifizierten Regionstypen beitragen.

2.2 Ergebnisse der Typisierung der Kreisregionen

Die Ergebnisse der Typisierung der Kreisregionen zeigen, dass es in Deutschland spürbare siedlungsstrukturelle, ökonomische und soziale Unterschiede zwischen den Kreisregionen gibt. Neben vielen strukturstarken Regionen gibt es auch zahlreiche äußerst strukturschwache Regionen, die vor gewaltigen Herausforderungen bei der erfolgreichen Bewältigung des notwendigen Strukturwandels stehen (Abbildung 1 und Abbildung 2).

Im Wesentlichen lassen sich die Kreisregionen Deutschlands den folgenden sechs Kreisregionstypen (nachfolgend auch Cluster genannt) zuordnen (Abbildung 3; Tabelle 2 im Anhang):

1. Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen
2. Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen
3. Standorte industrieller Global Player
4. Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren
5. Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen
6. Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen

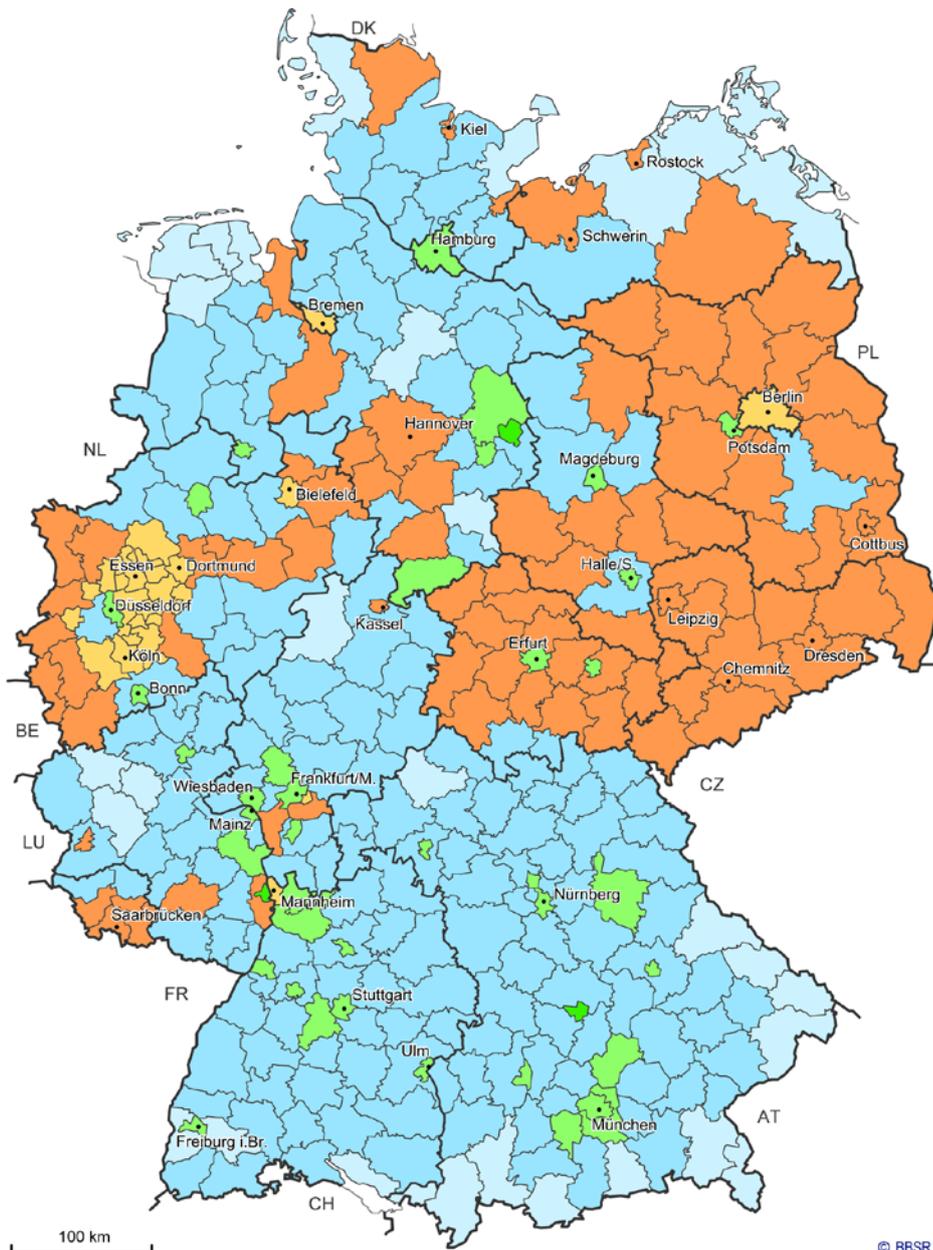
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen

Die Kreisregionen dieses Clusters liegen meist abseits großer Metropolen und weisen ein unterdurchschnittliches Bevölkerungspotenzial auf. Ihre Anbindung an hochrangige Infrastrukturen gestaltet sich ungünstiger als im bundesweiten Kontext. Das Einkommen bewegt sich auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Beschäftigung und Wertschöpfung werden in den zugehörigen Regionen in starkem Maße durch hochproduktive Finanzdienstleistungen geprägt, wobei die Arbeitslosigkeit bundesweit die niedrigsten Werte aufweist. Diese relativ günstigen wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen basieren auf einem hohen Besatz an mittelständischer Industriebeschäftigung, die sich im bundesweiten Vergleich auf einem leicht höheren Niveau bewegt. Diesem Cluster gehören mit Abstand die meisten Kreisregionen an (176), von denen acht Landkreise in den neuen Ländern liegen. In den alten Ländern finden sich Kreisregionen dieses Clusters in insgesamt acht Bundesländern. In den neuen Ländern sind dies unter anderem die Landkreise Dahme-Spreewald, Altmarkkreis Salzwedel und Sonneberg.

Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen

Die Kreisregionen dieses Clusters weisen im bundesweiten Kontext das niedrigste Bevölkerungspotenzial, eine sehr geringe Einwohnerdichte sowie eine unbefriedigende Anbindung an leistungsstarke Zentren und das Netz hochrangiger Infrastrukturen auf. Auch die Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen bewegt sich hier auf einem sehr niedrigen Niveau. Allerdings profitieren die zugehörigen Regionen in der Regel von ihrer touristischen Attraktivität, die sich in den mit Abstand höchsten Übernachtungskapazitäten im Fremdenverkehr niederschlägt. Die Industrie spielt in diesen Regionen nur eine untergeordnete Rolle. Auch wenn das Wertschöpfungsniveau in den Regionen dieses Clusters unter dem Bundeswert liegt, sichern das Tourismusgewerbe und die vielen, diesem Sektor nachgeordneten unternehmerischen Aktivitäten den Einwohnern ausreichend Arbeitsplätze und ein nur gering unter dem Durchschnitt liegendes Einkommensniveau. Im bundesweiten Vergleich liegt die Arbeitslosigkeit auf unterdurchschnittlichem Niveau. Dem Cluster gehören 29 Kreisregionen an, von denen die Mehrheit (24) in den alten Ländern liegt. Typische Vertreter in den alten Ländern sind unter anderem die Kreise Wittmund, Vulkaneifel und Breisgau-Hochschwarzwald. In den neuen Ländern gehören die Landkreise Rostock, Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald diesem Regionstyp an.

Abbildung 3: Typisierung der Kreisregionen in Deutschland



© BBSR Bonn 2014

Typisierung der Kreisregionen in Deutschland nach ausgewählten siedlungsstrukturellen, ökonomischen und sozialen Merkmalen

	A	B	C	D	E	F
Regionales Bevölkerungspotenzial	-	--	-	+	-	++
Ausstattung mit hochrangiger Infrastruktur	-	--	+	+	o	++
Niveau der Arbeitslosigkeit	++	o	o	o	-	--
Kaufkraft je Einwohner	++	-	+	+	--	--
Niveau der Bruttowertschöpfung	o	-	++	++	--	o
Größe der Industriebetriebe	o	o	++	+	-	o
Übernachtungen im Fremdenverkehr	-	++	-	o	-	-

Die Ausprägung des Indikators ist im bundesweiten Vergleich ...

- ++ sehr günstig
- + günstig
- o durchschnittlich
- ungünstig
- sehr ungünstig

Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG / BBSR Kreisregionen,
31.12.2012
Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

Kreisregionstypen

- A: Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen
- B: Peripher gelegene und geringverdichtete Regionen mit ausgeprägten touristischen Potenzialen
- C: Standorte industrieller "Global Player"
- D: Strukturstarke, hochverdichtete Dienstleistungszentren
- E: Peripher gelegene Regionen mit starken strukturellen Defiziten
- F: Hochverdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen

Standorte industrieller Global Player

Die drei Kreisregionen dieses Clusters sind gut in das Netz hochrangiger Infrastrukturen eingebunden und realisieren bundesweit die beste Breitbandversorgung. Während die Stadtkreise Ludwigshafen am Rhein und Ingolstadt selbst Oberzentren sind, ist der Stadtkreis Wolfsburg Teil eines Oberzentrums. Das Bevölkerungspotenzial dieser Stadtkreise liegt unter dem Durchschnitt. Bundesweit realisieren diese Kreise das höchste Wertschöpfungsniveau je Erwerbstätigen. Diese günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind vor allem der Tatsache geschuldet, dass diese Stadtkreise Sitz industrieller Global Player sind. So ist Ludwigshafen Stammsitz der BASF, einer der weltweit größten zusammenhängenden Chemiestandorte. Wolfsburg und Ingolstadt sind Unternehmenssitze der international bedeutsamen Automobilhersteller Volkswagen und Audi. Entsprechend finden sich hier die mit Abstand größten Industriebetriebe und der höchste Anteil an Industriebeschäftigung. Dieses äußerst günstige wirtschaftliche Umfeld bedeutet für die Einwohner dieser Kreisregionen unterdurchschnittliche Arbeitslosenquoten und überdurchschnittliche Einkommen.

Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren

Die Kreisregionen dieses Clusters weisen bundesweit ein weit überdurchschnittliches Bevölkerungspotenzial auf. Dem Cluster gehören viele hoch verdichtete kreisfreie Städte an, die sehr gut in das Netz hochrangiger Infrastrukturen eingebunden und mit leistungsfähiger Breitbandversorgung ausgestattet sind. Bei den zugehörigen Kreisregionen handelt es sich meist um äußerst wettbewerbsfähige Wirtschaftsstandorte, deren überdurchschnittliche Wirtschaftskraft leistungsfähigen Unternehmen des produzierenden Gewerbes, dem überaus hohen Anteil an Beschäftigung in FuE-intensiven Industriezweigen („FuE“: Forschung und Entwicklung) und/oder der starken Präsenz wissensintensiver unternehmensorientierter Dienstleistungen zu verdanken ist. Die überdurchschnittlich hohen Übernachtungszahlen der Fremdenverkehrsstatistik belegen zudem, dass die zugehörigen Regionen attraktive Tourismus- und/oder Unternehmensstandorte sind. Die Arbeitslosigkeit liegt in diesem Cluster auf einem leicht unterdurchschnittlichen Niveau. Im Ergebnis dieser sehr günstigen Rahmenbedingungen realisieren die Beschäftigten dieser Kreisregionen überdurchschnittlich hohe Einkommen. Dem Kreisregionstyp gehören 39 Kreisregionen an, von denen fünf in den neuen Ländern liegen. Typische Vertreter der alten Länder sind die kreisfreien Städte Hamburg, Düsseldorf und München. In den neuen Ländern zählen Potsdam, Magdeburg und Jena dazu.

Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen

Die Kreisregionen dieses Clusters weisen ein unterdurchschnittliches Bevölkerungspotenzial und eine etwas ungünstigere Anbindung an leistungsstarke Zentren auf. Ihre Einbindung in das Netz hochrangiger Infrastrukturen gestaltet sich etwas ungünstiger als im Durchschnitt. Im bundesweiten Kontext weisen die zugehörigen Regionen die stärksten strukturellen Defizite auf. Ihnen fehlt eine leistungsfähige industrielle Basis, auf deren Grundlage sich wissensintensive, unternehmensorientierte Dienstleistungen etablieren könnten. Die ausgeprägten Infrastrukturdefizite spiegeln sich auch in der weit unterdurchschnittlichen Verfügbarkeit leistungsfähiger Breitbandanschlüsse wider. Das unterdurchschnittliche Produktivitätsniveau der in der Region agierenden Unternehmen betrifft alle

Wirtschaftsbereiche. Selbst die Übernachtungskapazitäten im Fremdenverkehr liegen weit unter den Durchschnittswerten. Diese ausgeprägten strukturellen Defizite zeigen sich per Saldo unter anderem im bundesweit niedrigsten Niveau der Wertschöpfung, dem niedrigsten Einkommensniveau je Einwohner und einem weit überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeitsniveau. Diesem Kreisregionstyp gehören 89 Kreisregionen an, von denen die Mehrzahl (52) in den neuen Ländern liegt. Typische Repräsentanten dieses Clusters sind in den neuen Ländern die Landkreise Mecklenburgische Seenplatte, Uckermark und Stendal. In den alten Ländern sind dies beispielsweise die kreisfreien Städte Lübeck, Bremerhaven und Hamm.

Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen

Die Kreisregionen dieses Clusters weisen bundesweit das höchste Bevölkerungspotenzial auf. Diesem Cluster gehören sehr viele hoch verdichtete kreisfreie Städte an, die bestens in das Netz hochrangiger Infrastrukturen eingebunden und mit leistungsfähiger Breitbandversorgung ausgestattet sind. In diesem Cluster vereinigen sich die Chancen und Risiken hoher Verdichtung. Einerseits agieren hier viele hochproduktive und innovative Unternehmen des produzierenden Gewerbes und Dienstleistungsbereiches, die einen überdurchschnittlich hohen Besatz an FuE-Beschäftigung aufweisen. Andererseits deuten das nur durchschnittliche Niveau der Wertschöpfung, das unterdurchschnittliche Einkommensniveau sowie das mit Abstand höchste Niveau der Arbeitslosigkeit darauf hin, dass die Wirtschaftsstruktur dieses Clusters einige strukturelle Schwächen aufweist. Es ist ein Spezifikum großer Städte, dass sie für sozial schwache Personengruppen besonders attraktiv sind. Den Unternehmen dieses Kreisregionstyps gelingt es offensichtlich weit weniger als anderen, diese Personengruppe erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dem Cluster gehören 27 Kreisregionen an, von denen einzig Berlin in den neuen Ländern liegt. Typische Vertreter dieses Clusters in den alten Ländern sind neben vielen kreisfreien Städten des Ruhrgebietes auch Bremen und Offenbach am Main.

3 Ausgewählte regionale Strukturen von Alterseinkommen und armutsnahen Lagen

3.1 Ausgewählte regionale Strukturen von Alterseinkommen

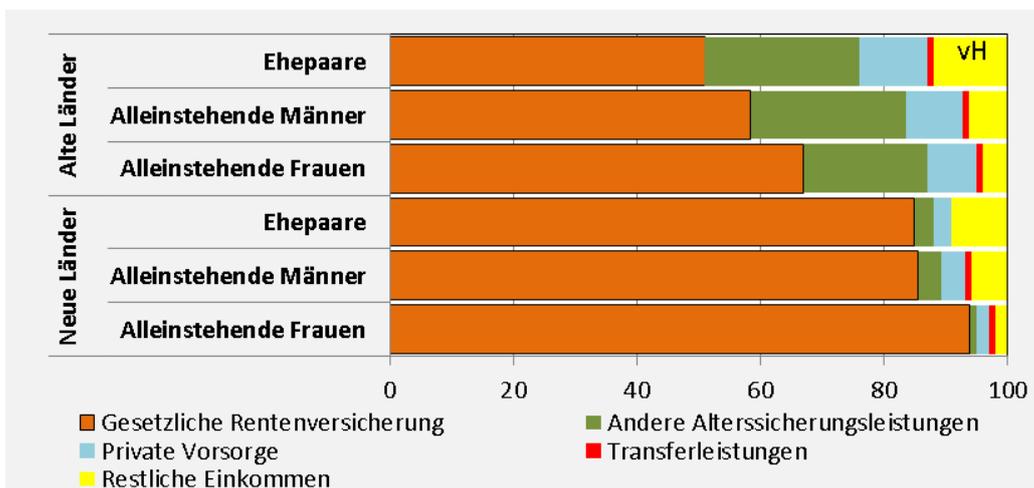
Einen wichtigen Rahmen für das mögliche Aktivitätsspektrum der Haushalte in denen Menschen im Rentenalter leben, im Weiteren auch Rentnerhaushalte genannt, bildet deren Einkommen. Bislang standen jedoch kaum regional differenzierte Informationen zum breiten Spektrum der Einkommensarten der Rentnerhaushalte zur Verfügung. Zudem werden die Alterseinkommen der Rentner oftmals mit deren Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung gleichgesetzt. Der Rentenbericht 2013 der Bundesregierung zeigt allerdings, dass die Einkommen älterer Menschen aus unterschiedlichen Quellen fließen:

„Danach verfügten bei den Rentnerhaushalten mit einer Bezugsperson ab 65 Jahren im Jahr 2011 in den alten Ländern Ehepaare über ein monatliches Nettoeinkommen von 2.510 Euro, alleinstehende Männer von 1.576 Euro und alleinstehende Frauen von 1.302 Euro je Monat. In den neuen Ländern verfügten im Jahr 2011 Ehepaare über ein

Nettoeinkommen von durchschnittlich 2.016 Euro, alleinstehende Männer über ein Nettoeinkommen von 1.303 Euro und alleinstehende Frauen über ein Nettoeinkommen von 1.219 Euro je Monat.

Die Bedeutung der einzelnen Systeme innerhalb des Gesamtgefüges der Alterssicherung kann durch Darstellung der Zusammensetzung des Volumens der Bruttoeinkommen verdeutlicht werden. Danach stammen 64% aller den Seniorenhaushalten zufließenden Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Die anderen Alterssicherungssysteme erreichen zusammen 21% am Volumen aller Bruttoeinkommen. Zusammen erreichen die Komponenten außerhalb der Alterssicherungssysteme 15%. Dabei kommt in den alten Ländern ein größerer Teil des Einkommensvolumens aus Quellen außerhalb der Alterssicherungssysteme. Bei Ehepaaren in den alten Ländern liegt dieser Anteil mit 24% doppelt so hoch wie in den neuen Ländern mit rund 12%. Noch größer ist die Differenz bei alleinstehenden Frauen: In den alten Ländern resultieren 13%, in den neuen Ländern nur rund 5% der Gesamteinkommen aus zusätzlichen Einkommen“ (Abbildung 4) (Bundesministerium für Soziales 2013: 22f.).

Abbildung 4: Anteile von Einkommenskomponenten der Alterssicherung am Bruttoeinkommensvolumen, 2011



Quelle: BMFSFJ 2013, S. 23.

Mit dem Vorsorgeatlas Deutschland 2013 (Union Investment 2013) liegen nun sehr aktuell und in großer Differenziertheit umfangreiche Informationen zum breiten Spektrum der Alterseinkünfte der Rentnerhaushalte vor, die neben den Einkünften aus der gesetzlichen Rentenversicherung auch regionale Strukturen der Einkünfte aus Beamtenpensionen, verschiedene Zusatzversorgungen und dem Geld- und Immobilienvermögen abbilden.

Die Ergebnisse des Vorsorgeatlas Deutschland 2013 bestätigen zum einen die ausgeprägten Ost-West-Disparitäten der Rentnereinkommen, die sich durch alle Einkunftsarten der Alterseinkommen ziehen. Zum anderen zeigen sie aber auch, dass diese Disparitäten bei den Beamtenpensionen und der gesetzlichen Rentenversicherung relativ niedrig sind, bei den Zusatzversorgungen, insbesondere aber in Bezug auf das Geld- und Immobilienvermögen, deutlich stärker ausfallen (Tabelle 3).

Tabelle 3: Regionale Unterschiede monatlicher Ansprüche bzw. Alterseinkommen

Monatliche Ansprüche bzw. Alterseinkommen	Alte Länder (AL)	Neue Länder (NL)	Bund	Minimum	Maximum	Neue Länder (AL=100)	Anmerkungen
	Euro						
Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)	1.065	858	1.025	809	1.169	80,6	50% der Anspruchsberechtigten haben weniger als 965 Euro. 69% der Bevölkerung sind in der GRV versichert (35,8 Mio. Personen).
Beamtenpensionen	2.638	2.555	2.628	2.194	3.191	96,9	50% der Anspruchsberechtigten haben weniger als 2.513 Euro. 3,7% der Bevölkerung sind Beamte (1,9 Mio. Personen).
Berufsständische Versorgung (BSV)	2.404	1.804	2.308	1.520	3.366	75,0	50% der Anspruchsberechtigten haben weniger als 1.771 Euro. 433.000 Personen sind in der BSV versichert.
Riester-Rente	311	269	301	245	337	86,5	50% der Anspruchsberechtigten haben weniger als 257 Euro.
Betriebliche Altersversorgung (bAV)	483	364	464	297	568	75,4	50% der Anspruchsberechtigten haben weniger als 383 Euro. 15,5% der Bevölkerung haben eine bAV (8 Mio. Personen).
Zusatzversorgung öffentlicher Dienst (ZöD)	336	276	325	235	382	82,1	50% der Anspruchsberechtigten haben weniger als 284 Euro. 9,5% der Bevölkerung haben eine ZöD (4,9 Mio. Personen).
Geld- und Immobilienvermögen	436	250	402	134	527	57,3	50% der Anspruchsberechtigten haben weniger als 275 Euro.

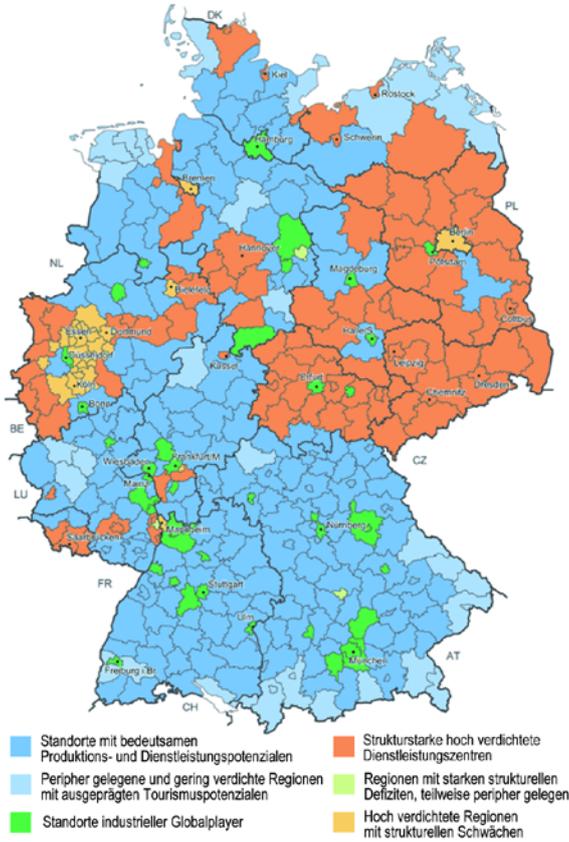
Quelle: Union Investment 2013: S. 33, 47, 57, 71, 91, 105, 121.

Mit Blick auf die Abbildung 5 und Abbildung 6, die direkt dem Vorsorgeatlas Deutschland 2013 entnommen wurden, lassen sich auch in Bezug auf die vorab abgegrenzten Kreisregionstypen, insbesondere mit Blick auf die Typen „Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen“ und „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“, die folgenden Schlussfolgerungen ableiten:

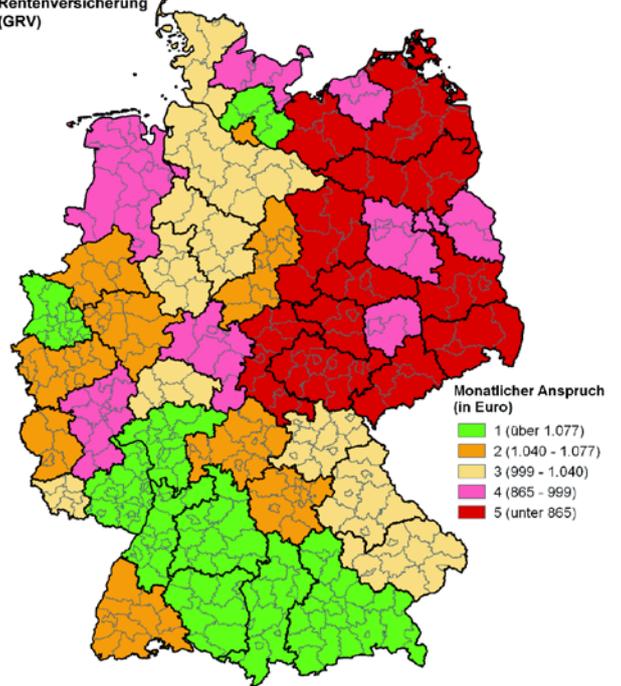
- Die Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungs-potenzialen, die bundesweit die höchste Kaufkraft der Bevölkerung und das niedrigste Arbeitslosigkeitsniveau aufweisen, erreichen in allen Einkunftsarten des Alterseinkommens überdurchschnittliche Werte. Besonders positiv fallen hier meist die Regionen Oberbayern, viele Regionen Baden-Württembergs, Hamburg und Köln auf.
- Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen, die abseits großer Verwaltungsstandorte liegen (z. B. Oberpfalz, Niederbayern) realisieren bei den Beamtenpensionen beziehungsweise in verschiedenen Zusatzversicherungen durchaus auch unterdurchschnittliche Werte.
- Die ostdeutschen Regionen realisieren durchgängig zum Teil weit unterdurchschnittliche Einkünfte. Einzig die Region Dresden realisiert bei den Beamtenpensionen auffällig positive Werte. Dies resultiert vermutlich aus der Zuwanderung westdeutscher Beamter, die ihre Pension mit in diese Region nehmen.

Abbildung 5: Regionalstruktur ausgewählter Alterseinkommen, 2013

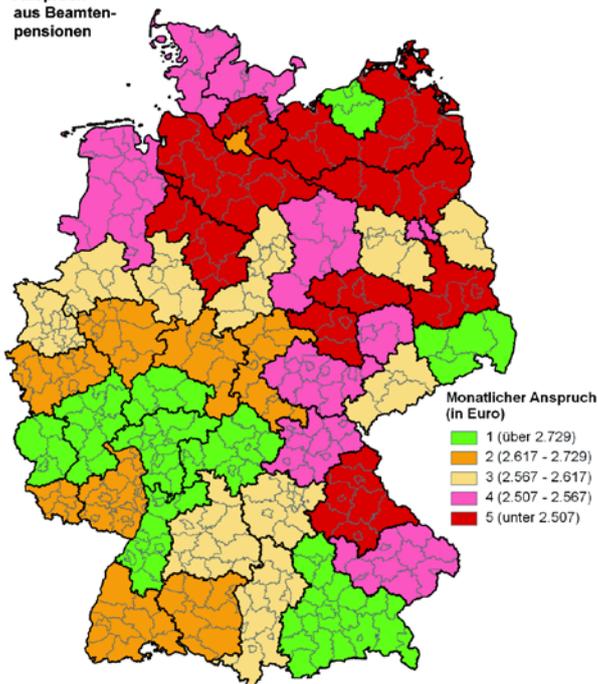
Kreisregionstypen



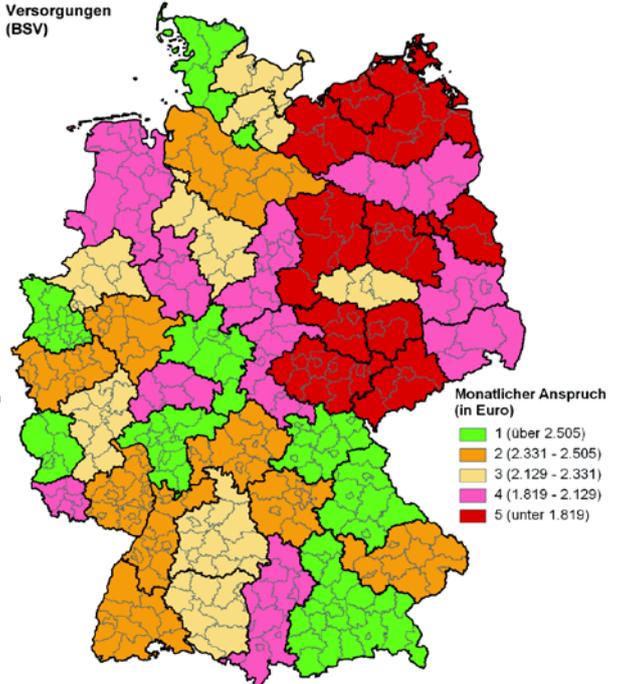
Monatlicher Anspruch aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV)



Monatlicher Anspruch aus Beamtenpensionen

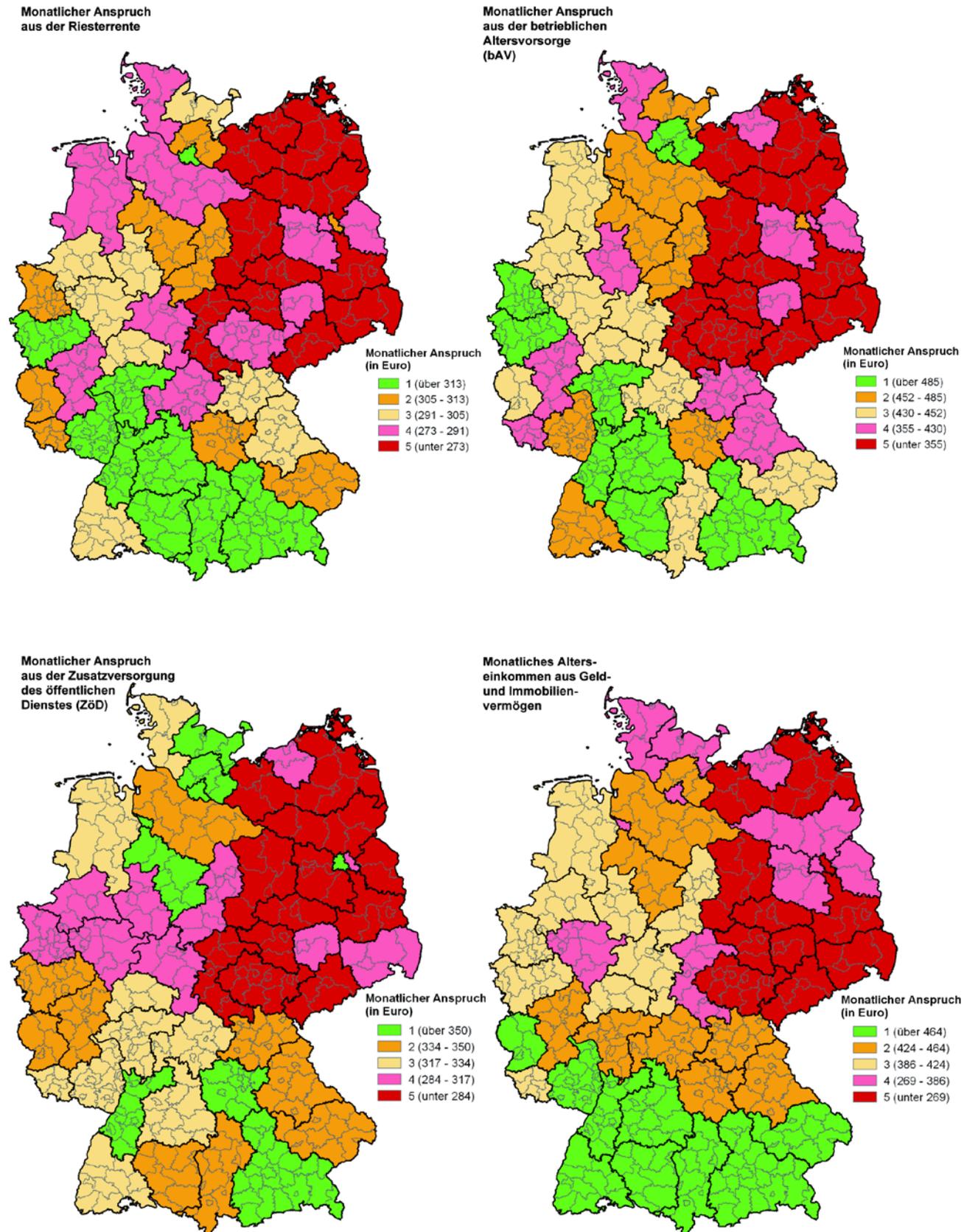


Monatlicher Anspruch aus berufsständischen Versorgung (BSV)



Quelle: Vorsorgeatlas Deutschland 2013, Union Investment, S. 33, S. 47, S. 57

Abbildung 6: Regionalstruktur ausgewählter Alterseinkommen, 2013



Quelle: Vorsorgetlas Deutschland 2013, Union Investment, S. 71, 91, 105, 121

3.2 Ausgewählte regionale Strukturen armutsnaher Lagen

Im vorangegangenen Gliederungspunkt wurde differenziert beschrieben, dass sich die Einkommen der Rentnerhaushalte zwischen den Regionen zum Teil erheblich unterscheiden. Auch wenn offensichtlich ist, dass es in den verschiedenen Einkommensarten der Rentnerhaushalte erhebliche regionale Disparitäten gibt, sagen diese Strukturen noch wenig über das Problem armutsnaher Lagen in diesen Regionen aus. Da die Einkommensarmut auch ein Problem der Rentnerhaushalte ist, sollen im Folgenden ausgewählte Strukturen der Inanspruchnahme von Grundsicherung beziehungsweise der Häufigkeit von Bedarfsgemeinschaften in den Regionen untersucht werden, weil sich über diese Größen armutsnahe Lagen differenziert beschreiben lassen und regionale Disparitäten dieser Größen den regional unterschiedlichen sozialpolitischen Handlungsbedarf in geeigneter Weise aufzeigen.

Bedürftige erhalten in Deutschland finanzielle Hilfe aus Steuermitteln, die deren Mindestbedarf (Existenzminimum) und den ihrer Familie beziehungsweise Lebensgemeinschaft absichert. Bei diesen Betroffenen spricht man von Bedarfsgemeinschaften.⁶ Diese finanzielle Hilfe, auch Grundsicherung⁷ genannt, ist für einzelne Gruppen wie folgt geregelt:

- Für nichterwerbsfähige Hilfebedürftige und ihre Familien sowie bedürftige Ältere über 65 Jahre übernimmt die Sozialhilfe die Grundsicherung, gesetzlich geregelt im Sozialgesetzbuch (SGB) XII.
- Für erwerbsfähige Hilfebedürftige übernimmt das Arbeitslosengeld II/Sozialgeld die Grundsicherung. Die gesetzlichen Regelungen dazu findet man im SGB II.

Tabelle 4 zeigt, dass die Altersgruppe 65 Jahre und älter im Jahr 2011 deutlich öfter Grundsicherung in Anspruch genommen hat als der Durchschnitt der Bevölkerung. Westdeutsche Rentner sind dabei deutlich öfter auf Grundsicherung angewiesen als ostdeutsche. Diese auffällige Besonderheit für die neuen Länder ist der Tatsache geschuldet, dass es ostdeutsche Männer und Frauen in der vom Arbeitskräftemangel geprägten Planwirtschaft viel leichter hatten, eine ununterbrochene Erwerbsbiografie aufzubauen. Diese langen Beschäftigungszeiten schlagen sich nun in relativ höheren Ansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung nieder. Schaut man sich diese Werte für die Deutschen und Ausländer an, die auch den Personenkreis der erwerbsfähigen Grundsicherungsempfänger berücksichtigen, fallen diese Ost-West-Unterschiede schon wesentlich geringer aus.

⁶ Nach dem Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitslose) gehören zu einer Bedarfsgemeinschaft neben dem Arbeit suchenden Hilfebedürftigen, der den Antrag auf Arbeitslosengeld II stellt, alle weiteren erwachsenen und minderjährigen Personen, die überwiegend gemeinsam mit ihm leben und wirtschaften. Das sind Ehepaare und Eltern mit ihren ledigen Kindern bis 25 Jahre, wenn diese sich nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen unterhalten können. Auch eheähnliche Lebensgemeinschaften und gleichgeschlechtliche Paare mit und ohne Registrierung nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz sowie die mit ihnen lebenden Kinder bis 25 Jahre zählen dazu. (<http://www.familienratgeber.dfv-nrw.de/index.php?id=1890> (gelesen am 8.10.2014)).

⁷ <http://www.familienratgeber.dfv-nrw.de/index.php?id=191> (gelesen am 8.10.2014).

Tabelle 4: Empfänger von Leistungen der Grundsicherung und Bedarfsgemeinschaften

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Empfänger von Grundsicherung* je 1.000 Einwohner 2011				Bedarfsgemeinschaften je 1.000 Einwohner		
	gesamt	65 Jahre und älter**	Deutsche	Ausländer	2008	2012	2008- 2012 in %
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	7,9	19,3	7,0	0,9	25,7	23,5	-8,6
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotezialen	8,9	19,4	8,5	0,5	36,3	31,4	-13,6
Standorte industrieller Global Player	10,8	31,1	8,6	2,1	39,0	39,4	1,0
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungs- zentren	12,4	41,3	9,3	3,1	44,0	41,1	-6,5
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	9,7	20,1	8,6	1,1	58,7	52,9	-10,0
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	15,3	43,6	12,4	2,9	69,0	68,5	-0,8
Kreisfreie Großstädte (AL)	14,9	47,7	11,3	3,6	54,5	53,0	-2,8
Städtische Kreise (AL)	8,7	22,7	7,5	1,2	29,1	28,3	-2,7
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (AL)	8,3	19,7	7,6	0,7	26,0	23,1	-11,0
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	9,0	20,5	8,4	0,6	28,0	24,6	-12,1
Kreisfreie Großstädte (NL)	14,0	36,4	11,7	2,3	91,0	84,0	-7,7
Städtische Kreise (NL)	5,9	7,3	5,8	0,1	68,7	58,3	-15,2
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (NL)	7,0	9,9	6,5	0,3	68,5	58,1	-15,2
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	8,2	10,4	8,0	0,1	72,8	61,6	-15,4
Alte Länder (AL)	10,3	28,5	8,6	1,7	35,2	33,8	-4,2
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	9,9	18,6	8,8	1,0	78,0	68,8	-11,8
Deutschland (D)	10,2	26,3	8,7	1,6	43,8	40,7	-7,1

* inner- und außerhalb von Einrichtungen.

** je 1.000 ältere Einwohner (65 Jahre und älter).

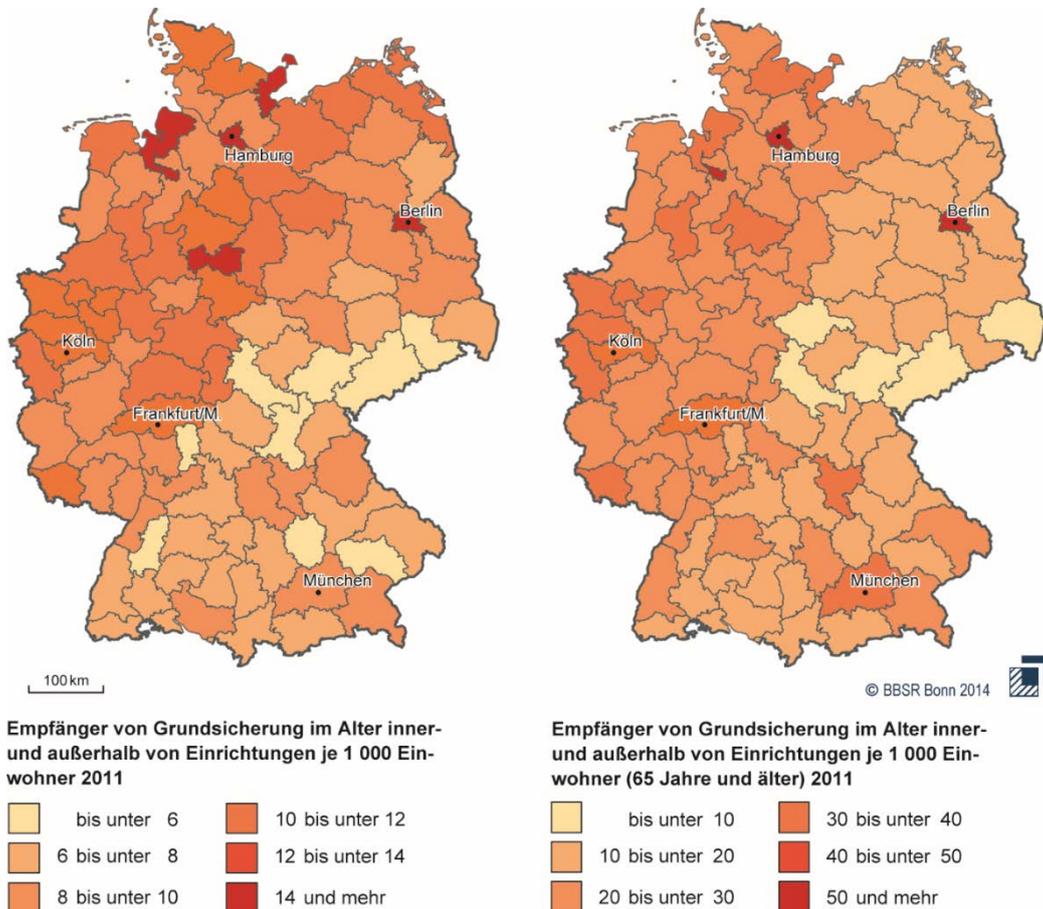
Quelle: Laufende Raumbbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen.

Auf der Ebene der Kreisregionstypen zeigt sich, dass die hochverdichteten Regionen, auf die sich viele soziale Risiken (z. B. Arbeitslosigkeit) konzentrieren, eine besonders hohe Inanspruchnahme von Grundsicherung aufweisen. Entsprechend realisieren die „strukturstarke hoch verdichteten Dienstleistungszentren“, wie die „hoch verdichteten Regionen mit strukturellen Schwächen“ Höchstwerte. Dieser identifizierte Zusammenhang

zeigt sich auch auf der Ebene siedlungsstruktureller Kreistypen, denn in Ost- und Westdeutschland lag 2011 die Zahl der Empfänger von Grundsicherung je 1.000 Einwohner in den kreisfreien Großstädten jeweils deutlich über dem Niveau der anderen Kreistypen. Außerhalb der Großstädte zeigt sich zumindest in den neuen Ländern ein geringes Land-Stadt-Gefälle.

Mit Blick auf die historische Besonderheit in den neuen Ländern überrascht nicht, dass sich die Höchstwerte der Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen auf die Regionen konzentrieren, in denen der „Ostdeutschland“-Effekt nicht oder nur teilweise zum Tragen kommt (Abbildung 7). So nehmen in den Raumordnungsregionen Rhein-Main, Köln, Berlin, Bremen und Hamburg von 1.000 über 64-Jährigen über 40 Personen dieser Altersgruppe Leistungen der Grundsicherung in Anspruch, während es in den ostdeutschen Regionen Südthüringen, Südsachsen, Ostthüringen, Oberlausitz-Niederschlesien und Nordthüringen nicht einmal zehn Personen sind.

Abbildung 7: Empfänger von Grundsicherung im Alter, 2011



Datenbasis: Laufende Raumbewachung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2012

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

Bei den Bedarfsgemeinschaften, für die keine separaten Angaben für über 64-Jährige vorliegen, gestaltet sich das regionale Verteilungsmuster hingegen völlig anders. Gemessen an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften je 1.000 Einwohner, lebten 2012 in den neuen Ländern mehr als doppelt so viele Menschen in Bedarfsgemeinschaften als in den alten Ländern.

Die Bedürftigkeit konzentriert sich dabei vor allem auf hochverdichtete und strukturschwächere Kreisregionstypen. Entsprechend weisen die „strukturstarke hoch verdichteten Dienstleistungszentren“, die „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ und die „hoch verdichteten Regionen mit strukturellen Schwächen“ weit überdurchschnittliche Anteile dieser Personengruppe auf. An den „Standorten mit bedeutenden Produktions- und Dienstleistungspotenzialen“ sowie in den „peripher gelegenen und gering verdichteten Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen“ liegen diese Anteile hingegen deutlich niedriger.

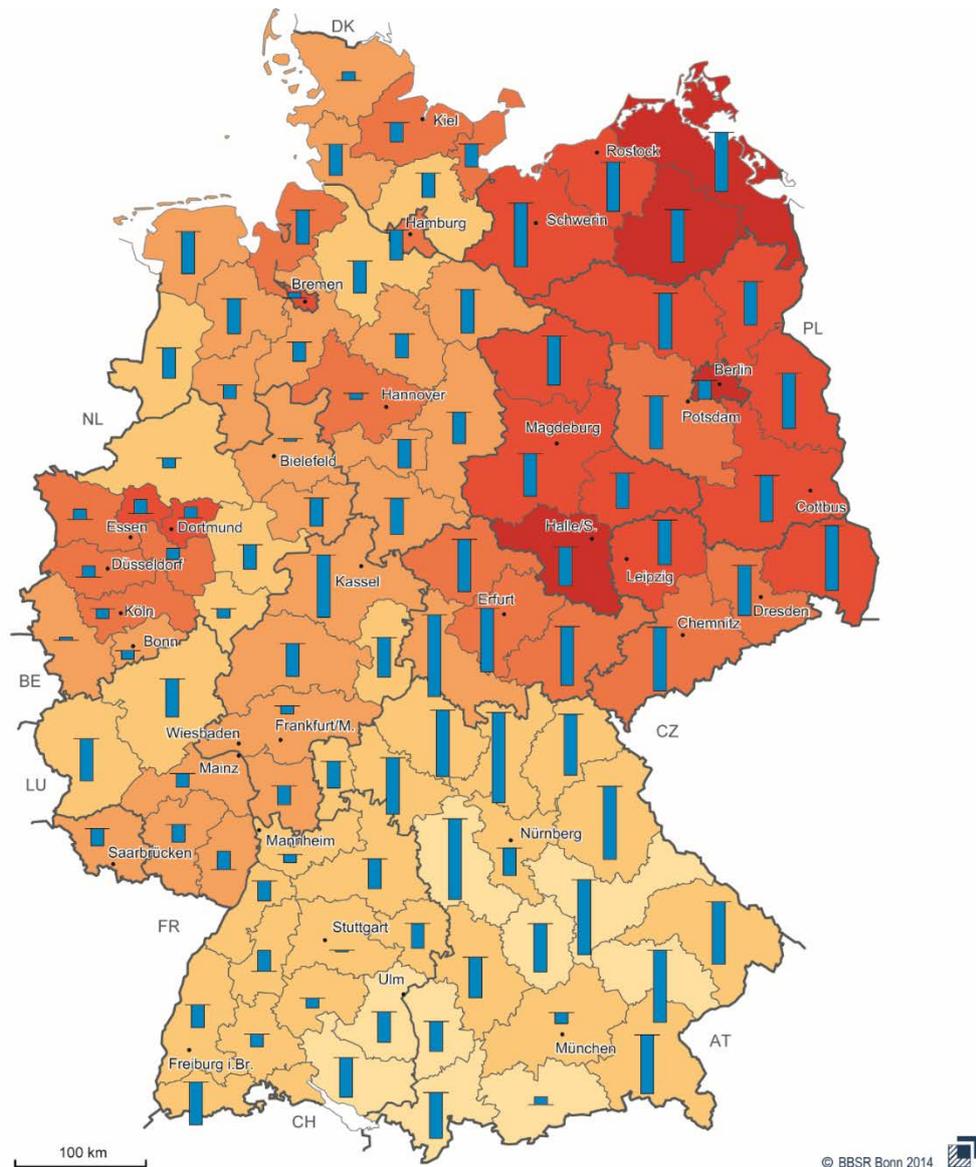
Auf der Regionsebene zeigen sich für dieses Thema die schon genannten starken Ost-West-Disparitäten, die sich stark an der strukturellen Stärke/Schwäche einer Region und/oder ihrem Verdichtungsgrad orientieren (Abbildung 8).

So leben in den ostdeutschen Regionen Vorpommern, Halle/Saale, Mecklenburgische Seenplatte und Berlin mindestens 7,5 Prozent der Einwohner in einer Bedarfsgemeinschaft, während es in den westdeutschen Regionen Ingolstadt, Donau-Iller (Bayern), Landshut und Oberland nicht einmal 1,3 Prozent sind. Das entspricht einem Verhältnis von circa 6:1.

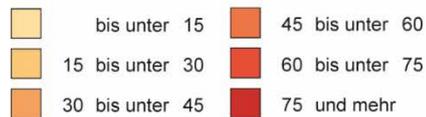
Der Blick auf die Dynamik dieser Werte im Zeitraum 2008 bis 2012, in dem sich der Anteil der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen um 7,1 Prozent verringerte, zeigt, dass sich auch die Ost-West-Disparitäten 2012 nicht mehr so ausgeprägt wie noch 2008 darstellen. Allerdings wird auf der Ebene der Kreisregionstypen deutlich, dass gerade die hoch verdichteten Kreisregionstypen, die ohnehin höhere Anteile aufweisen, von dieser günstigen Entwicklung kaum oder gar nicht profitierten, denn die Kreisregionstypen „strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren“ und „hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen“ realisierten nur unterdurchschnittliche Rückgänge. An den „Standorten industrieller Global Player“ lässt sich seit 2008 sogar ein geringer Zuwachs des Anteils dieser Personengruppe beobachten.

Den stärksten Rückgang registrierter Bedarfsgemeinschaften realisierten in diesem Zeitraum die Regionen Oberfranken-West, Südthüringen, Westmittelfranken und Regensburg. In den Regionen Düsseldorf, Emscher-Lippe, Rheinpfalz und Nordschwarzwald hat sich der Anteil dieser Personengruppe dagegen mindestens um drei Prozent weiter erhöht.

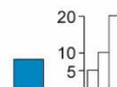
Abbildung 8: In Bedarfsgemeinschaften lebende Personen, 2012



In Bedarfsgemeinschaften lebende Personen 2012 (Durchschnitt März/September) je 1.000 Einwohner



Entwicklung der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen je 1.000 Einwohner, 2008-2012 (in %)



© BBSR Bonn 2014

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG/
BBSR Raumordnungsregionen,
31.12.2012
Bearbeitung: G. Lackmann

4 Wesentliche demografische Strukturen und Trends in den Regionen 2000 bis 2030

4.1 Wesentliche Strukturen und Trends der demografischen Entwicklung 2000 bis 2030

Im Folgenden werden wesentliche Strukturen und Trends dieser Entwicklung für den Zeitraum 2000 bis 2012⁸ sowie zentrale Ergebnisse der zensusbereinigten⁹ regionalen Bevölkerungsprognose des BBSR für den Zeitraum 2009 bis 2030 vorgestellt.

Die demografische Entwicklung der Regionen in Deutschland resultiert im Wesentlichen aus dem regional differenzierten Geburten- und Sterblichkeitsniveau, den Wanderungsverflechtungen der Regionen mit dem In- und Ausland sowie der regionalen Altersstruktur der Bevölkerung.

Demografische Strukturen und Trends 2000 bis 2012

Im Zeitraum 2000 bis 2012 hat sich die Bevölkerungszahl Deutschlands relativ stabil entwickelt (Tabelle 5). Je tiefer diese Informationen allerdings regional gegliedert werden, desto deutlicher zeigt sich, wie unterschiedlich sich die demografischen Prozesse und Strukturen im regionalen Kontext gestalten (Abbildung 9; Tabelle 3 im Anhang). Während die Regionen München, Ingolstadt und Oldenburg in diesem Zeitraum Wachstumsraten von über fünf Prozent erlebten, hat sich die Bevölkerungszahl der Regionen Oberlausitz-Niederschlesien, Altmark und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg mindestens um 13 Prozent verringert.

Im Wesentlichen lassen sich für diesen Zeitraum die folgenden regionalen Entwicklungsmuster festmachen:

- Die ostdeutschen Regionen weisen eine wesentlich ungünstigere Entwicklung als die westdeutschen auf. Während die Regionen der alten Länder (ohne Berlin) von 2000 bis 2012 noch einen geringen Bevölkerungszuwachs (+1,2%) realisierten, verringerte sich die Bevölkerungszahl der neuen Länder um mehr als fünf Prozent.
- In den neuen Ländern fallen die flächendeckenden Schrumpfungsprozesse in den Räumen außerhalb der kreisfreien Großstädte am stärksten aus. Auch in den alten Ländern gestaltet sich die Entwicklung der Bevölkerungszahl mit sinkendem Verdichtungsgrad der Kreise immer ungünstiger. Die dünn besiedelten ländlichen Kreise der alten Länder realisieren sogar Bevölkerungsverluste.

⁸ In diese Untersuchungen gingen noch keine Ergebnisse des Zensus 2011 ein. Die Bevölkerungszahl von 2012 wurde hier für jedes Raumaggregat aus der 2011er Bevölkerungszahl plus Wanderungssaldo plus Geborenen-/Gestorbenensaldo berechnet. Die Zensus-Bevölkerungszahl lag 2011 in Deutschland mit circa 1,5 Mio. unter der bislang veröffentlichten Zahl.

⁹ Die regionale Bevölkerungsprognose des BBSR für den Zeitraum 2009 bis 2030 wurde um den Zensusseffekt (ca. 1,5 Mio. Einwohner weniger als bislang ausgewiesen) bereinigt, indem alle Annahmen der Bevölkerungsprognose unverändert übernommen und auf die 2011er Ausgangsbevölkerung des Zensus übertragen wurden.

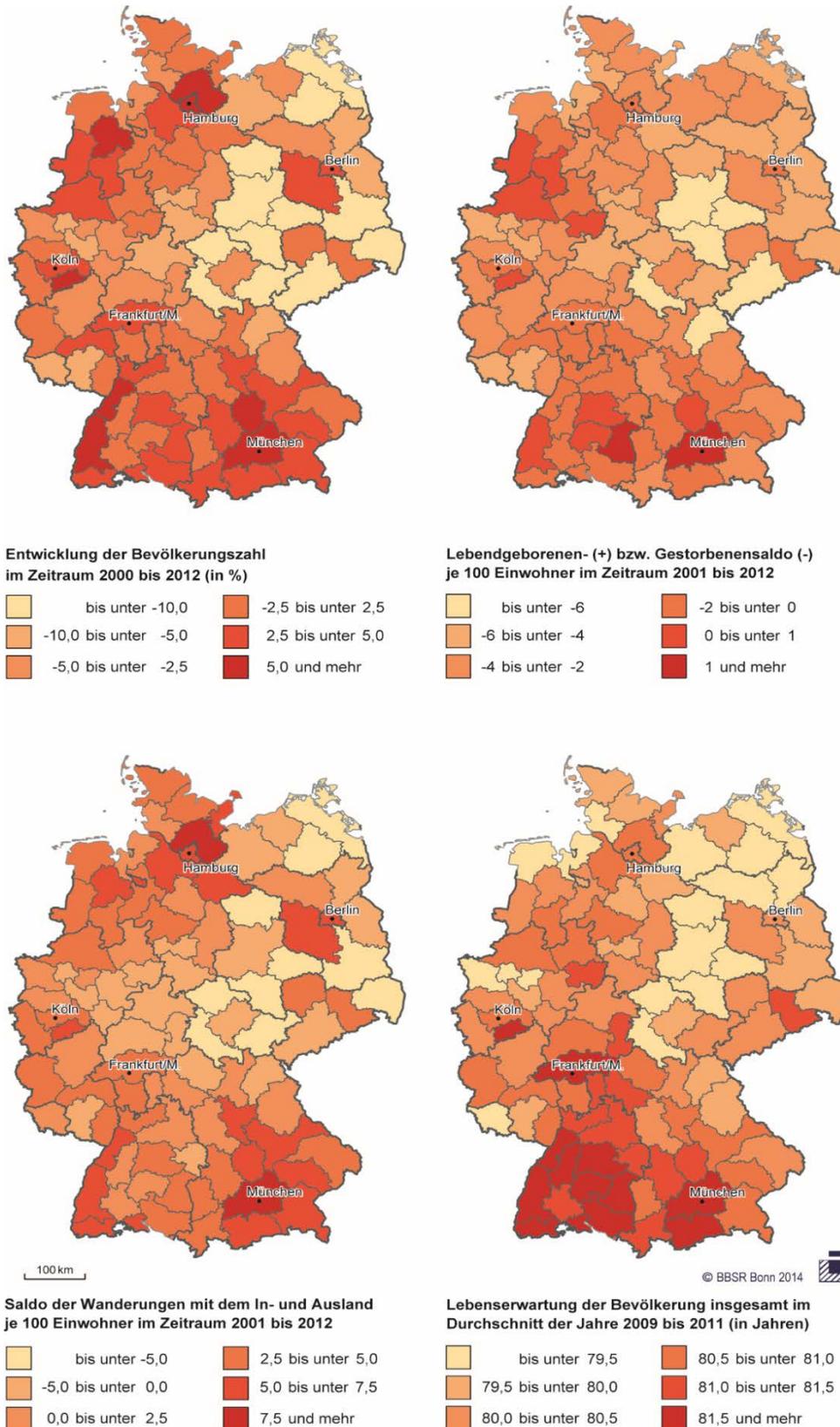
- Alle hier berücksichtigten Raumaggregate weisen im Zeitraum 2000 bis 2012 Gestorbenenüberschüsse auf, wobei diese in den Schrumpfungsräumen deutlich stärker als in den Wachstumsräumen ausfallen. Die Wachstumsräume haben ihre positive demografische Entwicklung demnach einzig ihren Wanderungsgewinnen zu verdanken. Die Regionen des Regionsclusters „peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen“ konnten ihre Gestorbenenüberschüsse zumindest teilweise durch Wanderungsgewinne kompensieren. In den übrigen Schrumpfungsräumen sind die Bevölkerungsverluste dagegen das Ergebnis von Gestorbenenüberschüssen und Wanderungsverlusten.
- Auf der Ebene der vorab identifizierten sechs Regionscluster wird deutlich, dass die „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ die stärksten Bevölkerungsverluste realisierten. Viele der strukturstärkeren Regionscluster konnten ihre Bevölkerungszahlen bis 2012 dagegen noch steigern.
- Die Lebenserwartung der Bevölkerung befindet sich bundesweit auf einem international beachtlichen Niveau. Allerdings realisieren gerade die peripheren und strukturschwachen Regionen hier Werte, die unter dem Bundesdurchschnitt von 80,5 Jahren liegen. Die Regionscluster „strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren“ und „Standorte industrieller Global Player“ weisen demgegenüber überdurchschnittlich günstige Werte auf.
- Die Faktoren Strukturschwäche/Strukturstärke schlagen sich direkt in der Intensität der demografischen Alterung nieder. Das langjährig niedrige Geburtenniveau und die langfristig oft sehr einseitig ausgerichteten selektiven Wanderungen spiegeln sich in den peripheren und strukturschwächeren Regionen in einem überdurchschnittlich hohen Niveau des Durchschnittsalters der Bevölkerung wider, während die strukturstärkeren Regionscluster deutlich niedrigere Werte aufweisen.

Tabelle 5: Demografische Strukturen und Trends, 2000 bis 2012

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Bevölkerungs- entwicklung 2000-2012 %	Gestorbenen- überschüsse	Wanderungs- saldo	Lebenserwar- tung insgesamt 2009/2010/2011 (Jahre)	Durchschnitts- alter der Bevölkerung 2011 (Jahre)
		2001-2012 je 100 Einwohner			
Standorte mit bedeut- samen Produktions- und Dienstleistungs- potenzialen	0,3	-1,7	2,0	80,8	43,3
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen	-1,8	-3,3	1,6	80,4	44,4
Standorte industrieller Global Player	4,8	-1,0	5,9	80,9	43,1
Strukturstarke hoch verdichtete Dienst- leistungszentren	6,5	-0,2	6,7	81,2	42,6
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	-5,0	-4,0	-1,0	80,0	45,1
Hoch verdichtete Regionen mit struktu- rellen Schwächen	0,1	-2,5	2,5	79,8	43,6
Kreisfreie Großstädte (AL)	3,5	-1,4	5,0	80,4	42,9
Städtische Kreise (AL)	0,9	-1,6	2,5	81,0	43,4
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (AL)	0,0	-2,2	2,2	80,6	43,4
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	-1,6	-2,9	1,4	80,1	43,6
Kreisfreie Großstädte (NL)	4,3	-1,0	5,3	80,5	43,6
Städtische Kreise (NL)	-13,0	-6,8	-6,2	79,7	47,4
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (NL)	-10,8	-5,5	-5,3	79,8	46,7
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	-10,3	-5,3	-5,0	79,3	46,5
Alte Länder (AL)	1,2	-1,8	3,0	80,7	43,3
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	-5,5	-3,9	-1,6	79,9	45,6
Deutschland (D)	-0,3	-2,2	2,0	80,5	43,7

Quelle: Laufende Beobachtung des BBSR, eigene Berechnungen.

Abbildung 9: Ausgewählte demografische Prozesse und Strukturen 2000 bis 2012



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
 Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2011

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

Demografische Strukturen und Trends 2011 bis 2030

Im Zeitraum 2011 bis 2030 wird sich die Bevölkerungszahl Deutschlands weiter leicht verringern (-2,3%). Während die demografische Entwicklung in den alten Ländern relativ stabil verläuft (-0,4%), werden die ostdeutschen Regionen fast jeden zehnten Einwohner verlieren (-9,7%).

Diese Entwicklung ist bundesweit vor allem der natürlichen Bevölkerungsentwicklung geschuldet, denn allein aus den Gestorbenenüberschüssen leiten sich auch in diesem Zeitraum weitere Bevölkerungsverluste ab. In den neuen Ländern sind diese Sterbeüberschüsse wesentlich stärker als in den alten Ländern ausgeprägt, ein klarer Hinweis auf die höhere Intensität der demografischen Alterung in diesen Regionen. Die Wanderungsgewinne, die sowohl die alten als auch die neuen Länder in diesem Zeitraum zu erwarten haben, können die Sterbeüberschüsse nicht kompensieren.

Im Ergebnis dieser Entwicklung steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Ost und West weiter an. Bundesweit weisen die Frauen ein höheres Durchschnittsalter als die Männer auf, noch immer eine Folge des Zweiten Weltkrieges. Weist die ostdeutsche Bevölkerung 2030 ein Durchschnittsalter von 49,3 Jahren auf, so wird dieser Wert in den alten Ländern bei 46,4 Jahren, also deutlich niedriger liegen (Tabelle 6).

Auch in den kommenden Jahren (2011 bis 2030) wird sich der demografische Wandel in den Regionen Deutschlands sehr vielfältig gestalten (Tabelle 4 im Anhang). Während die Regionen des Clustertyps „strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren“ noch leichte Zuwächse erwarten können, realisieren die übrigen Clustertypen mehr oder weniger starke Bevölkerungsverluste. Am stärksten werden diese Verluste bis 2030 mit -8,1 Prozent im Clustertyp „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ ausfallen. Während in den neuen Ländern alle Regionen außerhalb der kreisfreien Großstädte Bevölkerungsverluste von zum Teil weit über 10 Prozent zu erwarten haben, konzentrieren sich die Bevölkerungsverluste in den alten Ländern stärker auf die dünn besiedelten ländlichen Kreise, mit -3,1 Prozent allerdings auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Die günstigste Entwicklung haben in den alten Ländern die städtischen Kreise zu erwarten (+0,3%), in den neuen Ländern die kreisfreien Städte (-0,9%).

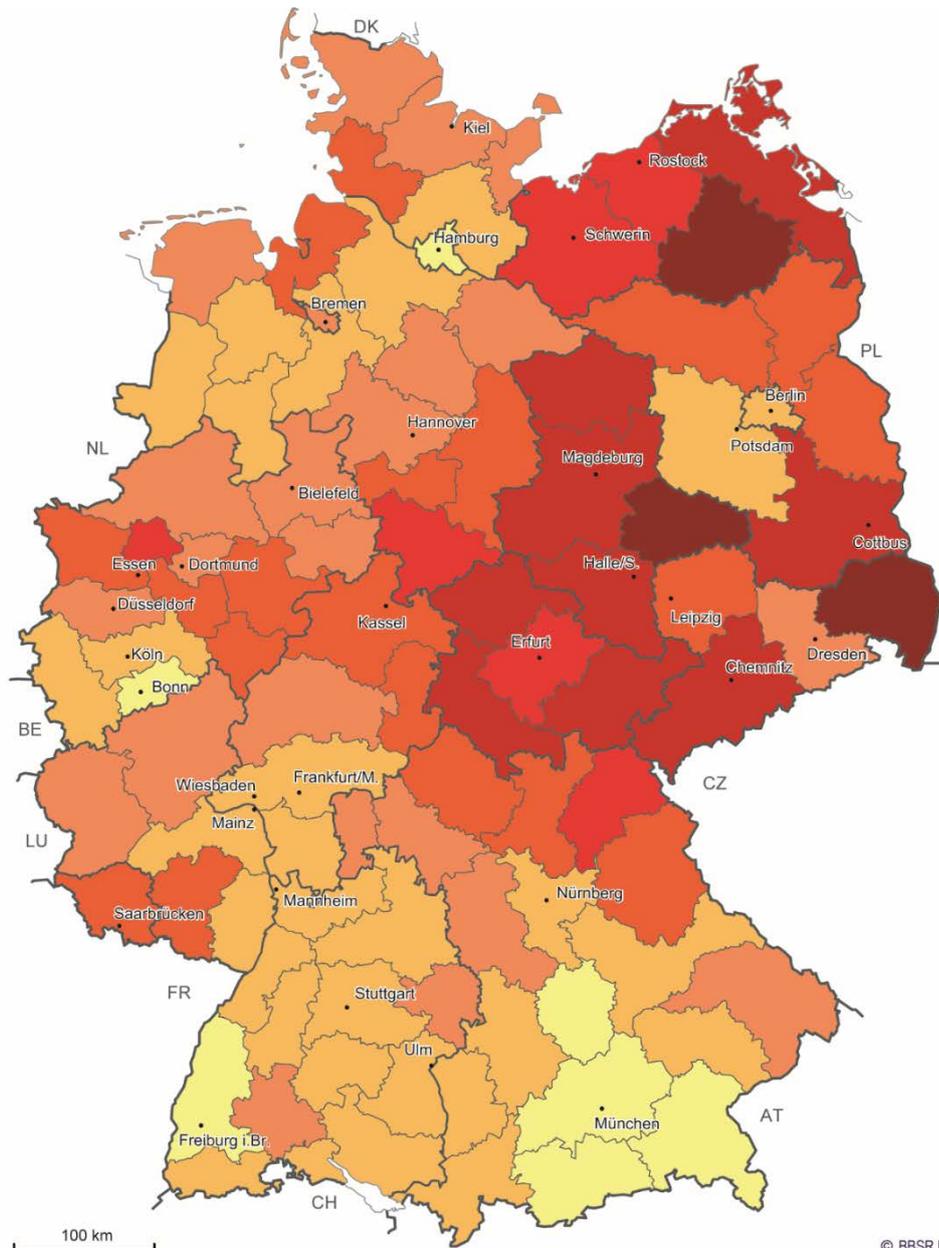
Tabelle 6: Demografische Strukturen und Trends, 2011 bis 2030

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Bevölkerungszahl			Durchschnittsalter	
	2030		2011-2030	2030	2011-2030
	in 1.000	%	%	Jahre	
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	31.557	40,3	-0,4	47,0	3,7
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen	4.214	5,4	-2,9	48,6	4,2
Standorte industrieller Global Player	397	0,5	-0,8	45,4	2,3
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren	12.403	15,8	2,6	44,7	2,1
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	18.066	23,0	-8,1	48,6	3,5
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	11.763	15,0	-2,2	46,0	2,4
Kreisfreie Großstädte (AL)	17.005	21,7	-0,4	44,9	2,0
Städtische Kreise (AL)	30.409	38,8	0,3	46,7	3,3
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (AL)	9.995	12,7	-0,8	47,3	3,9
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	6.709	8,6	-3,1	47,7	4,1
Kreisfreie Großstädte (NL)	5.672	7,2	-0,9	46,0	2,4
Städtische Kreise (NL)	1.048	1,3	-19,1	51,8	4,4
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (NL)	3.324	4,2	-14,4	51,1	4,4
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	4.237	5,4	-13,8	51,5	5,1
Alte Länder (AL)	64.118	81,8	-0,4	46,4	3,1
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	14.281	18,2	-9,7	49,3	3,7
Deutschland (D)	78.399	100,0	-2,3	46,9	3,2

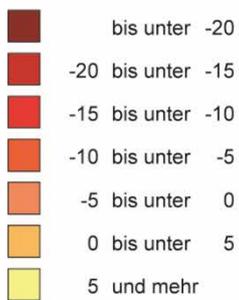
Quelle: Laufende Raumberechnung und zensusbereinigte Raumordnungsprognose 2009-2030 des BBSR, eigene Berechnungen.

Auch mit Blick auf die Raumordnungsregionen zeigen sich die beachtlichen regionalen Unterschiede der demografischen Entwicklung bis 2030 (Abbildung 10). Während die Regionen München, Oberland, Bonn, Ingolstadt und Südlicher Oberrhein ein Bevölkerungswachstum von über sechs Prozent zu erwarten haben, realisieren zahlreiche ostdeutsche Regionen Bevölkerungsverluste von etwa 20 Prozent. In den Raumordnungsregionen Mecklenburgische Seenplatte und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg werden es sogar über 20 Prozent sein.

Abbildung 10: Entwicklung der Bevölkerungszahl, 2011 bis 2030



Entwicklung der Bevölkerungszahl im Zeitraum 2011 bis 2030 (in %)



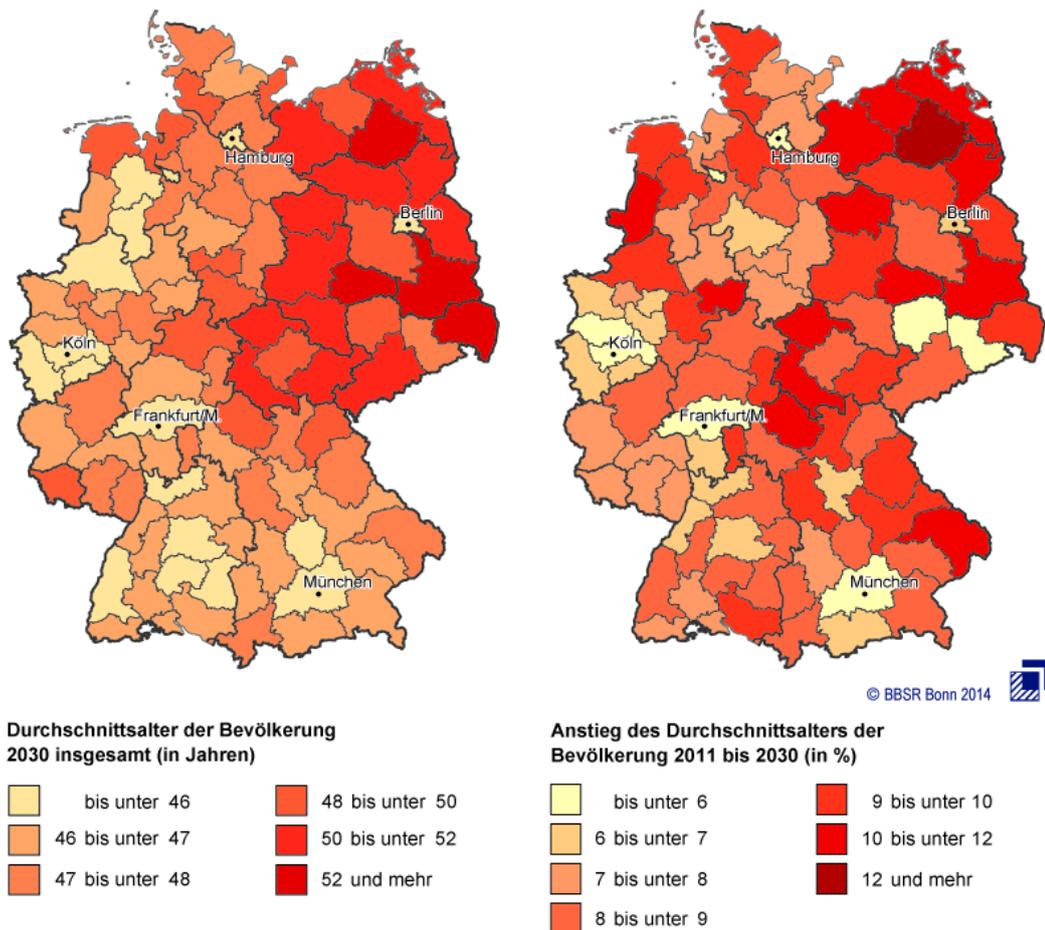
Datenbasis: Zensusbereinigte Bevölkerungsprognose des BBSR 2009-2030
 Geometrische Grundlage: BKG / BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2011
 Bearbeitung: G. Lackmann, S. Marezke

© BBSR Bonn 2014

Auch wenn das Durchschnittsalter der Bevölkerung in allen Regionen Deutschlands bis 2030 kontinuierlich steigt, haben die extremen Schrumpfungsräume die größten Zuwachsraten des Durchschnittsalters der Bevölkerung zu erwarten. Entsprechend wird sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung vor allem in den „peripher gelegenen und gering verdichteten Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen“ sowie in den „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ überdurchschnittlich stark erhöhen. Beide Clustertypen wurden dabei schon 2011 von einer überdurchschnittlich hohen Intensität der demografischen Alterung geprägt.

Im Kontext der Raumordnungsregionen haben die Regionen Mecklenburgische Seenplatte, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Altmark und Südthüringen mit über fünf Jahren den stärksten Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung zu erwarten, während dieser Wert in den oben genannten Wachstumsregionen nur zwei bis drei Jahre erreicht (Abbildung 11).

Abbildung 11: Niveau und Entwicklung des Durchschnittsalters der Bevölkerung, 2011 bis 2030



Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2011

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

Mit Blick auf die aktuellen sozioökonomischen, siedlungsstrukturellen und demografischen Indikatoren zeigt sich, dass die für die zurückliegenden Jahre identifizierten Zusammenhänge von sozioökonomischer/siedlungsstruktureller und demografischer Entwicklung auch die Entwicklung bis 2030 maßgeblich prägen werden:

- Die Regionen, die in den letzten Jahren eine sehr günstige demografische Entwicklung aufwiesen, also die strukturstärkeren und hochverdichteten, haben auch künftig ein Wachstum oder zumindest eine stabile Entwicklung zu erwarten. Entsprechend realisieren die Clustertypen „Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen“, „Standorte industrieller Global Player“ und „strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren“ bis 2030 auch noch Bevölkerungszuwächse oder weit unterdurchschnittliche -verluste.
- Die strukturschwachen Regionen, für die der Clustertyp „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ beispielhaft steht, werden demgegenüber weiter schrumpfen und sind von einer weiterhin höheren Intensität der demografischen Alterung betroffen.

4.2 Demografische Strukturen und Trends der Entwicklung der über 64-Jährigen 2000 bis 2030

Auch die demografische Entwicklung der älteren Bevölkerung (über 64-Jährige) vollzieht sich im Zeitraum 2000 bis 2030 sehr differenziert. Unterschiede zeigen sich hier im regionalen Kontext, im Vergleich der Männer und Frauen, wie für einzelne Altersgruppen dieser Bevölkerungsgruppe.

Demografische Strukturen und Trends der über 64-Jährigen 2000 bis 2010

Im Zeitraum 2000 bis 2010 erhöhte sich die Zahl der Personen im Rentenalter bundesweit um 23 Prozent. Klare regionale Muster lassen sich nicht identifizieren. Alle Regionen weisen in dieser Altersgruppe einen starken Frauenüberschuss auf und die Zahl der „älteren“ Alten (über 74-Jährige) beziehungsweise der Männer stieg bis 2010 überdurchschnittlich stark an.

Auffällig ist, dass die Dynamik der Alterung in den neuen Ländern für alle hier untersuchten Bevölkerungsgruppen höher als in den alten Ländern ausgeprägt war (Tabelle 7). Vor allem in den kreisfreien Großstädten beziehungsweise den dünn besiedelten ländlichen Kreisen der neuen Länder erhöhten sich die Zahlen der Älteren besonders stark. Gleiches gilt für die städtischen Kreise der alten Länder. Dagegen realisierten die kreisfreien Großstädte der alten Länder weit unterdurchschnittliche Wachstumsraten für diese Altersgruppe (Abbildung 12).

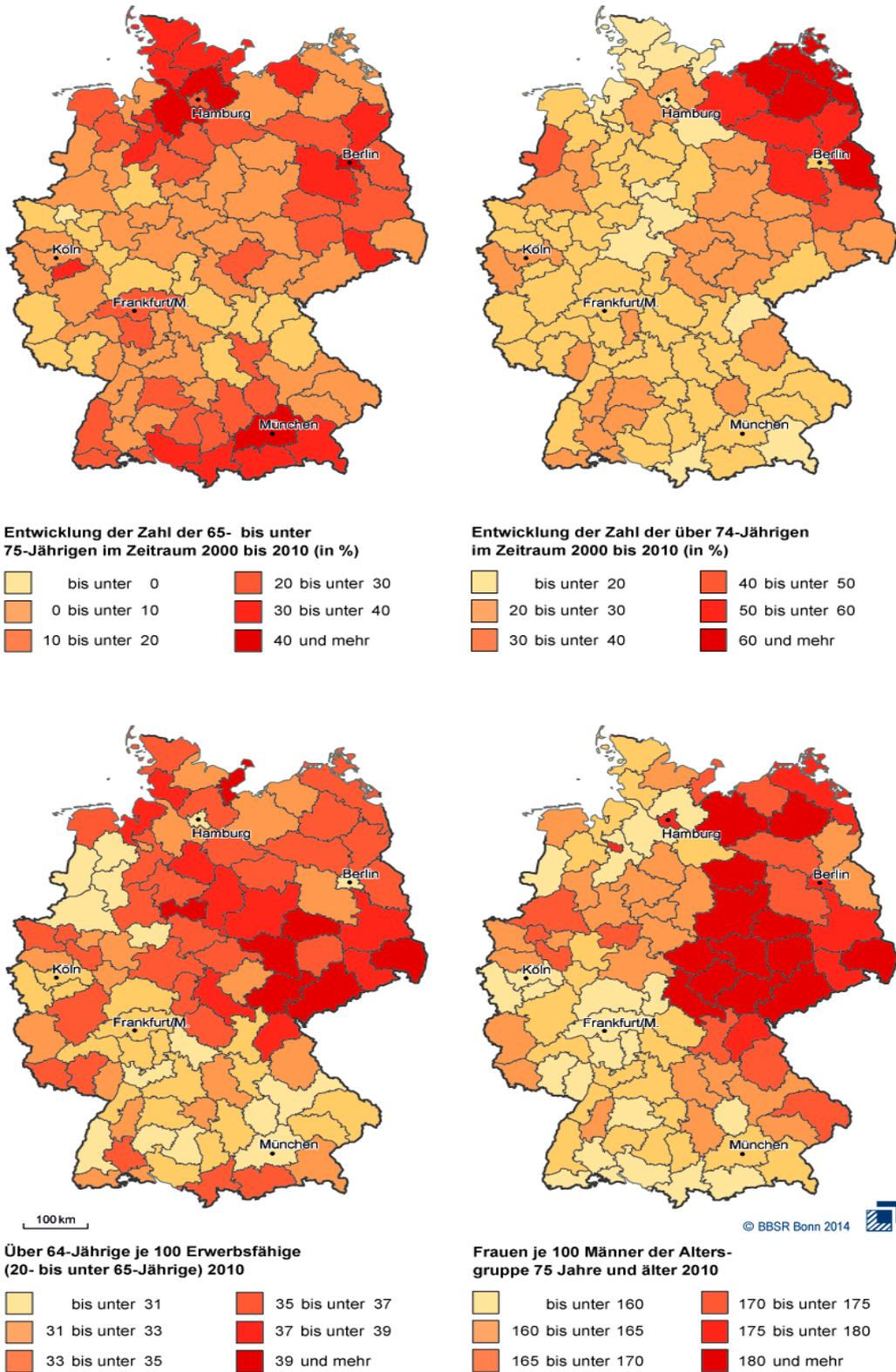
Tabelle 7: Demografische Strukturen und Trends der über 64-Jährigen, 2000 bis 2010

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Bevölkerung im Rentenalter 2010				Entwicklung der Bevölkerung im Rentenalter 2000 bis 2010			Fernere Lebens- erwartung ü64-Jährige
	ü64-Jährige		Frauen	ü74- Jährige	ü64- Jährige	Frauen	ü74- Jährige	2009/2010/ 2011
	in 1.000	%*	je 100 ü64-Jährige		Veränderung in %*			in Jahren
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	6.408	20,0	56,5	45,2	24,5	16,6	30,8	19,7
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen	956	21,7	56,9	44,9	25,0	16,1	27,1	19,7
Standorte industrieller Global Player	85	20,7	56,5	45,7	20,9	14,1	31,6	20,3
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren	2.377	19,2	57,9	44,6	20,7	12,0	16,8	20,2
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	4.488	22,3	57,9	44,5	23,8	15,4	30,9	19,3
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	2.530	20,5	57,6	44,3	19,5	11,0	22,5	19,3
Kreisfreie Großstädte (AL)	3.438	19,7	58,1	45,7	14,5	6,6	14,7	19,7
Städtische Kreise (AL)	6.226	20,2	56,5	44,9	25,6	18,0	31,8	19,8
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (AL)	2.054	20,2	56,5	45,5	22,8	14,7	26,9	19,5
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	1.434	20,6	56,7	46,3	19,3	11,5	24,8	19,4
Kreisfreie Großstädte (NL)	1.234	20,6	58,1	41,2	34,1	21,8	27,4	19,8
Städtische Kreise (NL)	335	25,1	59,1	45,3	19,4	11,5	28,9	19,1
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (NL)	963	24,2	58,4	43,9	25,6	16,5	34,8	19,3
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	1.160	23,1	58,1	43,0	29,7	20,4	44,8	18,9
Alte Länder (AL)	13.152	20,1	57,0	45,4	21,4	13,5	25,3	19,7
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	3.692	22,6	58,3	42,8	29,0	18,9	34,6	19,3
Deutschland (D)	16.844	20,6	57,2	44,8	23,0	14,7	27,2	19,6

* Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Quelle: Laufende Raumbewertung und zensusbereinigte Raumordnungsprognose 2009 bis 2030 des BBSR, eigene Berechnungen.

Abbildung 12: Ausgewählte Strukturen und Trends der über 64-Jährigen, 2000 bis 2010



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2011

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

Mit Blick auf die fernere Lebenserwartung der über 64-Jährigen (ü64-Jährige) zeigt sich, dass die älteren Einwohner strukturstarker Regionen („Standorte industrieller Global Player“; „strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren“) in der Tendenz eine höhere fernere Lebenserwartung realisieren als die Einwohner strukturschwächerer Regionen („Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“; „hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen“).

Im Hinblick auf die Raumordnungsregionen lassen sich für diese Altersgruppe im Zeitraum 2000 bis 2010 nachfolgende Besonderheiten für die demografischen Strukturen und Trends feststellen:

- Die Zahl der jüngeren Alten (65- bis 74-Jährige) hat sich vor allem in den Regionen Südbayerns beziehungsweise Schleswig-Holsteins, aber auch in einigen ostdeutschen Regionen besonders stark erhöht. Die höchsten Wachstumsraten realisierten die Regionen Hamburg Umland Süd, München und Schleswig-Holstein Süd. Aber auch in Berlin hat sich deren Zahl um mehr als 40 Prozent erhöht. In den Regionen Westpfalz, Trier, Oberpfalz-Nord, Oberfranken-Ost und Duisburg/Essen lagen die Wachstumsraten dieser Altersgruppe dagegen unter fünf Prozent. In der Region Emscher-Lippe verringerte sich die Zahl der jüngeren Alten sogar minimal.
- Bei den älteren Alten (über 74-Jährige) weisen vor allem die ostdeutschen Regionen die höchsten Zuwachsraten auf. In den Regionen Vorpommern, Mecklenburgische Seenplatte, Mittleres Mecklenburg/Rostock und Oderland-Spree lagen sie zum Teil weit über 60 Prozent. In den norddeutschen Regionen Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein Mitte hingegen waren die Wachstumsraten teilweise deutlich unter 15 Prozent.
- Im Ergebnis der bisherigen Prozesse der demografischen Alterung kommen in den ostdeutschen Regionen im Jahr 2010 bereits deutlich mehr Personen im Rentenalter (über 64-Jährige) auf 100 Erwerbsfähige (20- bis 64-Jährige), also auf die Altersgruppe, die entsprechend des geltenden Generationenvertrages über ihre Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung die Renten der heutigen Rentnergeneration finanziert. Besonders stark ist dieses Ungleichgewicht in den Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Oberlausitz-Niederschlesien und Südsachsen ausgeprägt. Auch in der Region Schleswig-Holstein Ost kommen auf 100 Erwerbsfähige deutlich mehr als 40 Rentner. In den Regionen Ingolstadt, München, Regensburg, Hamburg, Berlin, Donau-Iller (Baden-Württemberg), Paderborn und Münster waren es 2010 demgegenüber nicht einmal 30 Rentner.
- Im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges zeigen sich vor allem bei den älteren Alten (über 74-Jährige) noch immer ausgeprägte Disproportionen in der Geschlechterstruktur der Rentnerbevölkerung. Auch wenn sich diese starken Ungleichgewichte flächendeckend zeigen, sind sie in den ostdeutschen Regionen besonders stark ausgeprägt. Während in den Regionen Westmecklenburg, Westsachsen, Südsachsen, Halle/Saale, Magdeburg und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg auf 100 Männer dieser Altersgruppe mehr als 186 Frauen kommen, sind es in den Regionen Starkenburg, Bayerischer Untermain und Stuttgart weniger als 156.

Demografische Strukturen und Trends der über 64-Jährigen, 2011 bis 2030

Die Prozesse der demografischen Alterung werden sich langfristig weiter fortsetzen (Tabelle 8; Tabelle 5 im Anhang). Bis 2030 wird sich die Zahl der Personen im Rentenalter (über 64-Jährige) bundesweit um über 30 Prozent weiter erhöhen. Dieser Zuwachs fällt bei den „älteren“ Alten (über 74-Jährige) mit fast 40 Prozent deutlich stärker aus als bei den „jüngeren“ (65- bis 74-Jährige, +23%). Im Ergebnis dieser Entwicklung wird sich die Zahl der Personen im Rentenalter je 100 Erwerbsfähige um nahezu 50 Prozent weiter erhöhen. Innerhalb dieser Personengruppe zeigen sich auch 2030 zudem noch flächendeckend erhebliche Frauenüberschüsse, die noch immer die tiefgreifenden Einschnitte des Zweiten Weltkrieges in die Alters- und Geschlechterstruktur der deutschen Bevölkerung widerspiegeln. Diese Geschlechterdisproportionen sind bei den älteren Alten besonders stark ausgeprägt, bei denen auf 100 Männer im bundesweiten Durchschnitt 164 Frauen kommen.

Im regionalen Kontext ergeben sich bis 2030 für diese Altersgruppe zum Teil erhebliche regionale Struktur- und Entwicklungsunterschiede. Dies gilt für die Entwicklung der ausgewählten Altersgruppen wie für das Ausmaß und die Veränderung der Geschlechterdisproportionen (Abbildung 13).

Während an Standorten industrieller Global Player die Zahl der Personen im Rentenalter bis 2030 lediglich um 20 Prozent steigen wird, sind es an den Standorten mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen beziehungsweise in den ländlichen Kreisen mit Verdichtungsansätzen der alten Länder fast 40 Prozent. Flächendeckend ist ein überdurchschnittlich starker Anstieg der Zahl der über 74-Jährigen zu erwarten, der in den kreisfreien Großstädten der alten Länder bei 27,2 Prozent, in denen der neuen Länder sogar bei 46,7 Prozent liegen wird. Den stärksten Anstieg bei den über 74-Jährigen werden die Raumordnungsregionen München, Berlin, Havelland-Fläming, Uckermark-Barnim und Hamburg Umland Süd mit weit über 50 Prozent realisieren, während es in den Regionen Bochum/Hagen, Oberfranken-Ost, Emscher-Lippe und Göttingen weniger als 25 Prozent sein werden.

In den Regionen, in denen die demografische Alterung besonders stark ausgeprägt ist, kommen 2030 deutlich mehr Personen im Rentenalter auf 100 Erwerbsfähige, als in den Regionen mit einer geringeren Intensität der Alterung. Entsprechend liegt dieser Wert in den peripher gelegenen und gering verdichteten Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen beziehungsweise in den „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ weit über dem Durchschnittswert von 37,9, während die Standorte industrieller Global Player beziehungsweise die strukturstarken Regionen Hamburg und München Werte um die 30 und niedriger realisieren. In den strukturschwachen, zum Teil auch peripher gelegenen ostdeutschen Regionen Oberlausitz-Niederschlesien, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und Mecklenburgische Seenplatte liegt dieser Wert sogar deutlich über 60. Auch diese Kennziffern sind ein spürbarer Ausdruck für die unterschiedliche Intensität des demografischen Alterungsprozesses in den Regionen.

Nachdem nun ausführlich wesentliche demografische Strukturen und Trends der Vergangenheit und Zukunft im regionalen Kontext diskutiert wurden, sollen im Weiteren die daraus resultierenden Herausforderungen für ausgewählte Bereiche der sozialen, kulturellen und technischen Infrastruktur in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt werden.

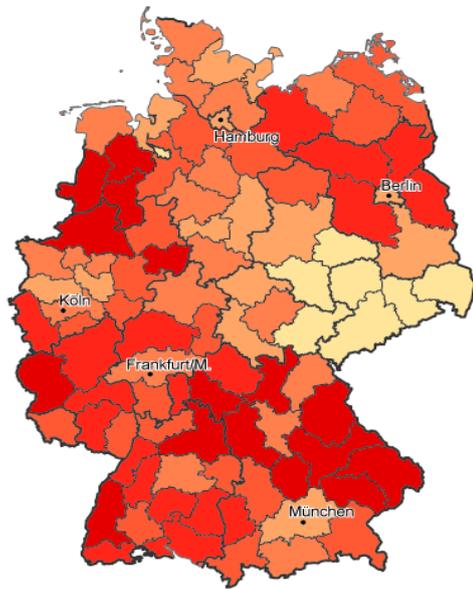
Tabelle 8: Demografische Strukturen und Trends der über 64-Jährigen, 2011 bis 2030

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Bevölkerung im Rentenalter 2030				Entwicklung der Bevölkerung im Rentenalter 2011 bis 2030		
	über 64-Jährige		Frauen	ü74- Jährige	ü64- Jährige	Frauen	ü74- Jährige
	in 1.000	in %*	je 100 ü64-Jährige		Veränderung in %		
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungs- potenzialen	8.734	27,7	54,4	47,6	38,3	33,8	45,0
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotezialen	1.277	30,3	54,5	48,2	35,8	30,9	46,2
Standorte industrieller Global Player	98	24,6	54,4	49,1	18,7	14,8	27,2
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren	2.882	23,2	55,2	49,0	24,2	18,9	35,4
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	5.551	30,7	55,2	49,0	26,2	20,7	36,1
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	3.003	25,5	55,3	48,9	22,0	17,6	32,4
Kreisfreie Großstädte (AL)	4.017	23,6	55,0	48,8	19,7	13,9	26,5
Städtische Kreise (AL)	8.274	27,2	54,8	48,1	35,4	31,8	44,0
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (AL)	2.803	28,0	54,3	47,5	38,0	33,2	43,8
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	1.936	28,9	54,2	47,4	36,8	31,3	40,1
Kreisfreie Großstädte (NL)	1.455	25,6	55,7	50,9	21,8	17,4	46,7
Städtische Kreise (NL)	385	36,7	56,0	52,0	17,4	11,6	31,5
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (NL)	1.162	35,0	55,2	49,6	23,2	16,9	35,8
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	1.514	35,7	54,8	47,5	32,9	25,7	42,3
Alte Länder (AL)	17.029	26,6	54,7	48,1	31,9	27,2	39,0
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	4.515	31,6	55,3	49,5	25,3	19,3	40,9
Deutschland (D)	21.545	27,5	54,8	48,4	30,4	25,5	39,4

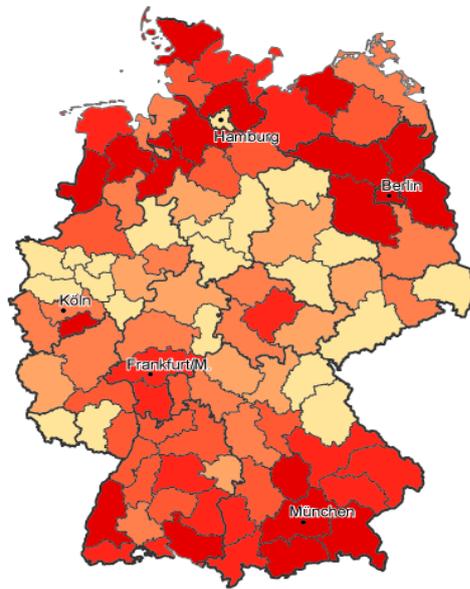
*Anteil an Gesamtbevölkerung.

Quelle: Laufende Raumbewachung und zensusbereinigte Raumordnungsprognose 2009 bis 2030 des BBSR, eigene Berechnungen.

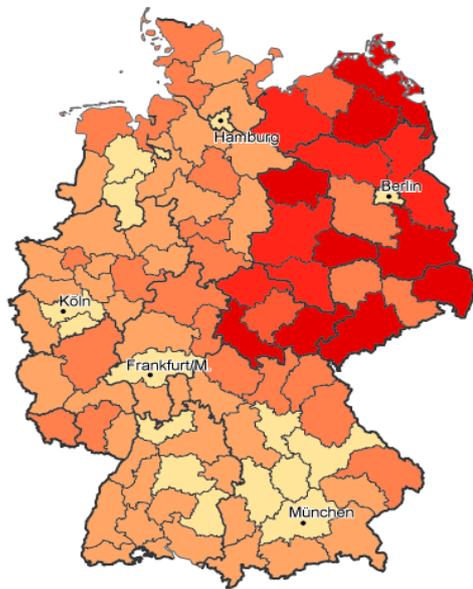
Abbildung 13: Ausgewählte Strukturen und Trends der über 64-Jährigen 2011 bis 2030



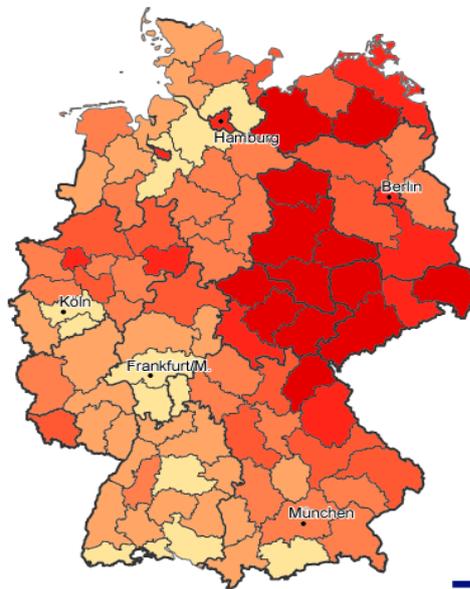
Entwicklung der Zahl der 65- bis unter 75-Jährigen im Zeitraum 2011 bis 2030 (in %)



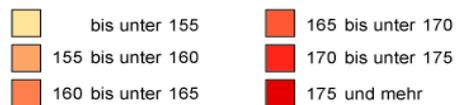
Entwicklung der Zahl der über 74-Jährigen im Zeitraum 2011 bis 2030 (in %)



Über 64-Jährige je 100 Erwerbsfähige (20- bis unter 65-Jährige) 2030



Frauen je 100 Männer der Altersgruppe 75 Jahre und älter 2030



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2011

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

5 Ausgewählte regionale Strukturen der Infrastrukturausstattung

Da ältere Menschen im Ergebnis der kontinuierlichen Steigerung der Lebenserwartung immer länger leben und das meist auch in relativer Gesundheit, verbringen sie ihren „Lebensabend“ zunehmend aktiver und vielfältiger. Ihre Aktivitäten richten sich auf den Bereich der Familie, der Freizeit, des zivilgesellschaftlichen Engagements und anderes mehr. Entsprechend gestaltet sich auch ihre Nachfrage nach infrastrukturellen Angeboten sehr vielfältig. Sie reicht von der Nutzung der verschiedensten Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (z. B. Ärzte, Krankenhäuser, ÖPNV, Pflegedienste) über die Inanspruchnahme der Einrichtungen der kulturellen Infrastruktur (z. B. Museen, Bibliotheken, Kinos, Volkshochschulen) bis hin zur Nutzung technischer Infrastrukturen. Ausgewählte Bereiche der Infrastrukturausstattung, die auch für die Sicherung einer hohen Lebensqualität älterer Menschen besonders wichtig sind, sollen im Folgenden etwas differenzierter in ihrer regionalen Vielfalt diskutiert und bewertet werden.

5.1 Soziale Infrastruktur

5.1.1 Ausgewählte regionale Strukturen der Erreichbarkeit von Infrastrukturen

Auch für die älteren Menschen ist die Erreichbarkeit der Infrastruktur- und Dienstleistungsangebote ein wichtiger Faktor ihrer Lebensqualität. Wenn sie viele dieser Angebote schon nicht vor Ort haben, sollen sie zumindest gut erreichbar sein.

Um den Einwohnern in allen Regionen Infrastruktur- und Dienstleistungsangebote gut zugänglich zu machen, sind die Orte in Deutschland meist in ein System der zentralen Orte eingeordnet, das der Geograf Walter Christaller 1933 entwickelt hat. Besondere Versorgungsfunktionen kommen dabei vor allem den Ober- und Mittelzentren zu, in denen neben dem Grund- und periodischen Bedarf auch spezifische Angebote konzentriert sind. Während sich in den Oberzentren meist höherwertige Angebote konzentrieren, wie besondere Warenhäuser, Spezialgeschäfte, Fachkliniken, Theater, Museen, Fach- und Hochschulen oder Regionalbehörden, haben in den Mittelzentren viele Fachärzte, Kaufhäuser, Kinos, kulturelle Angebote, Krankenhäuser, Notare, Rechtsanwälte, Steuerberater, Schwimmbäder oder weiterführende Schulen und Berufsschulen ihren Sitz. Von daher informiert dieser Blick auf die Erreichbarkeit der Ober- und Mittelzentren über eine weitere wesentliche Facette der Regionalstruktur in Deutschland.

Des Weiteren ist auch interessant, wie die Region, in der ein älterer Mensch lebt, in das Netz hochrangiger Infrastrukturen eingebettet ist, werden dadurch doch wesentliche Rahmenbedingungen zum Beispiel für seine Beteiligung an Ländergrenzen überschreitenden Aktivitäten gesetzt.

Mit Blick auf diese Überlegungen soll nun die Erreichbarkeit der Ober- und Mittelzentren beziehungsweise der hochrangigen Infrastrukturen etwas ausführlicher in ihrer regionalen Differenziertheit analysiert und bewertet werden.

Der Blick auf die Regionalstruktur dieser Indikatoren zeigt, dass die Siedlungsstruktur einen sehr prägenden Einfluss auf die regionalen Unterschiede hat (Tabelle 9 und Abbildung 14).

Die Einwohner peripher gelegener Regionen haben einen deutlich größeren zeitlichen Aufwand, um die Zentren oder hochrangigen Infrastrukturen zu erreichen. Entsprechend weisen die neuen Länder, die „peripher gelegenen und gering verdichteten Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen“ sowie die „peripher gelegenen Regionen mit starken strukturellen Defiziten“ die ungünstigsten Ausprägungen der Erreichbarkeitswerte auf. In den alten wie in den neuen Ländern verbessern sich diese Erreichbarkeitsverhältnisse mit steigendem Verdichtungsgrad, was die BBSR-Kreistypen eindeutig signalisieren.

Tabelle 9: Ausgewählte regionale Strukturen der Erreichbarkeit von Infrastrukturen, 2012

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Erreichbarkeit	
	des nächstgelegenen Mittel- bzw. Oberzentrums	hochrangiger Infrastrukturen*
	2012 (in Minuten)	
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	7,6	84
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen	10,4	116
Standorte industrieller Global Player	0,0	58
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren	1,6	44
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	4,8	75
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	0,1	37
Kreisfreie Großstädte (AL)	0,0	39
Städtische Kreise (AL)	5,2	65
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (AL)	8,7	94
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	10,3	116
Kreisfreie Großstädte (NL)	0,0	35
Städtische Kreise (NL)	5,2	98
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (NL)	8,5	88
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	9,4	114
Alte Länder (AL)	4,9	68
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	5,4	77
Deutschland (D)	5,0	70

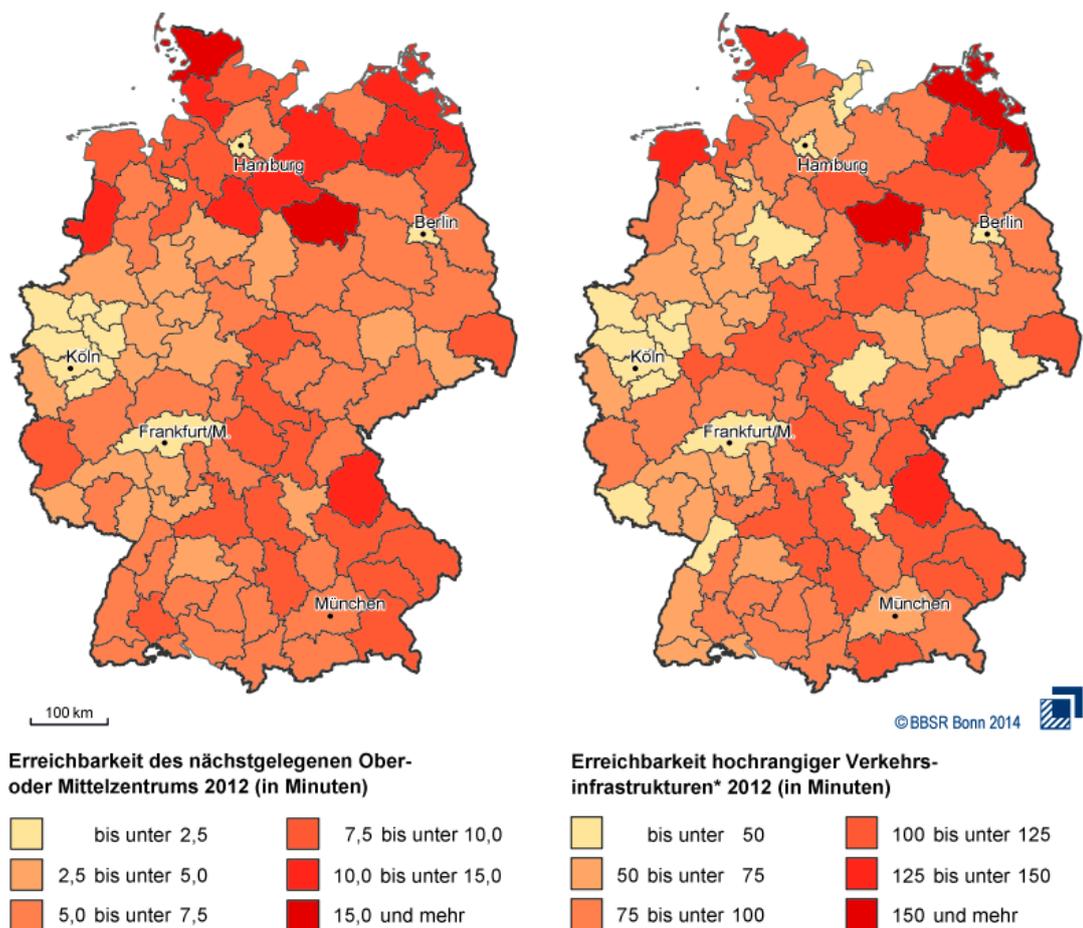
* Zur hochrangigen Infrastruktur zählen Autobahnen, Fernbahnhöfe und internationale Verkehrsflughäfen.

Quelle: Erreichbarkeitsmodell des BBSR, eigene Berechnungen.

Unter den Raumordnungsregionen weisen die meist sehr peripher gelegenen Regionen Oberpfalz-Nord, Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern, Altmark und Schleswig-Holstein Nord die größten Erreichbarkeitsdefizite auf. Hier müssen die Einwohner mindestens zwei Stunden Fahrzeit einplanen, um eine der hier berücksichtigten hochrangigen Infrastrukturen zu erreichen. Zum Erreichen des nächstgelegenen Ober- oder Mittelzentrums brauchen sie mindestens zehn Minuten.

In vielen der hochverdichteten Regionen gestaltet sich diese Situation naturgemäß wesentlich entspannter. Da diese Regionen meist selbst Standort eines dieser Zentren und hier auch viele der hochrangigen Infrastrukturen verortet sind, müssen die Einwohner zum Erreichen dieser Infrastrukturen beziehungsweise Zentren deutlich weniger Zeit einplanen. In den Regionen Hamburg, Bremen, Berlin, Bonn und Dortmund leben sie beispielsweise direkt in einem Oberzentrum und müssen zum Erreichen einer der hochrangigen Infrastrukturen auch nur maximal 20 Minuten einplanen.

Abbildung 14: Ausgewählte regionale Strukturen der Erreichbarkeit von Infrastrukturen, 2012



Datenbasis: Erreichbarkeitsmodell des BBSR
 Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2011

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

5.1.2 Ausgewählte regionale Strukturen der Gesundheitsversorgung/-betreuung

Für ältere Menschen ist die gesundheitliche Betreuung am Wohnort ein äußerst wichtiger Faktor der Lebensqualität. Weil gerade ältere Menschen wichtige Kunden des Gesundheitssektors sind (je älter desto intensiver), ist es wichtig, im Rahmen dieses Gutachtens wesentliche regionale Strukturen der Gesundheitsversorgung beziehungsweise –betreuung darzustellen und zu bewerten.

Für die gesundheitliche Betreuung/Versorgung der Bevölkerung im Raum ist ein ganzes System an Institutionen und Akteuren wichtig, das hier aus den verschiedensten Gründen nicht berücksichtigt werden kann. Zum einen stehen für die Mehrzahl der Strukturen keine regional differenzierten Informationen zur Verfügung. Zum anderen sind viele Akteure auf dem Gesundheitsmarkt so spezialisiert, dass die im Rahmen dieses Gutachtens gewählte regionale Perspektive (max. Raumordnungsregionen) viel zu klein ist.

Im Weiteren sollen hier regional differenzierte Informationen zur Verfügbarkeit von Hausärzten, Krankenhäusern und Apotheken dargestellt und bewertet werden. Auch wenn damit nur Teilaspekte der Regionalstruktur des Gesundheitsmarktes berücksichtigt werden, lassen sich aus diesen Verteilungsmustern doch wichtige Rückschlüsse über wesentliche regionale Grundstrukturen der gesundheitlichen Versorgung/Betreuung in Deutschland ableiten:

- **Hausärzte** sind für eine Region eine äußerst wichtige Säule der gesundheitlichen Versorgung/Betreuung. Sie übernehmen unter anderem die Koordination diagnostischer, therapeutischer und pflegerischer Maßnahmen, sichern den Notdienst ab und vereinbaren Termine beim Facharzt oder im Krankenhaus. Durch ihre abgestimmte Arzneitherapie helfen sie, unerwünschte Arzneimittelnebenwirkungen zu vermeiden. Indem sie den Angehörigen Anleitung und Unterstützung bei der Durchführung von häuslicher Krankenpflege geben, sind sie auch für den Pflegesektor ein unverzichtbarer Faktor.
- **Krankenhäuser** führen überwiegend stationäre Behandlungen durch. Sie sichern, dass in einer Region jederzeit ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen verfügbar sind, Krankheiten, Leiden oder Verletzungen durch Unfallschäden festgestellt, geheilt oder gelindert werden oder Geburtshilfe geleistet werden kann. Die zu versorgenden Patienten werden hier untergebracht und gepflegt. Die medizinisch-technische Ausstattung ist an den Bedarf der Patienten angepasst, wobei Krankenhäuser Leistungserbringer der sozialen Sicherung und des Gesundheitswesens sind (Springer Gabler Verlag, o. J.).

- **Apotheken** haben im Gesundheitsmarkt Deutschlands eine äußerst wichtige Funktion. Sie stellen die ordnungsgemäße Arzneimittelversorgung der Bevölkerung rund um die Uhr sicher, beraten die Patienten beim verantwortungsvollen Umgang mit Arzneimitteln sowie in der Selbstmedikation und prüfen stichprobenartig Arzneimittel, die nicht in der Apotheke hergestellt wurden und anderes mehr. Aufgrund der Vielfalt der Fertigarzneimittel, der verschiedenen Anwendungsformen und den unterschiedlichen Wirkungsmechanismen sichert ihre enge Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft eine optimale Betreuung der Patienten und Kunden. Absehbar ist, dass die Apotheke in Zukunft als Drehscheibe für Information und Beratung wachsen und für eine optimale orts- und zeitnahe Versorgung der Patienten immer wichtiger sein wird.¹⁰

Die regionalen Strukturen der hier berücksichtigten gesundheitlichen Versorgungsbeziehungsweise Betreuungseinrichtungen zeigen, dass die regionalen Disparitäten der gesundheitlichen Versorgung beziehungsweise Betreuung nicht nur an den quantitativen Versorgungskennziffern gemessen werden dürfen. Die Größe des Versorgungsbereiches beziehungsweise die durchschnittliche Distanz zum nächsten Arzt beziehungsweise zur nächsten Apotheke signalisieren klar, dass in geringer verdichteten Regionen der Faktor Distanz/Erreichbarkeit als wichtiger, durchaus limitierender Faktor der Inanspruchnahme dieser Versorgungsleistungen hinzukommt (Tabelle 10).

¹⁰ <http://www.apotheker.de/rubriken/apotheke/geschichte/der-heutige-apotheker-und-seine-aufgaben/> [Zugriff am 8. April 2016].

Tabelle 10: Ausgewählte regionale Strukturen der gesellschaftlichen Versorgung/Betreuung, 2011

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Betten* in Kranken- häusern je 10.000 Einwohner	Hausärzte	Apotheken	Hausärzte	Apotheken	Durchschnittliche Luftliniendistanz** (in m)	
		je 100.000 Einwohner		Versorgungsbereich in km ²		zum nächsten Hausarzt	zur nächsten Apotheke
Standorte mit bedeut- samen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	45	58	25,2	10,0	23,1	2.484	3.053
Peripher gelegene und gering verdichtete Re- gionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen	54	65	27,5	14,4	34,1	2.931	3.695
Standorte industrieller Global Player	92	61	28,4	1,6	3,5	948	1.005
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleis- tungszentren	64	69	28,4	1,6	3,9	1.480	1.929
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	56	62	25,8	8,7	20,9	2.877	3.585
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	64	58	25,7	1,0	2,2	949	1.085
Kreisfreie Großstädte (AL)	74	68	28,0	0,8	1,9	789	905
Städtische Kreise (AL)	46	58	25,5	5,4	12,3	1.793	2.218
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (AL)	46	63	26,2	11,2	27,0	2.467	3.062
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	55	65	26,3	15,7	38,9	2.860	3.582
Kreisfreie Großstädte (NL)	51	56	25,4	0,9	1,9	845	1.096
Städtische Kreise (NL)	67	65	26,8	7,4	18,0	2.116	2.760
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (NL)	54	60	23,8	13,0	32,9	2.656	3.502
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	56	52	24,4	26,2	56,0	3.866	4.665
Alte Länder (AL)	54	62	26,4	6,1	14,4	2.254	2.801
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	55	57	24,8	11,8	26,8	3.336	4.124
Deutschland (D)	54	61	26,1	7,1	16,7	2.583	3.204

* Aufgestellte Betten in Plankrankenhäusern/Krankenhäusern mit Versorgungsvertrag.

** Luftliniendistanzen im 250m-Raster, ohne Berücksichtigung topografischer Barrieren, einwohnergewichtete Aggregation auf Gemeindeebene.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Krankenhausverzeichnis der Rehabilitations- und Versorgungseinrichtungen; Kassenärztliche Bundesvereinigung; Firmenverzeichnis wer-zu-wem GmbH, Hamburg (Hausärzte); Bundesapotheken-Register (Stand: Dezember 2011), eigene Berechnungen.

Gerade für ältere Menschen, die mit steigendem Alter wachsende (Mobilitäts-)Einschränkungen erfahren, aus denen auch besondere Nachfragen entstehen, ist es wichtig, ob der Hausarzt oder die Apotheke gleich in der Nähe oder in einer Entfernung liegt, die zu Fuß kaum noch bewältigt werden kann. Wenn man zudem bedenkt, dass gerade in den peripher gelegenen Regionen der ÖPNV kaum noch attraktive Mobilitätsangebote bereitstellt, die diese Erreichbarkeitsdefizite kompensieren, wird die limitierende Wirkung des Faktors Distanz/Erreichbarkeit besonders deutlich.

Bei den Krankenhäusern ist dieser Lagefaktor sicherlich nicht so wichtig, weil es hier meist um eine stationäre Behandlung geht, für die die Alltagserreichbarkeit weniger bedeutsam ist. Wenn sich die Erreichbarkeit eines Krankenhauses aber zu schlecht gestaltet, was für den peripheren ländlichen Raum ja typisch ist, wird dieses Defizit zum Problem. Deswegen gibt es bei der Krankenhausfinanzierung auch das Instrument des „Sicherstellungszuschlages“, das den Besonderheiten von Krankenhäusern im ländlichen Raum Rechnung trägt. Dieser Zuschlag soll die Vorhaltung von (Kapazitäten für) Leistungen gewährleisten, „die auf Grund des geringen Versorgungsbedarfs mit den Fallpauschalen nicht kostendeckend finanzierbar und zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung bei einem Krankenhaus notwendig sind“ (Sachverständigenrat 2014).

Jedoch lassen sich im Bereich der Krankenhäuser die regionalen Ausstattungsunterschiede kaum seriös bewerten. Einerseits signalisieren beispielsweise die äußerst niedrigen Ausstattungswerte der städtischen und ländlichen Kreise mit Verdichtungsansätzen in den alten Ländern (46 Betten je 10.000 Einwohner) eine relativ ungünstige Versorgungslage. Andererseits spricht viel dafür, dass wir in Deutschland zu viele Krankenhäuser mit viel zu hohen Kosten für unser Gesundheitssystem haben. Der Chef der größten Krankenkasse Barmer GEK, Christoph Straub, hat sich beispielsweise schon 2012 für eine Schließung von Kliniken ausgesprochen, weil es in Deutschland zu viele Krankenhäuser und vor allem zu viele Krankenhausbetten gibt. Seiner Ansicht nach leisten wir uns Strukturen, die größer und teurer sind als in vielen anderen Ländern.¹¹ Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) spricht mit Blick auf die Rahmenbedingungen für Krankenhäuser gar von einem schweren Systemfehler, weil 2012 mehr als die Hälfte aller Kliniken rote Zahlen schrieb. Auch aufgrund dieser Rahmenbedingungen ist in diesem Segment des Gesundheitsmarktes aktuell sehr vieles in Veränderung begriffen. Das traditionelle Nebeneinander von Krankenhäusern und Arztpraxen löst sich zunehmend auf, weg von den traditionellen Kliniken, hin zu mehr „ambulant-stationären Einheiten“ auf dem Land und in Ballungsräumen.

Angesichts dieser Trends, die Argumente dafür liefern, dass die oben genannten sehr niedrigen Ausstattungswerte der städtischen und ländlichen Kreise mit Verdichtungsansätzen in den alten Ländern auch für größere Fortschritte im Strukturwandel beziehungsweise für wettbewerbsfähigere Strukturen stehen können, soll hier auf eine weitere Diskussion der regionalen Strukturen der Krankenhausversorgung verzichtet werden.

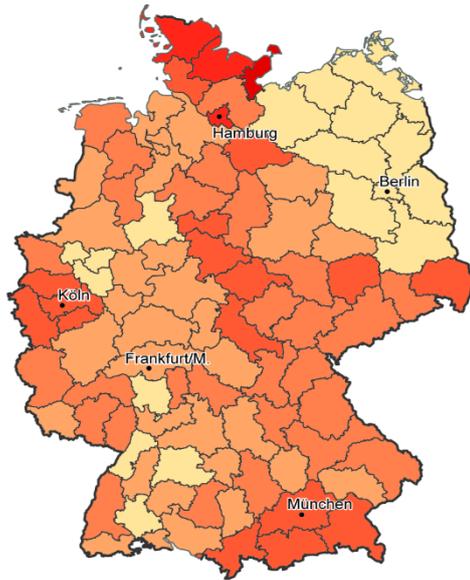
¹¹ <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Wirtschaft/d/1433238/krankenkasse-fordert-klinik-schliessungen.html> [Zugriff am 8. April 2016].

Anders sieht dies bezüglich der räumlichen Verteilung der Hausärzte und Apotheken aus, die auch in Zukunft unverzichtbare Bausteine im System der regionalen Gesundheitsversorgung/-betreuung bleiben werden. Während bei der Hausarztversorgung die Werte zwischen 52 (dünn besiedelte ländliche Kreise der neuen Länder) und 69 Hausärzten je 100.000 Einwohner (strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren) schwanken, fallen die regionalen Unterschiede bei den Apotheken mit 23,8 Apotheken je 100.000 Einwohner (ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen der neuen Länder) und 28,4 (strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren) deutlich geringer aus. Aber schon diese Extremwerte zeigen, dass sich die wesentlichen regionalen Versorgungsunterschiede in starker Abhängigkeit von der Strukturstärke, der Siedlungsstruktur und/oder der Ost-West-Dimension gestalten.

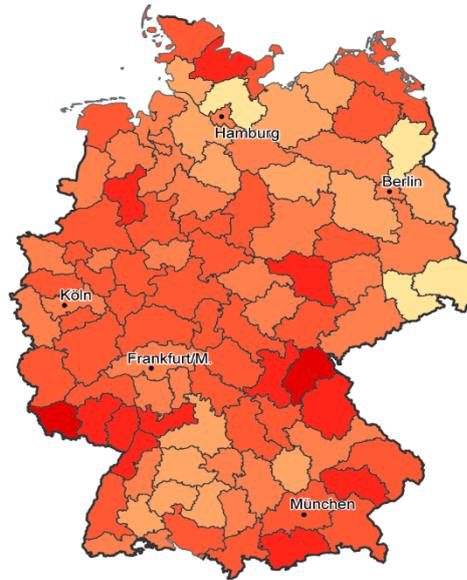
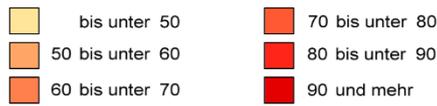
Fallen bezüglich der Versorgungskennziffern vor allem die ausgeprägten Ost-West-Unterschiede ins Auge, so zeigen sich im Hinblick auf die Größe des Versorgungsbereiches, den ein Hausarzt oder eine Apotheke betreuen muss, erhebliche regionale Disparitäten, die vor allem der Siedlungsstruktur geschuldet sind. Auch wenn die geringer verdichteten und/oder peripherer gelegenen Regionen nicht immer unterdurchschnittliche Versorgungswerte aufweisen, sind hier die Versorgungsbereiche eines Hausarztes oder einer Apotheke in Ost und West wesentlich größer als in den höher verdichteten Regionen. Dies schlägt unmittelbar auf die Distanzen durch, die die Einwohner dieser Regionen zurücklegen müssen, um ihren Hausarzt oder die nächstgelegene Apotheke zu erreichen. Bundesweit ist dabei der Weg zur Apotheke spürbar länger als der zum Hausarzt. In Teilen übernehmen die Hausärzte in diesen Regionen auch Aufgaben der Apotheken.

Die hier beschriebenen regionalen Muster spiegeln sich direkt in den spezifischen Versorgungssituationen der Raumordnungsregionen wider (Abbildung 15). Während die sehr peripher gelegenen und eher strukturschwachen Regionen Vorpommern, Westmecklenburg, Uckermark-Barnim, Prignitz-Oberhavel, Mecklenburgische Seenplatte und Altmark bundesweit die mit Abstand ungünstigste gesundheitliche Versorgungs-/Betreuungssituation aufweisen, konzentrieren sich in den hochverdichteten Agglomerationen Berlin, Hamburg, Bremen und Düsseldorf die günstigsten Ausstattungswerte. In den letztgenannten Regionen gibt es je Einwohner besonders viele Hausärzte und Apotheken, die zudem sehr gut erreichbar sind.

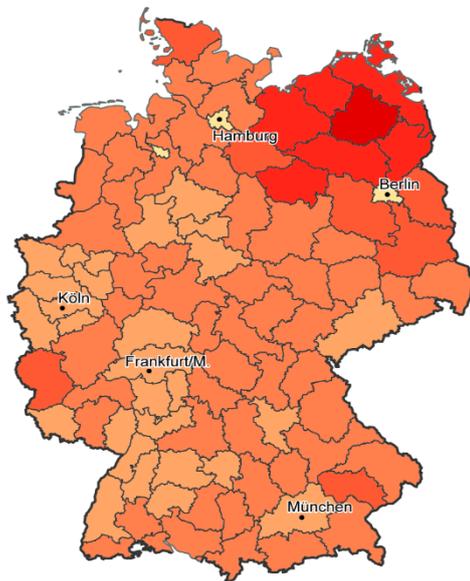
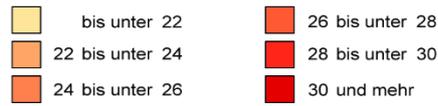
Abbildung 15: Ausgewählte Regionale Strukturen der gesundheitlichen Versorgung/Betreuung, 2011



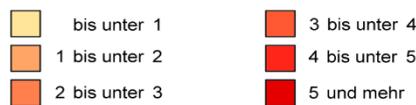
Hausärzte je 100.000 Einwohner 2011



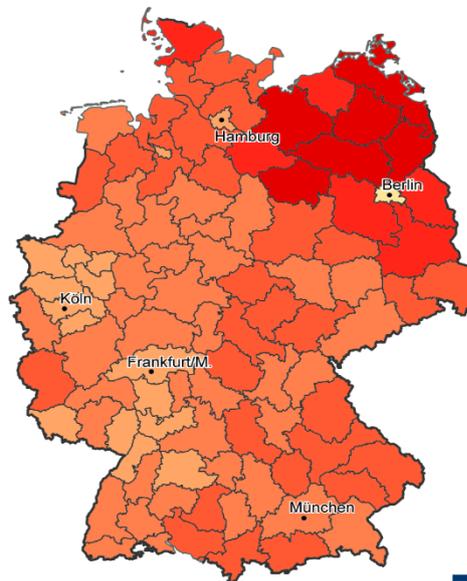
Apotheken je 100.000 Einwohner 2011



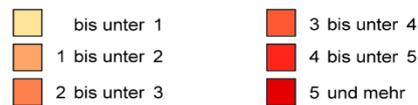
Durchschnittliche Luftliniendistanz* zum nächsten Hausarzt 2011 (in km)



* Luftliniendistanzen im 250m Raster, ohne Berücksichtigung topographischer Barrieren, einwohnergewichtete Aggregation auf Gemeindeebene



Durchschnittliche Luftliniendistanz* zur nächsten Apotheke 2011 (in km)



Datenbasis: Firmenverzeichnis wer-zu-wem GmbH, Hamburg (Hausärzte, Stand: November 2013); Bundesapotheken-Register (Stand: Dezember 2011) - eigene Berechnungen
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2011

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

© BBSR Bonn 2014

5.1.3 Ausgewählte regionale Strukturen der Kultur- und Freizeitstruktur

Die Analysen in Kapitel 4 haben gezeigt, dass in allen Regionen Deutschlands die Zahl der Älteren weiter wachsen wird. Dabei gilt es sich nicht nur auf mehr Personen im Rentenalter einzustellen. Dieser Personenkreis bleibt gleichzeitig länger gesund und geistig rege. Vor allem die 65- bis 74-Jährigen, die oft auch als die „aktiven Alten“ bezeichnet werden, äußern das Bedürfnis, am Leben der Gesellschaft aktiv teilzunehmen und ihr Umfeld mitzugestalten. Darauf gilt es sich umfassend einzustellen, wobei attraktive und vielfältige Kultur- und Freizeiteinrichtungen einen wichtigen Baustein in diesem System bilden.

Leider gibt es für die vielfältigen Einrichtungen dieses Infrastrukturbereiches nur wenige, kleinteilig regionalisierte Informationen. Und selbst wenn diese vorliegen weiß man nicht, welche Qualität diese Angebote haben. Eigentlich war beabsichtigt, hier auch regional differenzierte Informationen über die Ausstattung der Kommunen mit Musikschulen und Volkshochschulen zu berücksichtigen. Da für diese Infrastrukturen aber nur die Geschäftsstellen, nicht aber die einzelnen regionalen Standorte erfasst waren, konnten diese Daten nicht berücksichtigt werden.

Unabhängig von diesen Überlegungen sollen hier aber die Informationen zur Regionalstruktur der Museen, Bibliotheken und Kinos etwas differenzierter gewürdigt werden, vermitteln sie doch zumindest einen groben Eindruck über wesentliche regionale Muster der Verteilung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen in Deutschland (Tabelle 11).

Im Kontext der Regionalstruktur der hier berücksichtigten Kultur- und Freizeiteinrichtungen lassen sich im Wesentlichen nur siedlungsstrukturelle Auffälligkeiten beobachten. Einzig die peripher gelegenen und gering verdichteten Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen realisieren durchgängig überdurchschnittlich hohe Ausstattungswerte. Diese Regionen müssen aber ihren Besuchern auch attraktive Freizeitangebote liefern.

Bei den Ausstattungsniveaus je 100.000 Einwohner zeigen sich in Ost und West, sowie bei den strukturstarken oder -schwachen Regionen, bei der einen Infrastruktur günstigere, bei einer anderen ungünstigere Ausprägungen. Am ehesten sind hier noch bei den hoch verdichteten Regionen mit strukturellen Schwächen wie bei den kreisfreien Großstädten der alten und neuen Länder Auffälligkeiten in der Infrastrukturausstattung erkennbar. In diesen Regionen werden je 100.000 Einwohner deutlich weniger Museen und Bibliotheken betrieben, während das Angebot an Kinosälen durchschnittlich oder leicht überdurchschnittlich ausfällt. Vermutlich spiegeln diese Besonderheiten aber den höheren Verdichtungsgrad dieser Regionen wider, denn selbst bei niedrigeren Ausstattungswerten wird allein die deutlich höhere Zahl an Infrastruktureinrichtungen in diesen Regionen ein wesentlich vielfältigeres, auch spezialisierteres Angebot an Museen, Bibliotheken und Kinos ermöglichen. Von daher sollten die zum Teil niedrigeren Ausstattungswerte nicht in Richtung eines ungünstigeren Ausstattungsniveaus interpretiert werden.

Tabelle 11: Ausgewählte regionale Strukturen der Kultur- und Freizeitinfrastruktur, 2008/2011/2012

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Museen	Bibliotheken	Kinosäle	Durchschnittliche Distanz* zur Infrastruktur (in km)		
	je 100.000 Einwohner			Museen	Bibliotheken	Kino
	2008	2012	2011	2008	2012	2011
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	9,5	15,1	5,5	4,4	3,5	9,1
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen	15,6	15,2	7,1	4,4	4,4	9,5
Standorte industrieller Global Player	7,5	9,6	8,2	2,1	1,7	4,3
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren	6,0	7,1	7,1	2,4	2,2	3,6
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	8,4	11,5	5,6	4,5	3,8	8,9
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	3,7	6,3	6,0	2,2	1,7	3,0
Kreisfreie Großstädte (AL)	4,5	6,7	6,9	1,9	1,6	2,7
Städtische Kreise (AL)	7,3	12,5	5,0	3,7	2,8	7,0
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (AL)	10,8	16,8	6,2	4,6	3,6	9,4
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	13,3	16,7	6,0	4,9	4,4	11,2
Kreisfreie Großstädte (NL)	6,0	2,6	8,9	1,6	2,4	2,2
Städtische Kreise (NL)	11,1	12,6	6,5	3,7	3,5	7,4
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (NL)	10,6	15,3	5,2	4,8	4,1	11,0
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	13,6	13,9	5,0	5,7	5,5	13,5
Alte Länder (AL)	7,7	12,1	5,8	4,0	3,1	7,3
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	9,8	10,0	6,6	4,6	4,6	9,0
Deutschland (D)	8,1	11,6	6,0	4,1	3,4	7,7

*pauschal berechnet aus dem Versorgungsbereich (km²).

Quelle: Institut für Museumsforschung, Deutsche Bibliotheksstatistik, Kinohandbuch; eigene Berechnungen.

Die zum Teil hohen Ausstattungswerte mit Kultur- und Freizeiteinrichtungen stellen für viele Kommunen allerdings auch eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Da sich im Laufe der Zeit auch das Freizeitverhalten der Einwohner verändert beziehungsweise neue Technologien zu veränderten Ansprüchen und Sehgewohnheiten geführt haben (z. B. Digitalisierung des Kinos), fällt es vielen Unternehmen beziehungsweise Kommunen immer schwerer, ihre Infrastruktureinrichtungen auszulasten, also rentabel zu betreiben. So gibt es in Hessen 119 Kinos in 67 Orten, „[...] insgesamt haben sie noch mehr als 300 Säle. Doch in den letzten drei Jahren haben nach Auskunft des Film- und Kinobüros Hessen allein elf Kinos schließen müssen. Neun von ihnen waren jeweils das einzige verbliebene Kino am Ort, Ersatz ist nicht in Sicht. Mindestens noch einmal so viele Kinos sind weiterhin

von der Schließung bedroht.“¹² In Berlin hat in den vergangenen Jahren mehr als jede zweite Bücherei geschlossen. So zählte das Statistische Landesamt 1997 217 Häuser. Im Jahr 2012 waren es nur noch 85.¹³ Auch bei den Museen zeigt sich sehr oft, dass viele Kommunen Probleme haben, diese überhaupt rentabel zu betreiben.¹⁴ Angesichts der vielfach engen Haushalte, die für viele Kommunen aktuell Realität sind, fällt es ihnen immer schwerer solche freiwilligen Aufgaben der Daseinsvorsorge dauerhaft zu finanzieren.

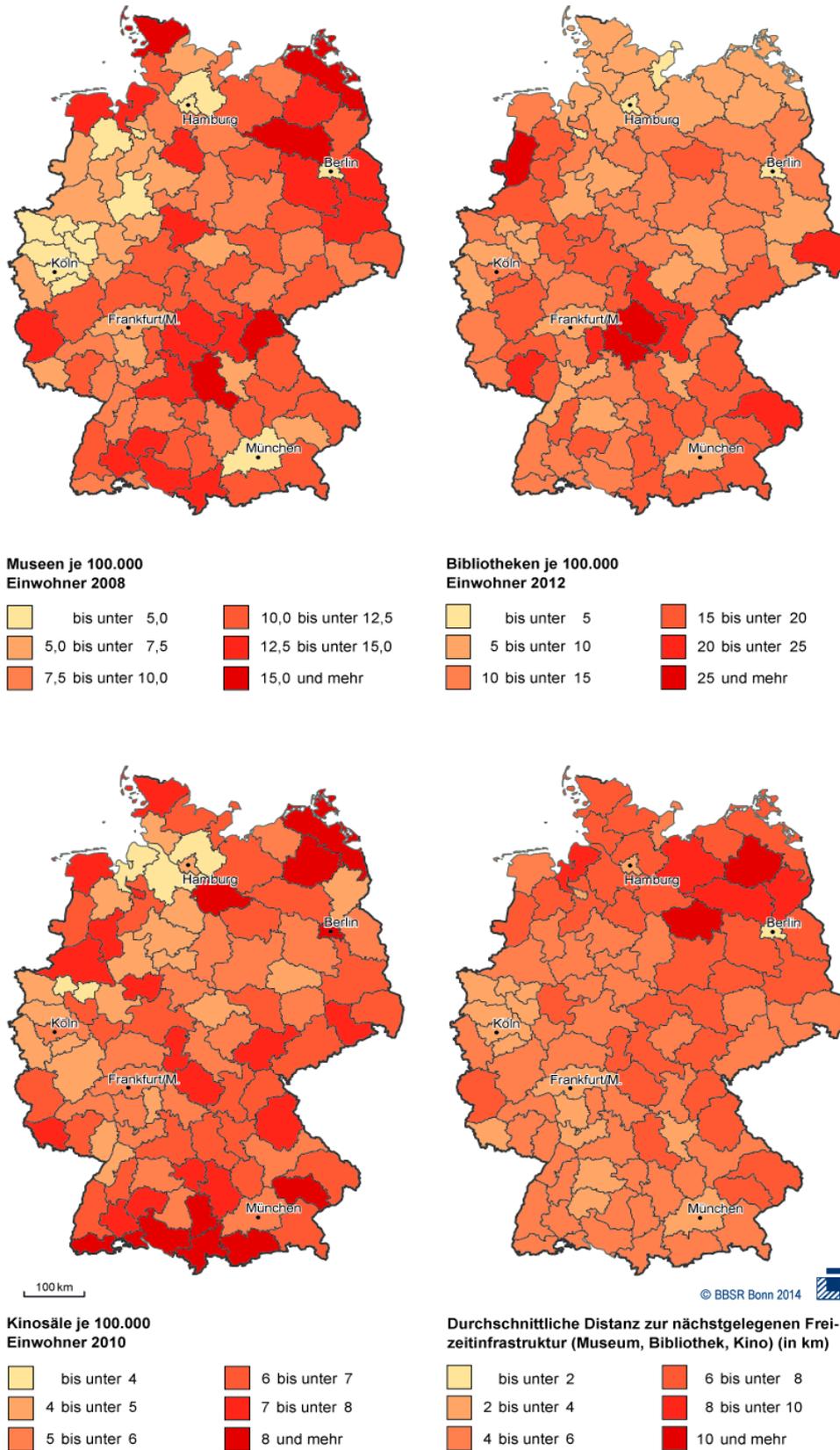
Eine besonders ungünstige Ausstattungssituation bei den hier berücksichtigten Kultur- und Freizeiteinrichtungen weisen die Regionen Uckermark-Barnim, die Altmark, Schleswig-Holstein Süd-West und die Region Mittleres Mecklenburg/Rostock auf (Abbildung 16). In diesen Regionen müssen die Einwohner in der Regel wesentlich größere Distanzen zurücklegen, um eine dieser Einrichtungen zu erreichen, von denen meist auch deutlich weniger als im Bundesdurchschnitt vorhanden sind. Auch die Raumordnungsregionen Schleswig-Holstein Süd und Hamburg Umland Süd weisen sehr ungünstige Ausstattungswerte auf. Da diese Regionen aber im Umland der Metropole Hamburg liegen, ist diese Minderausstattung sicherlich auch in Teilen der Tatsache geschuldet, dass es eine Arbeitsteilung der Umlandregionen mit der Stadt Hamburg gibt. Deutlich günstiger gestaltet sich das Angebot an Kultur- und Freizeiteinrichtungen in den Regionen Bayerns und Baden-Württembergs. Dort weisen viele Regionen überdurchschnittlich günstige Ausstattungswerte auf, wobei diese Einrichtungen auch deutlich besser erreichbar sind. Besonders gilt dies für die Regionen Donau-Iller (Bayern), Neckar-Alb, Allgäu und Main-Rhön, die überdurchschnittlich viele Museen, Bibliotheken und Kinos haben, meist in günstigerer Entfernung zu den Wohnstandorten der potenziellen Nutzer.

¹² <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/regionales-kinosterben-noch-lange-nicht-die-letzte-vorstellung-12312840.html> [Zugriff am 8. April 2016].

¹³ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/bibliotheken-in-berlin-die-haelfte-der-buechereien-ist-geschlossen/9350980.html> [Zugriff am 8. April 2016].

¹⁴ http://www.rga-online.de/rga_102_110592805-2-_Museum-droht-Schliessung.html [Zugriff am 8. April 2016].

Abbildung 16: Regionalstruktur ausgewählter Kultur- und Freizeiteinrichtungen, 2008/2010/2012



Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

Datenbasis: Institut für Museumsforschung, Deutsche Bibliotheksstatistik, Kinohandbuch - eigene Berechnungen
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2011

5.1.4 Ausgewählte regionale Strukturen des Wohnungsmarktes

Der demografische Wandel bringt für den Wohnungsmarkt in Deutschland große Herausforderungen mit sich. Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft werden auch im Bereich des Wohnens die Anforderungen sowohl an die Wohnungseigentümer als auch an die Wohnungspolitik erheblich verändern, worauf es sich einzustellen gilt. Während sich die Zahl der jüngeren Menschen nahezu flächendeckend weiter verringert, wird die Zahl der über 65-Jährigen bis 2030 auf circa 21,5 Mio. steigen, das heißt, dass dann mit einem Anteil von 27,5 Prozent mehr als jeder vierte Bundesbürger älter als 65 Jahre sein wird. Die Zahl der über 74-Jährigen wird im gleichen Zeitraum von 7,5 Mio. auf über 10,4 Mio. anwachsen.

Da sich in allen hier betrachteten Raumeinheiten die Zahl der Bevölkerung im Rentenalter um mindestens 17,4 Prozent erhöhen wird (Tabelle 8), ist seitens dieser Bevölkerungsgruppe nicht von einer sinkenden Wohnungsnachfrage auszugehen. Realistisch ist eher, dass diese strukturellen Verschiebungen in der Größen- und Altersstruktur der Bevölkerung zu spürbaren Veränderungen in der Struktur des nachgefragten Wohnraums führen werden.

Mit Blick auf die ältere Generation gestalten sich die wohnungsmarktpolitischen Herausforderungen für viele Regionen also völlig anders, als sie für den Gesamtwohnungsmarkt zu erwarten sind. Zwar zeigen die Ergebnisse der letzten Wohnungsmarktprognose des BBSR, dass „[...] die Entwicklungsdynamik auf der Ebene der Raumordnungsregionen (bis 2025) gespalten bleibt. Überdurchschnittlich hohe Zuwächse bei der Wohnflächennachfrage sind vor allem in München, Berlin, Hamburg, Bonn und Stuttgart sowie in Teilen Brandenburgs, Nordniedersachsens, Bayerns und Baden-Württembergs zu erkennen. Im Gegensatz dazu sind Regionen mit negativer Entwicklung vor allem in den neuen Ländern sowie in Teilen Niedersachsens, in Nordhessen, im Ruhrgebiet und in Oberfranken zu finden. Die Spannweite der Nachfrageentwicklung nach Wohnfläche reicht insgesamt von einem Zuwachs um insgesamt 14 Prozent in München bis zu einem Rückgang um knapp 10 Prozent in Halle (Saale) (Waltersbacher und Scharmanski 2010).“ Diese rückläufigen Wohnraumnachfragewerte bis 2030 sind aber selbst in den Schrumpfungsräumen nicht das Ergebnis sinkender Zahlen bei den Rentnerhaushalten, sondern werden vielmehr einzig von den jüngeren Haushalten getragen.

Der Blick auf die demografischen Veränderungen verdeutlicht, dass die Rentnerhaushalte bundesweit, insbesondere aber in den Schrumpfungsregionen zu einer immer wichtiger werdenden Nachfragegröße des Wohnungsmarktes werden. Alle Regionen sollten sich dementsprechend auf eine steigende Nachfrage der Rentnerhaushalte nach geeignetem Wohnraum einstellen. Der Blick auf die Zensusergebnisse 2011, die unter anderem differenziert über das quantitative und qualitative Wohnungsangebot in den Regionen informieren, offenbart dagegen, dass die Regionen im Kontext ihres Wohnungsbestandes vor zum Teil sehr unterschiedlichen Herausforderungen stehen (Tabelle 12). Hierbei lassen sich die folgenden regionalen Bestandsmuster erkennen:

Tabelle 12: Ausgewählte regionale Strukturen des Wohnungsmarktes, 2011

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Wohnungen				Durchschnittliche Größe der Wohnun- gen	Durchschnittliche Zahl der Räume je Wohnung	Durchschnittliches Baualter der Wohn- ungen
	je 100 Einwohner	darunter:					
		Eigentum	Miete	Leer- stand			
		Anteil in %			m ²	Jahre*	
Standorte mit bedeut- samen Produktions- und Dienstleistungs- potenzialen	47,4	54,6	45,4	4,1	102,4	4,9	39,4
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Touris- muspotenzialen	52,4	48,2	51,8	4,3	94,9	4,6	39,8
Standorte industrieller Global Player	50,8	37,4	62,6	3,7	85,1	4,1	39,6
Strukturstarke hoch verdichtete Dienst- leistungszentren	52,5	29,9	70,1	3,1	80,8	3,8	42,7
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	52,1	40,4	59,6	6,2	85,8	4,3	44,9
Hoch verdichtete Regionen mit struk- turellen Schwächen	52,9	27,6	72,4	3,9	78,7	3,8	45,5
Kreisfreie Großstädte (AL)	53,2	28,2	71,8	3,3	78,1	3,7	45,7
Städtische Kreise (AL)	48,0	50,9	49,1	3,8	98,6	4,7	39,8
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (AL)	48,1	54,7	45,3	4,2	104,1	5,0	39,0
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	48,7	55,5	44,5	4,2	105,4	5,0	39,6
Kreisfreie Großstädte (NL)	56,1	14,6	85,4	5,6	70,8	3,5	46,7
Städtische Kreise (NL)	56,3	35,2	64,8	10,1	75,6	4,0	51,1
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (NL)	53,8	40,2	59,8	8,6	80,0	4,2	48,0
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	52,4	44,5	55,5	7,1	82,6	4,2	46,1
Alte Länder (AL)	49,5	45,4	54,6	3,7	94,2	4,5	40,6
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	54,4	31,3	68,7	7,1	76,9	3,9	47,3
Deutschland (D)	50,5	42,4	57,6	4,5	90,5	4,4	41,8

* Der Berechnung des Durchschnittsalters wurden je Baualtersgruppe die folgenden Werte zugrunde gelegt:
Baujahr nach 1990 = 10,5 Jahre; Baualter 1970-1989 = 31 Jahre; Baualter 1950-1969 = 51 Jahre; Baualter vor 1950
= 71 Jahre.

Quelle: Zensus 2011, eigene Berechnungen.

- Mit einer Leerstandsquote von 7,1 Prozent unterscheidet sich der ostdeutsche Wohnungsmarkt nach wie vor erheblich vom westdeutschen. Hier standen 2011 je 100 Einwohner deutlich mehr Wohnungen zur Verfügung, Diese Werte sind ein deutlicher Hinweis auf ein nach wie vor bestehendes Überangebot an Wohnraum, das insbesondere in den städtischen Kreisen beziehungsweise ländlichen Kreisen mit Verdichtungsansätzen der neuen Länder die Funktionsfähigkeit des Wohnungsmarktes erheblich einschränkt. Zudem sind die hier vorhandenen Wohnungen viel kleiner und älter als in den alten Ländern. In den neuen Ländern befinden sich zudem deutlich weniger Wohnungen in Wohneigentum.
- Bezüglich des Wohnungsangebotes, der Wohnungsgröße oder der Eigentümerquote zeigen sich zwischen den Kreisregionstypen keine signifikanten Unterschiede. Sowohl strukturstarke, als auch strukturschwache Regionstypen weisen ein überdurchschnittliches Wohnungsangebot, relativ größere Wohnungen und/oder überdurchschnittliche Wohneigentumsquoten auf.
- Die regionalen Unterschiede zeigen sich vor allem bezüglich der Qualität und Nutzung des vorhandenen Wohnungsbestandes. Während die strukturstärkeren Kreisregionstypen relativ wenige leerstehende Wohnungen und ein geringeres Durchschnittsalter des Wohnungsbestandes aufweisen, realisiert der Kreisregionstyp „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ die mit Abstand höchste Leerstandsquote und das höchste Durchschnittsalter der Wohnbausubstanz. Auch die Wohneigentumsquote und die Wohnungsgröße liegen hier unter dem bundesweiten Durchschnitt.
- Mit Blick auf die Raumordnungsregionen zeigt sich vor allem in den ostdeutschen Regionen Westsachsen, Südsachsen, Oberes Elbtal/Osterzgebirge und Halle (Saale) eine Konzentration ungünstiger Strukturen des Wohnungsmarktes (Abbildung 17). Hier sind die Wohnungen besonders klein und alt, es gibt wenig Wohneigentümer und viele Wohnungen stehen leer. Ganz anders sieht dies in den westdeutschen Regionen Schleswig-Holstein Süd, Münster, Hamburg Umland Süd, Oldenburg und Emsland aus. Hier weist der Wohnungsmarkt für all die eben genannten Strukturgrößen überdurchschnittlich günstige Ausprägungen auf.

Angesichts dieser Strukturen und Veränderungen wird es notwendig, dass sich die Wohnungsangebote der Zukunft immer stärker auf die Bedarfslagen der älteren Menschen ausrichten. Konkret sollten künftig solche Wohnformen stärker entwickelt werden, die aufgrund der weitgehend barrierefreien beziehungsweise reduzierten Gestaltung der Wohnung und des Wohnumfeldes sowie durch fußläufig erreichbare Versorgungseinrichtungen auch für Menschen mit Bewegungseinschränkungen eine selbstständige Lebensführung ermöglichen. Es umfasst aber auch Wohnformen, die mit umfassenden Unterstützungsleistungen verknüpft sind und Angebote zur sozialen Einbindung vorhalten. Neben diesen altersgerechten Wohnformen gilt es auch, den „flächenhaften“ barrierefreien Umbau des öffentlichen Raumes weiter aktiv zu betreiben, der selten stattfindet. Maßgeblicher Akteur ist hier die Kommune, die verschiedene Fachämter für diese Aufgabe einbinden muss. Dafür ist die politische Selbstbindung, viel Überzeugungsarbeit, ein breites Kooperationsnetzwerk, ein Konzept mit einer Prioritätensetzung und natürlich auch Geduld für die Umsetzung im Alltagsgeschäft notwendig (z. B. Hamburg, Neuruppin, Kiel).

Wohnungsunternehmen agieren hier jedoch eher zurückhaltend, da durch Investitionen in das Wohnumfeld die Miete nicht unmittelbar erhöht werden kann (vgl. Bauer und Wohltmann 2013).

In Bezug auf die Wohnbedürfnisse älterer Menschen ist schon vieles bekannt. Wesentliche Wünsche, Defizite und Herausforderungen, die für die Absicherung einer angemessenen Lebensqualität im Kontext des Wohnens dieser Altersgruppe relevant sind und deren Berücksichtigung den finanziellen Mehraufwand durch Wohngeld oder Pflegehilfe deutlich mindern könnte, lassen sich wie folgt zusammenfassen (Kremer-Preiß u. a. 2011):

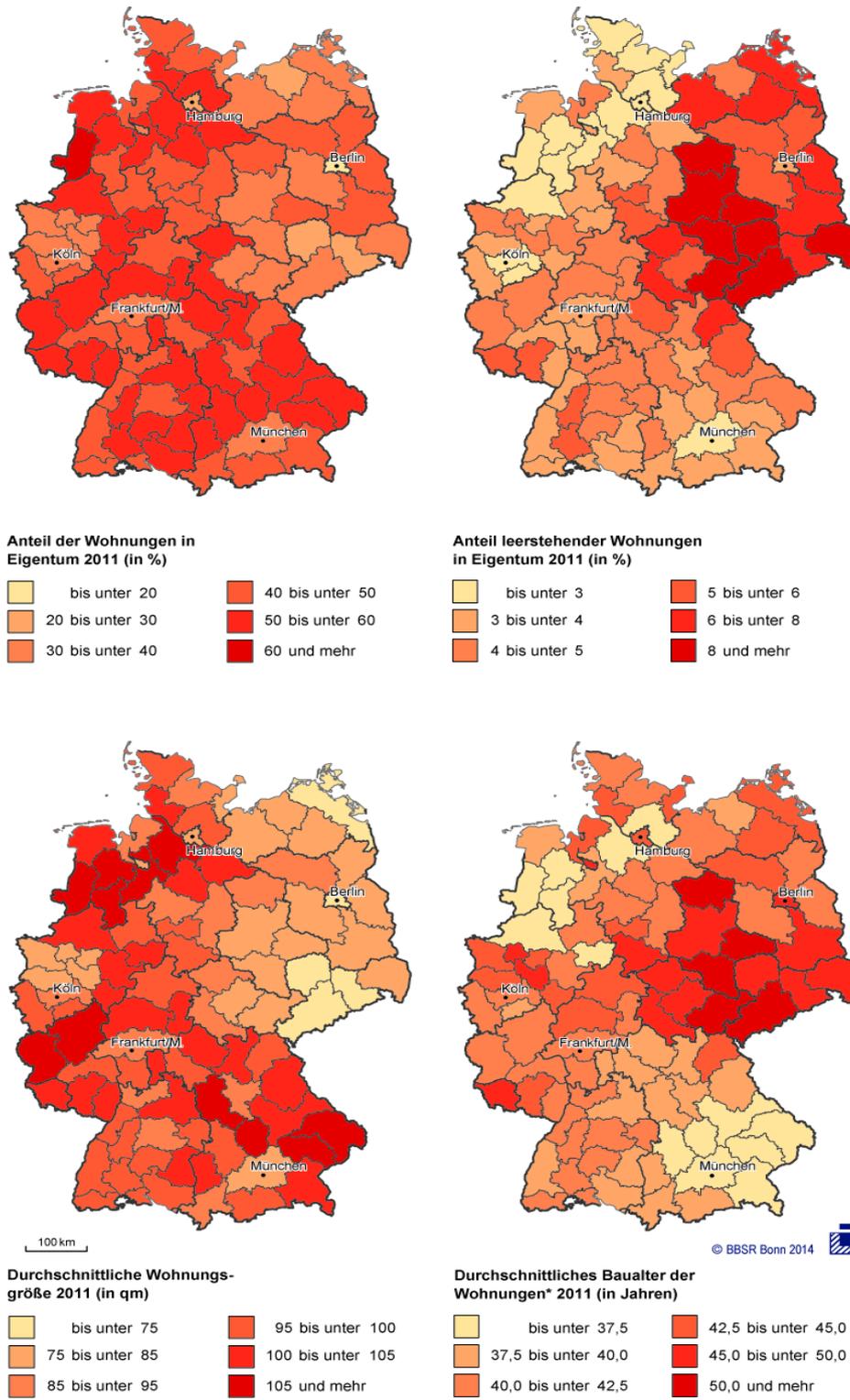
- Die bevorzugte Wohnform im Alter ist das Wohnen zu Hause. Ältere Menschen wollen möglichst lange selbstständig in „normalen“ Wohnungen und in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben, selbst dann, wenn sie auf Hilfe und Pflege angewiesen sind.
- Ältere bewohnen häufig selbstgenutztes Wohneigentum. Initiativen zur Ausweitung des altersgerechten Wohnungsangebotes sollten demnach nicht nur die Seniorenhaushalte in Mietwohnungen sondern auch im selbstgenutzten Wohneigentum gezielt in den Blick nehmen.
- Ältere Menschen, die zur Miete wohnen, leben häufiger alleine und sind auch häufiger hochaltrig, mobilitätseingeschränkt und pflegebedürftig als Seniorenhaushalte im selbstgenutzten Wohneigentum.
- Ältere nutzen überwiegend alte Bausubstanz. Mehr als die Hälfte der Seniorenhaushalte lebt in Gebäuden der Baujahre 1949 bis 1980. Die Hälfte der Eigentümer und circa ein Drittel der Mieter leben bereits über 30 Jahre in ihrer jetzigen Wohnung.
- Die von Älteren genutzten Wohnungsangebote sind vielfach nicht altersgerecht.¹⁵ Von aktuell (2010) 11 Mio. Seniorenhaushalten leben nur ca. 570.000 in weitgehend barrierefreien Wohneinheiten, die nicht mehr als drei Stufen zum Haus- oder Wohnungseingang (oder technische Hilfen zur Überwindung dieser Zugangsbarrieren) haben, die keine Stufen innerhalb der Wohnung (oder technische Hilfen, diese zu überwinden) haben, die ausreichende Bewegungsflächen und Türbreiten im Sanitärbereich besitzen sowie mit einer bodengleichen Dusche ausgestattet sind.

¹⁵ Zu den baulichen Minimalanforderungen altersgerechten Wohnens gehört zumindest, dass:

- der Zugang zur Wohnung möglichst barrierefrei gestaltet ist,
- innerhalb der Wohnung oder zum Balkon/zur Terrasse keine Stufen und Schwellen zu überwinden sind,
- die Türen im Sanitärbereich eine ausreichende Breite haben,
- im Sanitärbereich ausreichende Bewegungsflächen vorherrschen,
- eine bodengleiche Dusche zur Verfügung steht.

Der Begriff „altersgerechtes Wohnen“ umfasst neben den baulichen Anforderungen an die Wohnung aber auch Anforderungen an die barrierefreie/-reduzierte Gestaltung des Wohnumfeldes, infrastrukturelle und soziale Angebote vor Ort sowie die Möglichkeit, bei Bedarf auf Unterstützungsangebote zurückgreifen zu können.

Abbildung 17: Ausgewählte regionale Strukturen des Wohnungsmarktes, 2011



Datenbasis: Zensus 2011, eigene Berechnungen
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2011

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

- Die Möglichkeiten zur selbstständigen Lebensführung sind auch maßgeblich von der Lage der genutzten Wohneinheiten abhängig. Vor allem in Randlagen und Siedlungen außerhalb geschlossener Ortschaften bestehen oft Einschränkungen in der Mobilität und versorgenden Infrastruktur. Von besonderem Interesse ist hier, dass vor allem Seniorenhaushalte im selbstgenutzten Wohneigentum eher in ungünstigen Ortslagen leben: Nur rund ein Drittel wohnt in Zentrumsnähe oder im Ortskern. Bei den Mieterinnen und Mietern lebt knapp die Hälfte in diesen besser versorgten Ortslagen. Dementsprechend beklagen die älteren Wohneigentümer häufiger die nicht gut erreichbaren Bus- und Bahnstationen oder Ärzte und Apotheken. Mit der Erreichbarkeit der Lebensmittelgeschäfte war jeweils ein Viertel der Mieter und selbstnutzenden Wohneigentümer gleich unzufrieden.
- Es gibt einen großen, aktuell noch nicht befriedigten Bedarf an altersgerechten Wohnungen. Berechnungen gehen hier kurzfristig von einem zusätzlichen Bedarf von ca. 2,5 Mio. barrierefreien/-reduzierten Wohnungsangeboten aus, unter der Voraussetzung, dass nur für die älteren Menschen mit Bewegungseinschränkungen entsprechende Wohnungsangebote zur Verfügung gestellt werden. Bis 2020 wird sogar erwartet, dass der Bedarf auf ca. 3 Mio. ansteigen wird.
- Bei älteren Menschen gibt es ein erhebliches Potenzial zur Veränderung ihrer Wohnsituation. Circa ein Viertel der Seniorenhaushalte ist umzugsbereit, um im Alter möglichst lange selbstständig leben zu können. Hochgerechnet würde dies 2,8 Mio. Seniorenhaushalten entsprechen. 14,4 Prozent wären bereit zu Anpassungsmaßnahmen, was ca. 1,6 Mio. Seniorenhaushalten entspricht. Ältere Menschen in Mieterhaushalten sind eher zum Umzug bereit, während Seniorenhaushalte im selbstgenutzten Wohneigentum eher auf Anpassungsmaßnahmen setzen. Sie sind auch eher bereit, finanzielle Belastungen für Anpassungsmaßnahmen zu tragen.
- Bei den kommunalen Möglichkeiten zur Entwicklung eines altersgerechten Wohnumfeldes wird der Fokus auf die Mobilität und die außerhäuslichen Bedürfnisse der Senioren gelegt. Anpassungen im Straßenverkehr sollen mehr Mobilität ermöglichen. Eine angemessene kommerzielle Infrastruktur soll die Unabhängigkeit der Senioren aufrechterhalten.
- Die Förderung der Quartierskonzepte stellt die kleinräumige Vernetzung verschiedener, bereits existierender Initiativen in den Vordergrund. Die Größenordnung liegt bei 5.000 bis 15.000 Einwohnern pro Quartier und soll somit dazu beitragen, das soziale Netzwerk eines städtischen Wohnviertels, einer kleinen Gemeinde oder eines Dorfes zu stärken (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008).

Mit Blick auf die Zuspitzung ökonomischer und sozialer Herausforderungen auf die hier berücksichtigten Kreisregionstypen fallen die Herausforderungen für die peripheren, strukturschwachen Kreisregionstypen besonders ins Gewicht. Hier leben vor allem einkommensschwächere Haushalte, deren Wohnungen kaum altersgerecht eingerichtet sind und die die Einrichtungen der Daseinsvorsorge immer schlechter allein erreichen können. Da die Immobilienpreise die strukturelle Schwäche der Region unmittelbar widerspiegeln, das heißt Immobilien lassen sich in der Regel nur zu sehr unattraktiven

Preisen verkaufen, kommt hier der Altersvorsorgeaspekt, den viele ja gerade mit der Bildung von Wohneigentum verbunden haben, immer weniger zum Tragen. Vielmehr werden ältere Wohneigentümer, die ihren Wohnsitz aus den unterschiedlichsten Gründen verlagern wollen, durch ihr unveräußerbares immobiles Wohneigentum in ihrer Mobilität erheblich eingeschränkt.

5.1.5 Ausgewählte regionale Strukturen des Pflegemarktes

Regionale Strukturen des Pflegebedarfs 2011 bis 2030

Regional unterschiedliche Bevölkerungsstrukturen sowie regional unterschiedliche Lebensbedingungen und historische Gesellschaftsentwicklungen führen unmittelbar auch zu ausgeprägten Unterschieden in den Herausforderungen für das kommunale Gesundheitswesen. Am Beispiel der Pflege kann veranschaulicht werden, dass es eine große Diskrepanz in der Gesundheitssituation der Einwohner der Raumordnungsregionen gibt, die sich künftig noch verstärken könnte. Um dies zu zeigen, sollen im Folgenden ausgewählte regionalisierte Ergebnisse einer Pflegebedarfsprognose für den Zeitraum 2009 bis 2030 vorgestellt werden.¹⁶

Etwa 2,5 Mio. Menschen in Deutschland beziehen im Jahr 2011 Pflegeleistungen (Pflegegeld, ambulante, stationäre, häusliche Pflege). Frauen stellen davon mit 1,6 Mio. die Mehrzahl. Von allen Pflegebedürftigen ist die Mehrheit, 1,37 Mio. Personen, in der Pflegestufe 1 vermeldet, während knapp 818.000 Menschen in der Pflegestufe 2 und etwas mehr als 310.000 Menschen als Pflegestufe 3 und als Härtefälle der Stufe 3 in der Pflegestatistik registriert sind (Statistisches Bundesamt 2013).

Im Jahr 2011, dem ersten zensusbereinigten Prognosejahr, ergab die Schätzung, aufbauend auf den alters-, geschlechts- und regionsspezifischen Quoten von 2011 und der BBSR-Bevölkerungsprognose 2030, ein Gesamtaufkommen an pflegebedürftigen Personen von 2,4 Mio. (Tabelle 6 im Anhang). Dies entspricht einer Unterschätzung des tatsächlichen Pflegebedarfs im Jahr 2011 von 4 Prozent beziehungsweise knapp 100.000 Personen für Deutschland insgesamt. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass auch die Prognose für 2030 eine eher optimistische Schätzung ist. 66,2 Prozent der Pflegebedürftigen sind laut der Schätzung im Jahr 2011 weiblich, 68,7 Prozent im Alter von

¹⁶ Die Pflegebedarfsprognose wurde auf Basis von alters- und geschlechtsspezifischen Pflegeanteilen der Kreise berechnet, die auf die zensusbereinigte BBSR-Bevölkerungsprognose übertragen wurden. Zur Berechnung der aktuellen und Schätzung der zukünftigen Pflegeanteile wurden kleinräumige Daten der Pflegestatistik von 2009 der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder genutzt.

Bei der Bevölkerungsprognose 2030 handelt es sich um eine deterministische Fortschreibung der männlichen und weiblichen Bevölkerung nach festgelegten Altersgruppen ausgehend von vergangenen Trends und unter Verwendung der Komponentenmethode. Auf diese Zahlen werden die Pflegequoten von 2009 – getrennt für Männer und Frauen – auf die einzelnen Altersgruppen übertragen. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die Pflegequoten bis 2030, dem Endjahr der Prognose, konstant bleiben (Status-Quo-Prognose). Der Vorteil dieses Vorgehens ist es, dass allein demografiebedingte Veränderungen aufgezeigt werden können (Nowossadeck 2010).

Die Berechnungen werden für die Pflegebedürftigen insgesamt sowie getrennt für Pflegebedürftige der Stufe 1 und der Stufen 2 und höher vorgenommen. Da zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Prognose noch keine kleinräumigen Daten getrennt nach Alter und Geschlecht für das Jahr 2011 vorlagen, wurden die Werte für 2011 geschätzt.

über 74 Jahren und 46,7 Prozent in Pflegestufe 2 und höher. Hervorhebenswert ist weiterhin der Vergleich der Pflegefälle je 1.000 Einwohner insgesamt (Pflegequote) mit der Pflegequote der über 74-Jährigen. An diesen Zahlen ist der starke Anstieg des Pflegebedarfs im Alter deutlich zu erkennen.

Bis 2030 kann für Deutschland, im optimistischen Fall, mit einem Anstieg der Pflegequote um 39 Prozent beziehungsweise um 844.000 Personen gerechnet werden (Tabelle 13; Tabelle 7 im Anhang).

Durch die Zugewinne der Lebenserwartung bei den Männern wird es in den Jahren bis 2030 ebenfalls zu einem Anstieg der Männer mit Pflegebedarf kommen (zu erkennen an dem um 2 Prozentpunkte sinkenden Anteil der Frauen an den Pflegebedürftigen insgesamt). Trotz dieses Rückgangs wird die Mehrheit (64,2%) der Personen mit Pflegebedarf auch 2030 weiblich sein. Deutlich ansteigen (um 7,6 Prozentpunkte auf 76,1%) wird auch der Anteil der über 74-Jährigen an den Pflegebedürftigen. Stabil hingegen, auch bedingt durch die Annahme von konstanten Quoten der Pflegestufen, bleibt der Anteil der Pflegestufe 2 und höher an den Pflegebedürftigen aller Pflegestufen.

Mit Blick auf die regionalen Differenzierungen dieser Entwicklung zeigt sich, dass in den neuen Ländern die Pflegequoten 2011 bei allen hier betrachteten Pflegegruppen überdurchschnittlich hoch ausfallen. Insbesondere die Regionen außerhalb der kreisfreien Großstädte weisen überdurchschnittliche Werte auf. In den Regionen der alten Länder liegt der Pflegebedarf dagegen weit unter dem Durchschnitt, insbesondere in den kreisfreien Großstädten (Tabelle 8 im Anhang).

Da die Entwicklung des Pflegebedarfs sehr eng mit der demografischen Entwicklung zusammenhängt, ist es nicht erstaunlich, dass sich hier auch vergleichbare Zusammenhänge zur strukturellen Stärke oder Schwäche einer Region zeigen. Da der Pflegebedarf sich zudem in einer wesentlich stärkeren Abhängigkeit von der Altersstruktur der Bevölkerung entwickelt, schlägt die höhere Intensität der demografischen Alterung in den strukturschwächeren Regionen außerordentlich stark auf den Pflegebedarf durch. Entsprechend weisen 2011 die „peripher gelegenen und gering verdichteten Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen“ wie die „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ bundesweit auch die höchsten Pflegequoten auf. Demgegenüber realisieren die strukturstärkeren Kreisregionstypen, wie die „Standorte industrieller Global Player“ beziehungsweise die „strukturstarken hoch verdichteten Dienstleistungszentren“ deutlich niedrigere Werte.

Tabelle 13: Regionalstruktur des Pflegebedarfs 2011 bis 2030, differenziert nach Kreisregionstypen, BBSR-Kreistypen, alte und neue Länder und Deutschland

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Pflegequote 2011*				Entwicklung der Pflegequote 2011 bis 2030			
	Insg.	Frauen	ü74- Jährige	Pflege- stufe 2 und höher	Insg.	Frauen	ü74- Jäh- rige	Pflege- stufe 2 und höher
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	28,4	36,8	217,1	13,6	39,8	50,0	230,2	19,1
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen	32,9	42,0	229,8	15,5	46,7	57,7	242,4	22,0
Standorte industrieller Global Player	25,3	32,7	182,3	11,3	32,6	42,0	201,3	14,7
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren	24,8	32,3	197,8	11,7	32,1	40,8	212,7	15,1
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	33,7	44,1	229,8	15,5	48,8	61,9	250,6	22,6
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	30,7	40,0	222,8	13,6	41,0	52,2	244,3	18,3
Kreisfreie Großstädte (AL)	27,1	35,2	203,8	12,3	33,9	42,8	216,4	15,4
Städtische Kreise (AL)	27,7	36,0	210,8	13,1	38,7	49,1	226,6	18,3
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (AL)	29,9	38,7	224,6	14,5	41,3	51,7	234,9	19,9
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	32,6	41,9	237,5	15,8	44,8	55,6	245,8	21,7
Kreisfreie Großstädte (NL)	30,3	39,6	224,7	13,4	43,8	56,3	256,3	19,5
Städtische Kreise (NL)	38,0	50,0	230,6	17,6	58,4	74,2	245,9	27,3
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (NL)	36,5	48,2	234,5	16,5	56,8	72,4	259,2	25,9
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	38,7	50,3	256,5	17,8	62,1	77,7	284,4	29,1
Alte Länder (AL)	28,4	36,9	214,1	13,4	38,5	48,5	227,7	18,2
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	35,0	45,9	238,0	15,9	53,3	67,7	265,1	24,4
Deutschland (D)	29,7	38,6	219,2	13,9	41,2	52,0	235,7	19,3

* Pflegefälle je 1.000 Einwohner, Frauen bzw. über 74-Jährige. Die Werte für 2011 basieren auf Schätzungen, ausgehend von den 2009er Pflegequoten und der BBSR-Bevölkerungsprognose.

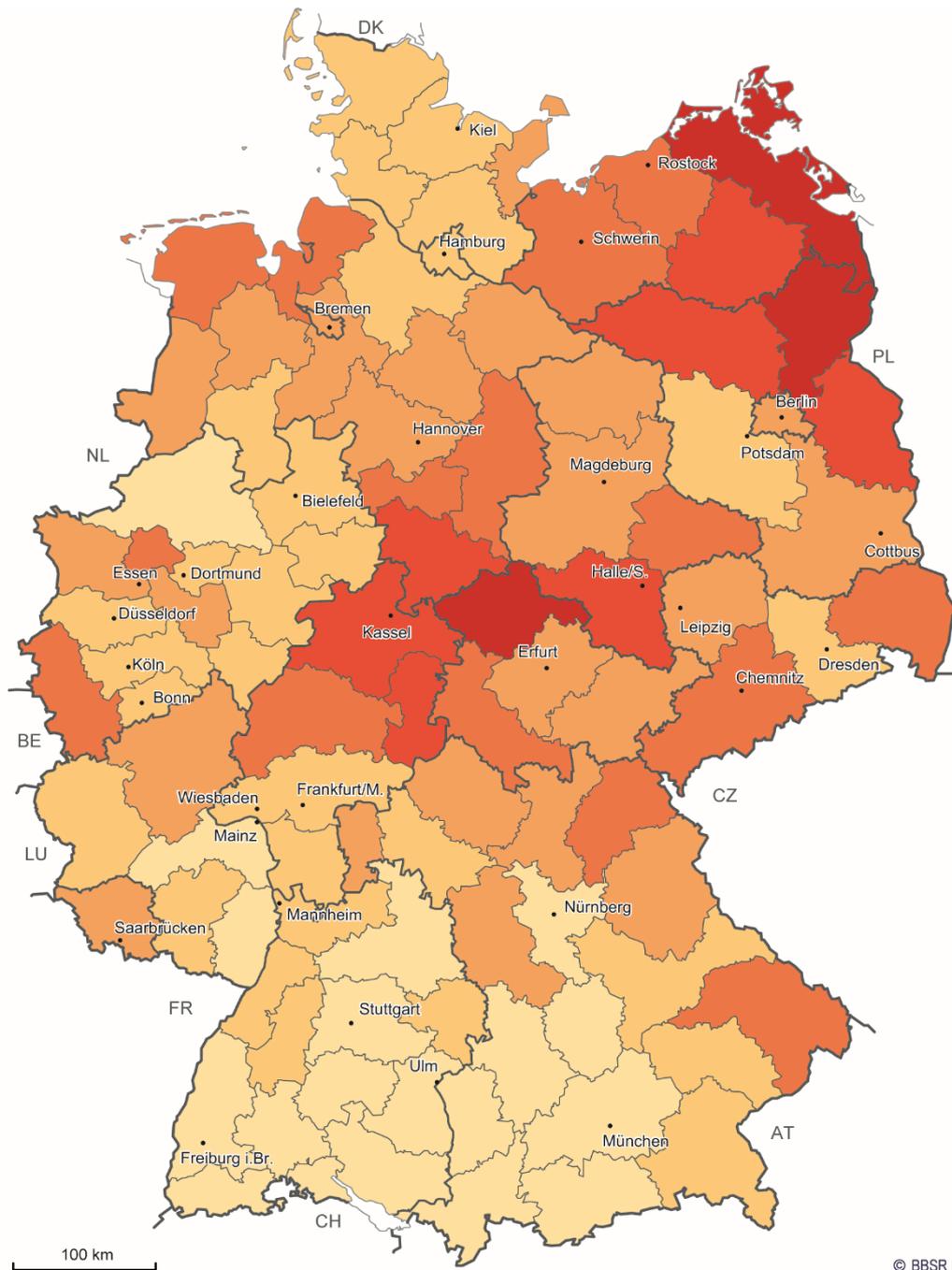
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Pflegestatistik 2009, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bevölkerungsprognose des BBSR 2009-2030 (zensusbereinigt), eigene Berechnungen, Abweichungen sind rundungsbedingt.

Der Zusammenhang von Strukturstärke beziehungsweise -schwäche und Pflegebedarfsentwicklung kann auf vielfältige Weise erklärt werden. Zum einen haben die Regionen infolge von selektiver Zu- und Abwanderung sowie unterschiedlichem Familiengründungsverhalten unterschiedliche Intensitäten der demografischen Alterung realisiert. Zum anderen gibt es beachtliche Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung der regionalen Bevölkerungen, zum Beispiel nach Bildungsabschluss, nach Bildungsqualifikation, nach Vorhandensein eines Partners, nach Vorhandensein, Anzahl und Nähe eigener Kinder und nach Migrationshintergrund. Auch diese Faktoren stehen in engem Zusammenhang mit dem Bezug von Pflegeleistungen im höheren Alter. Zu erwarten ist hierbei ein zusätzlicher (Selbst-)Selektionseffekt in Bezug auf den Zugang zum System der Pflegeversicherung, der durch persönliche, kulturelle oder sprachliche Hürden erschwert oder durch vorteilhafte familiäre oder finanzielle Ressourcen unnötig werden kann. Neben diesem Selektionseffekt kann auch ein kausaler Erklärungsansatz dieses sozioökonomischen Gradienten herangezogen werden. So könnte der Unterschied im Pflegebedarf zwischen den Regionen in den unterschiedlichen Erwerbsbiografien und deren Spätfolgen für die gesundheitliche Situation im Alter liegen. Erwerbstätige in strukturschwachen Regionen sind eher mit Problemen der Arbeitslosigkeit oder von unfreiwilligen Umbrüchen in der Berufslaufbahn konfrontiert, die Auslöser von Stress und mit der Annahme ungesunder Lebensstile verbunden sein können.

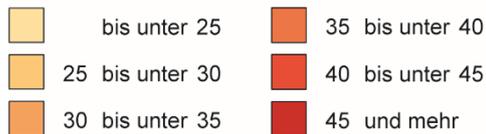
Unter den Raumordnungsregionen weisen 2011 die Regionen München (20,0 Pflegebedürftige je 1.000 Einwohner), Stuttgart (20,7), Neckar-Alb (21,3) und Donau-Iller (Bayern) (21,6) die geringsten Pflegequoten auf. Die höchsten Werte finden sich für die Regionen Mecklenburgische Seenplatte (41,3), Nordthüringen (45,5), Vorpommern (45,5) und Uckermark-Barnim (48,0). Die Region mit dem höchsten Anteil an Pflegebedürftigen weist somit einen mehr als doppelt so hohen Wert als die Region mit der niedrigsten Quote auf (Abbildung 18).

Auch die absehbaren Veränderungen des Pflegebedarfs bis 2030 gehen vor allem zulasten der strukturschwächeren Regionen. Von 2011 bis 2030 steigen vor allem in den neuen Ländern, in den „peripher gelegenen und gering verdichteten Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen“ als auch in den „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ die Pflegequoten überdurchschnittlich stark, und das bei allen hier berücksichtigten Pflegegruppen (insgesamt, Frauen, über 74-Jährige und Pflegestufe 2 und höher). In Ost und West gestaltet sich diese Entwicklung dabei mit abnehmendem Verdichtungsgrad der Region zunehmend ungünstiger, hier festgemacht an den BBSR-Kreistypen.

Abbildung 18: Pflegebedürftige je 1.000 Einwohner, 2011



Pflegebedürftige je 1000 Einwohner 2011



Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Pflegestatistik 2009; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Raumordnungsprognose des BBSR 2009-2030 (zensusbereinigt)
 Geometrische Grundlage: BKG / BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2011
 Bearbeitung: D. Kreft, G. Lackmann, S. Maretzke

* Die Werte basieren auf Schätzungen, auf Basis der 2009er Pflegequoten und der BBSR-Bevölkerungsprognose 2009-2030.

In allen Raumordnungsregionen Deutschlands ist infolge der zunehmenden demografischen Alterung bis 2030 mit einem weiteren zum Teil drastischen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen zu rechnen (Abbildung 19). Insbesondere die Zahl der über 74-Jährigen Pflegefälle wird sich flächendeckend mehr als verdoppeln, wobei auch hier die strukturschwächeren Regionen die höchsten Steigerungsraten zu erwarten haben. Aber auch die strukturstärkeren Regionen werden zum Teil beachtliche Steigerungsraten der Pflegefälle realisieren.

Bezogen auf die Gesamtzahl der Pflegefälle ergeben sich für die Regionen Hamburg (+20%), Trier (+28%), Bremen und Duisburg/Essen (beide +30%) die geringsten Zuwächse beim Pflegebedarf. Hier stehen viele ostdeutsche Regionen vor wesentlich größeren Herausforderungen, denn in den Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (+65%), Mittleres Mecklenburg/Rostock (+66%), Lausitz-Spreewald (+69%) und Mecklenburgische Seenplatte (+72%) sind wesentlich höhere Steigerungsraten zu erwarten.

Im Ergebnis dieser Entwicklung realisieren die Regionen Mecklenburgische Seenplatte (70,9 Pflegebedürftige je 1.000 Personen), Nordthüringen (71,0), Vorpommern (72,7) und Uckermark-Barnim (78,8) im Jahr 2030 Höchstwerte der Pflegequote, die in den Regionen München (28,4), Stuttgart (29,2), Neckar-Alb und Donau-Iller (Bayern) (beide 30,0) auch 2030 noch auf einem wesentlich niedrigeren Niveau liegen wird. Die stark schrumpfenden, strukturschwachen Regionen mit steigendem Anteil älterer Menschen werden demnach auch mit der höchsten Zunahme an Pflegebedürftigen konfrontiert sein.

Bis 2030 werden sich dementsprechend die regionalen Unterschiede der Pflegequote weiter verschärfen. Der höchste prognostizierte Pflegeanteil einer Region liegt 2030 demnach fast dreimal so hoch wie in der Region mit dem geringsten Pflegeanteil. Besonders brisant an dieser Entwicklung ist, dass damit bis 2030 nicht nur die Zahl der Pflegebedürftigen deutlich steigt, auch die ungleiche Belastung des kommunalen Gesundheitswesens beziehungsweise die unterschiedlichen Ansprüche an die regionale Gesundheitsinfrastruktur nehmen weiter zu, vor allem zulasten der peripher gelegenen, strukturschwächeren Regionen.

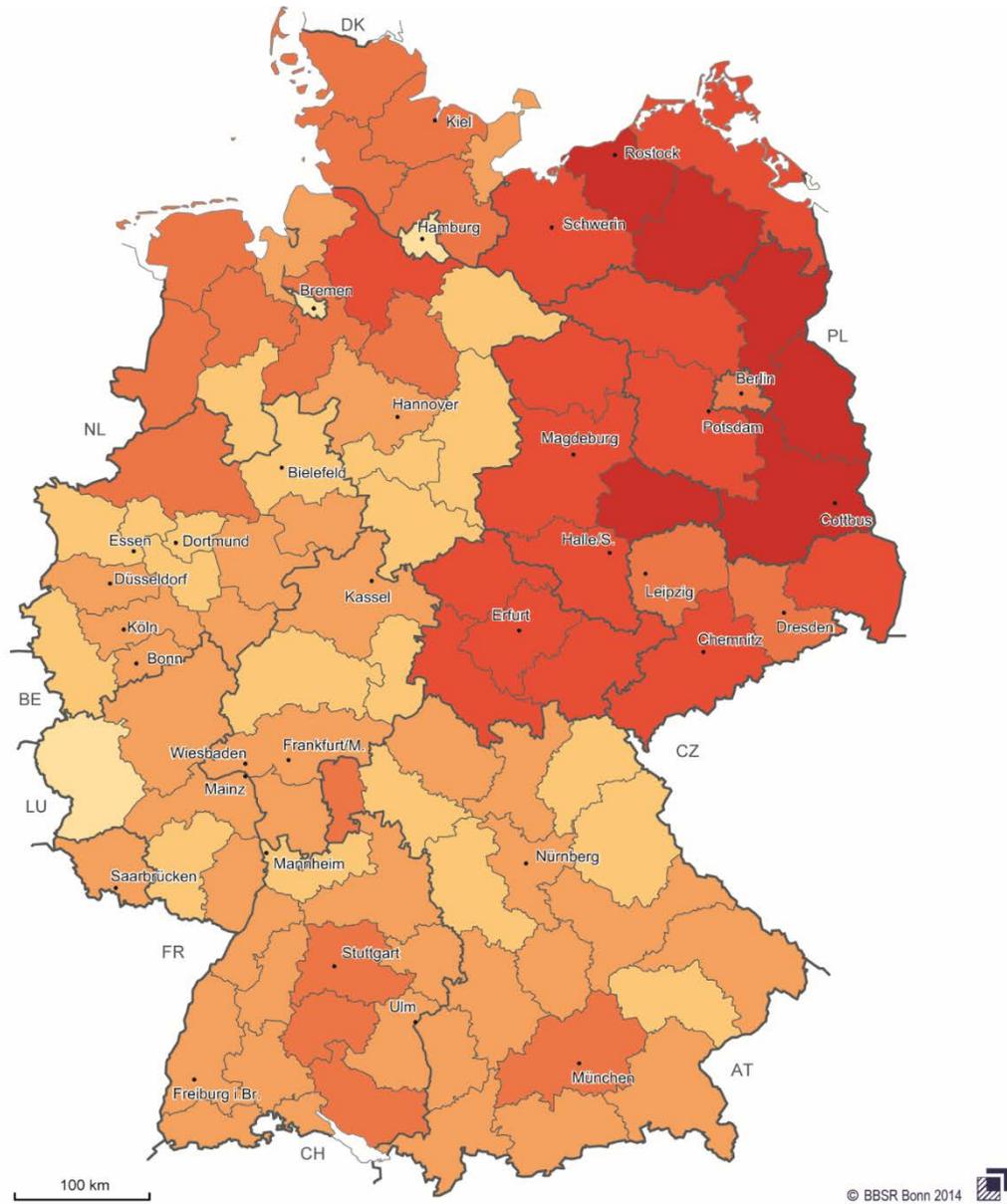
Ein Vergleich der Pflegefälle nach Pflegestufen zeigt, dass 2011 die Zahl der Personen mit geringer Pflegestufe in fast allen Raumordnungsregionen noch über der Zahl der moderat bis stark pflegebedürftigen Personen lag. Bis 2030 ist demgegenüber zu erwarten, dass die Mehrzahl der Pflegefälle der Pflegestufe 2 oder höher zuzuordnen ist. Diese mögliche Entwicklung ist von hoher sozialpolitischer Relevanz, da sie beachtliche Herausforderungen für die Gesundheitsversorgung, wie für die Betroffenen und deren Familien mit sich bringt. Diese brauchen künftig mehr Unterstützungsangebote, die in der Regel zeit- und kostenintensiv sind.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse einen deutlichen Trend zum Anwachsen der Zahl Pflegebedürftiger insgesamt, aber auch der regionalen Unterschiede des Pflegebedarfs, wobei vor allem die peripheren, ländlichen Räume in den neuen Ländern große Anstiege aufgrund der altersstrukturellen Veränderungen zu erwarten haben. Diese Regionen weisen bereits aktuell hohe Pflegequoten auf und werden auch zukünftig einen stärkeren Zuwachs des Pflegebedarfs erleben als die meisten anderen Regionen. Regionen mit hohen Wanderungsverlusten junger Menschen, das heißt zumeist der Kinder der zukünftig

Pflegebedürftigen, sowie Regionen mit erheblichen strukturellen Defiziten drohen langfristig, mehr noch als alle anderen Regionen, große Herausforderungen zur Sicherstellung angemessener versorgungstechnischer Pflegeinfrastrukturen.

Viele dieser Regionen erleben schon heute, dass auf dem Ausbildungsmarkt immer weniger Auszubildende verfügbar sind. Schon heute gibt es in vielen Regionen im Pflegebereich einen ausgeprägten Mangel an Fachkräften. Die Sicherstellung einer angemessenen und gleichwertigen Pflegeversorgung wird folglich eine der zentralen Aufgaben der Sozialpolitik und -planung der Kommunen und Länder in den nächsten Jahren sein.

Abbildung 19: Entwicklung der Pflegequote, 2011 bis 2030



Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen je 1000 Einwohner im Zeitraum 2011 bis 2030 (in %)

	bis unter 30		40 bis unter 50
	30 bis unter 35		50 bis unter 60
	35 bis unter 40		60 und mehr

Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Pflegestatistik 2009; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Raumordnungsprognose des BBSR 2009-2030 (zensusbereinigt)
 Geometrische Grundlage: BKG / BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2011
 Bearbeitung: D. Kreft, G. Lackmann, S. Maretzke

* Die Werte basieren auf Schätzungen, auf Basis der 2009er Pflegequoten und der BBSR-Bevölkerungsprognose 2009-2030.

Regionale Strukturen von Pflegepersonal und Pflegeheimplätzen

Die Kennziffern in Tabelle 14 signalisieren, dass die Regionen sehr unterschiedlich gerüstet sind, die Herausforderungen des demografischen Wandels für den Pflegebereich zu meistern. Bereits auf der Ost-West-Ebene lässt sich kein klares Disparitätenmuster identifizieren. Während sich die Ausstattungs- und Betreuungskennziffern in den neuen Ländern im Bereich der stationären Pflege deutlich ungünstiger als in den alten Ländern gestalten, liegen die Betreuungskennziffern bei der ambulanten Pflege über denen im Westen.

Auch auf der Ebene der Kreisregionstypen findet sich diese Vielfalt an Ausprägungen, die eher noch kein klares Disparitätenmuster erkennen lässt. Während die „Standorte industrieller Global Player“ in der stationären und vollstationären Pflege Höchstwerte bei den verfügbaren Betten/Plätzen je 100 Pflegebedürftige realisieren, weisen die „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ wie die „hoch verdichteten Regionen mit strukturellen Schwächen“ weit unterdurchschnittliche Ausstattungswerte auf.

Anders gestaltet sich die Situation hingegen bei der Ausstattung mit Pflegepersonal. Im Bereich der ambulanten Pflege weisen die „strukturstarken hoch verdichteten Dienstleistungszentren“ und die „hoch verdichteten Regionen mit strukturellen Schwächen“ überdurchschnittlich gute Betreuungswerte auf (> 59 Pflegekräfte je 100 ambulant Pflegebedürftige), während die „Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen“, die „peripher gelegenen und gering verdichteten Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen“ und die „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ deutlich niedrigere Werte erreichen. Im Bereich der stationären Pflege stellt sich das regionale Muster der Betreuungssituation dagegen völlig anders dar. Hier realisieren die „Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen“ die beste Betreuungsquote (95 Pflegekräfte je 100 ambulant Pflegebedürftige), während die „Standorte industrieller Global Player“ und die „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ lediglich Werte unter 85 erreichen.

Im regionalen Kontext zeigen sich im Pflegebereich bundesweit enorme regionale Unterschiede bei den Ausstattungs- und Betreuungskennziffern. So finden sich für den Indikator „verfügbare Betten/Plätze in stationären Pflegeheimen je 100 stationär Pflegebedürftige“ die höchsten Ausstattungswerte in den westdeutschen Regionen Arnsberg, Rheinpfalz, Südostoberbayern, Ingolstadt und Westpfalz (Abbildung 20). Hier kommen auf 100 stationär Pflegebedürftige mehr als 130 Betten in stationären Pflegeheimen, was für eine gute Ausstattungssituation spricht. In den Regionen Oberlausitz-Niederschlesien, Halle (Saale) und Emscher-Lippe sind es dagegen weniger als 108 Betten. Ob sich aus diesen Werten bereits Engpässe im regionalen Ausstattungsniveau ableiten lassen, kann hier allerdings nicht festgestellt werden. Da gilt es die Experten zu befragen.

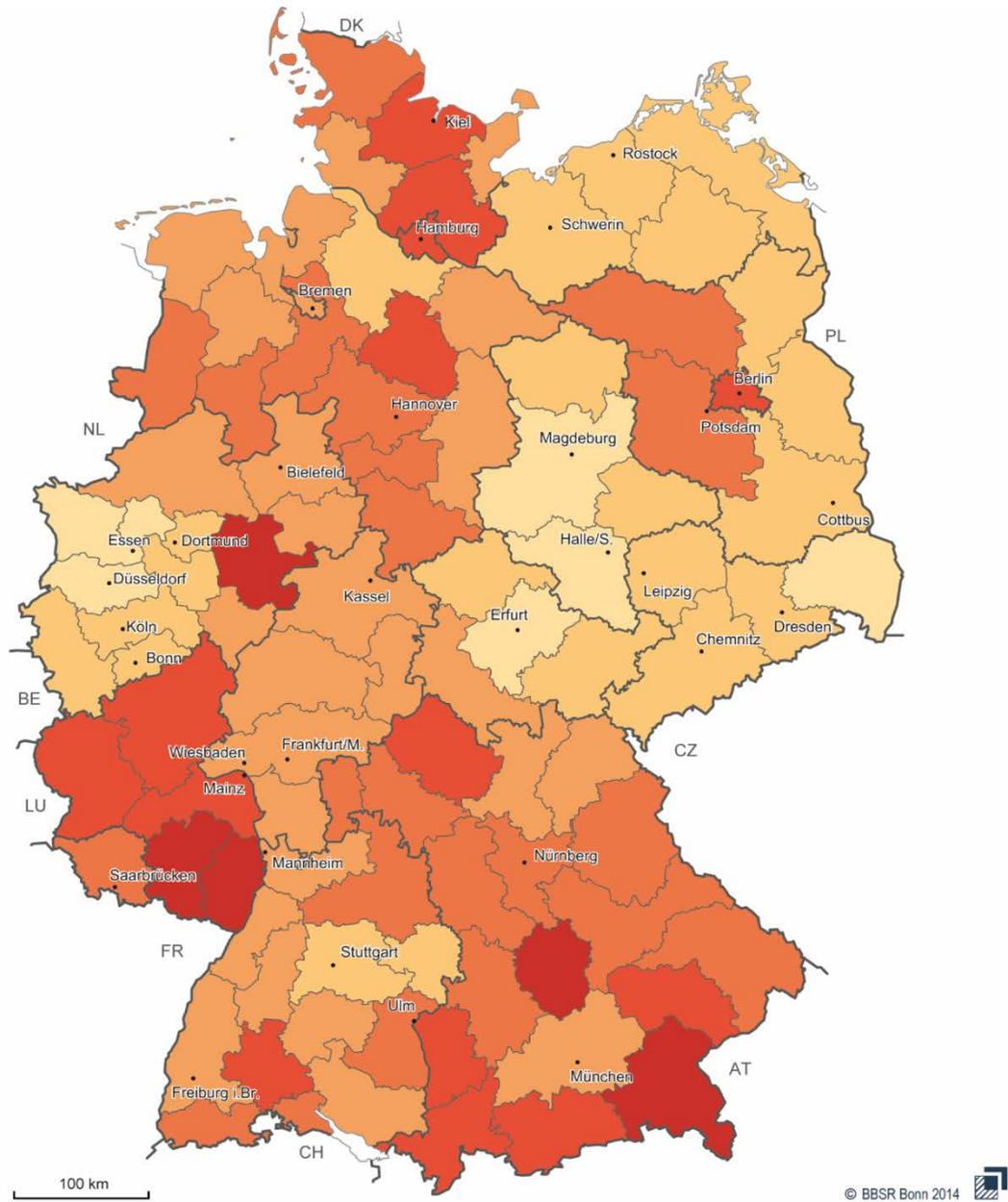
Tabelle 14: Regionalstruktur ausgewählter Pflegekapazitäten, 2011

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Pflegepersonal				Verfügbare Plätze/Betten in Pflegeheimen			
	stationär*	ambulant	stationär	ambulant	stationär	vollstationär	stationär	vollstationär
	je 10.000 Einwohner		je 100 stationär bzw. ambulante Pflegerbedürftige		je 1.000 Einwohner		je 100 stationär bzw. vollstationär Pflegerbedürftige	
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungs- potenzialen	83,0	29,4	94,9	46,5	10,5	10,0	120,2	117,6
Peripher gelegene und gering verdich- tete Regionen mit ausgeprägten Tou- rismuspotenzialen	88,1	37,1	88,0	46,8	12,1	11,6	121,3	118,8
Standorte indus- trieller Global Player	69,7	24,5	84,3	50,0	10,1	9,6	122,2	119,3
Strukturstarke hoch verdichtete Dienst- leistungszentren	70,3	36,9	86,0	59,1	9,7	9,3	118,4	116,1
Regionen mit starken struktu- rellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	84,7	39,9	83,3	47,1	11,7	11,0	115,2	111,0
Hoch verdichtete Regionen mit struk- turellen Schwächen	77,2	42,6	87,7	59,6	10,1	9,6	114,6	112,0
Kreisfreie Großstädte (AL)	76,6	38,5	89,5	59,0	9,9	9,5	116,0	113,8
Städtische Kreise (AL)	81,6	29,2	95,0	47,1	10,2	9,7	118,3	115,9
Ländliche Kreise mit Verdichtungs- ansätzen (AL)	88,8	30,9	94,4	46,9	11,5	11,0	122,6	120,7
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	94,5	35,1	94,2	47,3	12,3	11,8	122,3	120,8
Kreisfreie Großstädte (NL)	64,1	50,7	71,1	66,2	10,6	10,0	117,9	113,0
Städtische Kreise (NL)	80,1	55,1	72,1	48,3	12,2	11,5	110,2	105,2
Ländliche Kreise mit Verdichtungs- ansätzen (NL)	81,5	41,0	74,5	43,0	12,1	11,3	110,6	105,7
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	74,8	46,3	74,9	43,5	11,4	10,4	113,8	106,0
Alte Länder (AL)	82,8	32,6	93,4	50,3	10,5	10,0	118,9	116,7
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	72,9	47,4	73,3	50,8	11,3	10,6	114,0	108,2
Deutschland (D)	80,8	35,5	89,0	50,4	10,7	10,2	117,8	114,8

* in stationären Pflegeheimen (vollstationär und Kurzzeitpflege).

Quelle: Laufende Raumbewertung des BBSR, eigene Berechnungen.

Abbildung 20: Betreuungskapazitäten für stationär Pflegebedürftige in Pflegeheimen, 2011



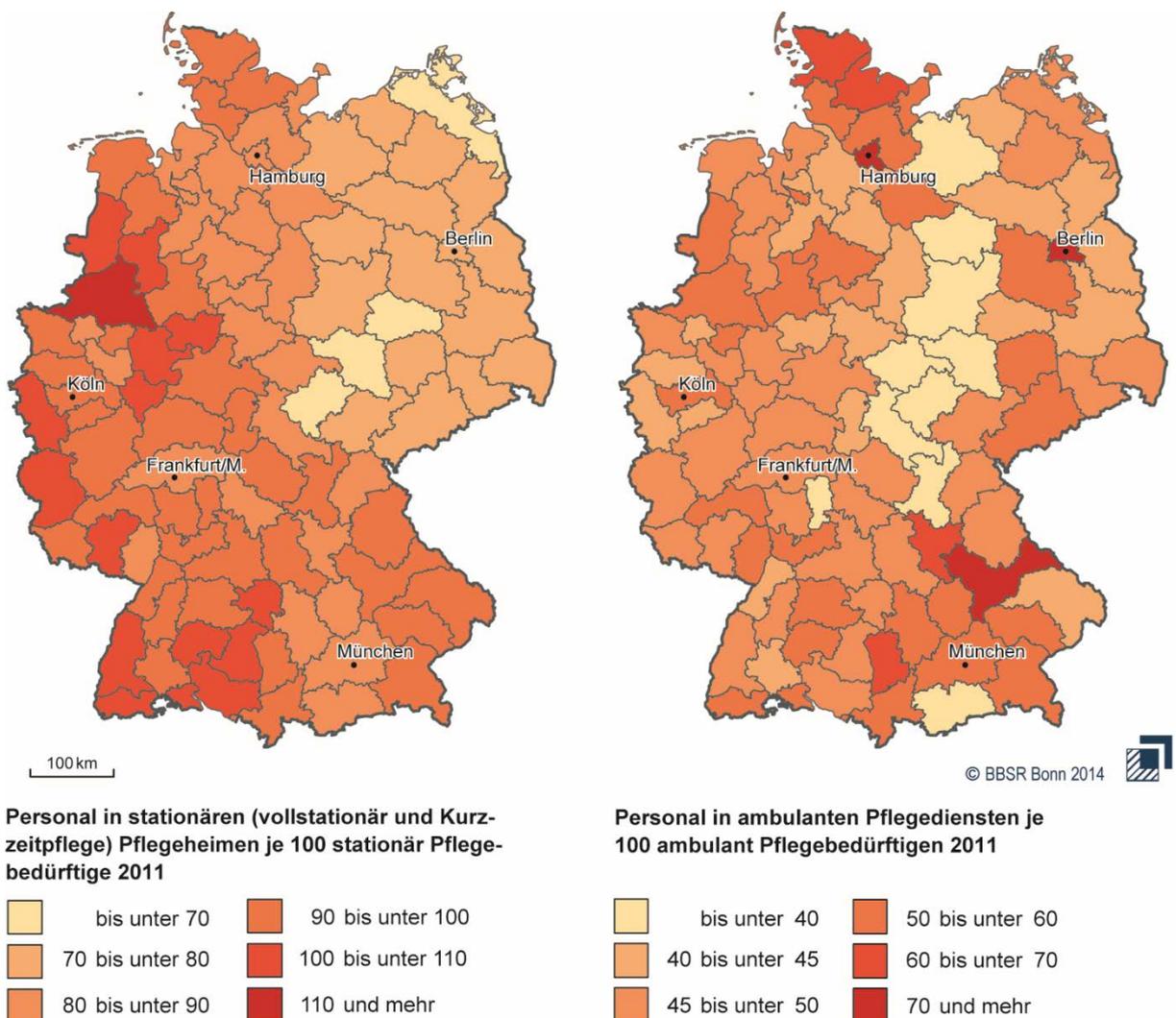
Verfügbare Plätze/Betten in stationären (vollstationär und Kurzzeitpflege) Pflegeheimen je 100 stationär Pflegebedürftigen 2011



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
 Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2012
 Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

Auch hinsichtlich der Betreuungskennziffern der Pflegebedürftigen zeigen sich beachtliche regionale Unterschiede, in der ambulanten wie bei der stationären Pflege (Abbildung 21). In der ambulanten Pflege realisieren vor allem die Regionen Schleswig-Holstein Nord, Donau-Iller (Bayern), Schleswig-Holstein Mitte, Industrieregion Mittelfranken, Hamburg, Regensburg und Berlin eine besonders gute Personalausstattung. Auf 1.000 ambulante Pflegefälle kommen hier mehr als 60 Pflegekräfte, ein Wert, der fast doppelt so hoch ausfällt wie in den Regionen mit der ungünstigsten Personalausstattung in diesem Pflegesegment. Zu diesen Regionen zählen die Regionen Bayerischer Unterrhein, Nordthüringen und Halle (Saale) mit einem Ausstattungswert von unter 38 Pflegekräften.

Abbildung 21: Personaleinsatz in der ambulanten und stationären Pflege, 2011



Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR
 Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2012

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

Bei der Betreuung der stationär Pflegebedürftigen zeigen sich außerordentlich starke Ost-West-Disparitäten. Während sich die Regionen mit Bestwerten bei der Kennziffer „stationäres Pflegepersonal je 1.000 stationär Pflegebedürftige“ vor allem auf westdeutsche Regionen konzentrieren, zeigen sich hier die größten Personalengpässe in den ostdeutschen Regionen, wobei die Betreuungskennziffern zum Teil extrem weit auseinander liegen. Während in den Regionen Osnabrück, Emsland, Paderborn, Siegen und Münster auf 1.000 stationär Pflegebedürftige mindestens 106 Pflegekräfte kommen, liegt dieser Wert in den Regionen Vorpommern, Halle (Saale), Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und Mittelthüringen zum Teil weit unter 70. Wenn man bedenkt, dass die Mehrzahl der ostdeutschen Regionen bis 2030 bundesweit die höchsten Wachstumsraten der Pflegebedürftigen, zugleich aber auch eine deutlich ungünstigere Entwicklung ihres Arbeitskräfteangebotes zu erwarten haben, ist schon heute absehbar, dass diese Regionen bei der Absicherung ihres Bedarfs an Pflegefachkräften vor besonderen Herausforderungen stehen.

5.1.6 Ausgewählte regionale Strukturen von Einzelhandel und Postfilialen

Der Handel bietet uns Hilfe bei der Auswahl, Information und Beratung zu Produkten und gibt uns damit Orientierung in einer nahezu unendlichen Warenwelt. Neben seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung kommt dem Handel auch eine gesellschaftliche Schlüsselrolle zu, da mit dem Austausch von Waren immer auch ein Transfer von Wissen und Kultur stattfindet.

Der Einzelhandel ist wie kein anderer Wirtschaftszweig nah beim Verbraucher und prägt dessen Lebenswelten maßgeblich. Über seine regionalen Standortnetze bestimmt er auch, welche Produkte verfügbar sind und wie schnell beziehungsweise zu welchem Preis diese geliefert werden können. Natürlich ist für dieses Netz auch das regionale Kaufkraftpotenzial sehr wichtig, das unter anderem von der Bevölkerungszahl, -struktur und dem Einkommensniveau maßgeblich geprägt wird.

In Zeiten des Online-Handels ist zudem in jeder Region fast alles lieferbar. Die Frage ist nur, welcher Kundenkreis diese neue Handelsform akzeptiert und für welche Produktpaletten sie wirklich eine realistische Alternative ist? Der Handel über das Internet wächst in Deutschland stetig. „81% der Nutzer geben an, das Internet zum Kauf von Waren und Dienstleistungen zu nutzen. Die höchsten Umsätze werden bei physischen und digitalen Gütern durch Generalisten und im Bereich Bekleidung, Textilien, Schuhe erzielt. Der Umsatz von Lebensmittelanbietern spielt mit 0,5% des Gesamtmarktes (noch) eine unbedeutende Rolle“ (Linder und Rennhak 2014: 1). Aktuell ist der Onlinehandel also nur für ausgewählte Produkte interessant.

Im Bereich der Grundversorgung, also auch der Lebensmittel, wie bei den Postservices sind Online-Angebote bislang noch keine wirkliche Alternative, zum Teil fehlen hier auch noch geeignete Angebote. Andererseits laufen, wie zum Beispiel bei der Post, Änderungen in den arbeitsorganisatorischen Abläufen, die ältere Menschen immer stärker ausgrenzen. Das Beispiel von Frau Schäffer macht dies sehr anschaulich:

„Ingrid Schäffer hat kein Handy, Internet hat sie auch nicht. Die 74-Jährige kam ganz gut ohne beides klar. Bis jetzt. Frau Schäffer hat seit ein paar Monaten ein Problem mit der Post. Wenn ein Paketbote bei ihr klingelt, sie aber nicht zu Hause ist, geht das Paket stattdessen an die nächstgelegene Poststation – wo die alte Dame es abholen muss. Das ist beschwerlich, denn die Filiale ist 20 Minuten zu Fuß von Frau Schäffers Wohnung entfernt. Nun gibt es bei der Post die Möglichkeit, sich seine Pakete zur Abholung stattdessen in eine ‚Wunschfiliale‘ liefern zu lassen. Für Frau Schäffer wäre das ideal, denn es gibt eine Poststelle, die sie recht einfach mit dem Bus erreichen kann. Für die Berlinerin ist dieser Service allerdings nicht zu haben. Denn den gibt es nur für Internetnutzer.“¹⁷

Die vielen neuen Services, ob E-Mails, Online-Shops oder Handydienste, machen das Leben für die Kunden meist angenehmer und einfacher. Für viele ältere Kunden gilt dies aber nicht. Für sie bringt der Übergang in die Digitalwirtschaft eher Nachteile mit sich, denn manche Dienste können sie gar nicht nutzen, andere sind viel zu teuer. Laut dem aktuellen (N)Onliner-Atlas der Initiative D21 haben 69,8 Prozent aller über 70-Jährigen in Deutschland keinen Internetzugang. Damit sind sie von der Nutzung vieler Online-Angebote faktisch ausgeschlossen.¹⁸ Im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels wie bei den Postservices bleiben damit die vor Ort-Filialen der Einzelhändler beziehungsweise Post wohl noch eine Weile der wirkliche Gradmesser für eine ausreichende und hochwertige Versorgung der Einwohner in ihrer Region.

Im Folgenden soll die Regionalstruktur der Discounter, Supermärkte und Postfilialen etwas differenzierter vorgestellt und bewertet werden. Dies sind Bereiche, die wesentliche Aufgaben der Grundversorgung absichern, wobei die Grundversorgung flächendeckend gewährleistet sein sollte.

Im regionalen Kontext zeigen sich in diesem Segment des Einzelhandels wie bei den Postfilialen die folgenden Besonderheiten (Tabelle 15; Tabelle 9 im Anhang):

- In Ost und West erhöhen sich die regionalen Ausstattungswerte im Einzelhandel je 100.000 Einwohner mit abnehmender Verdichtung. In der Tendenz gilt diese Aussage auch bei den Postfilialen.

¹⁷ <http://www.welt.de/wirtschaft/article118678454/Wie-die-moderne-Welt-alte-Menschen-diskriminiert.html> [Zugriff am 8. April 2015].

¹⁸ <http://www.initiaved21.de/portfolio/nonliner-atlas/> bzw. <http://www.welt.de/wirtschaft/article118678454/Wie-die-moderne-Welt-alte-Menschen-diskriminiert.html> [Zugriff am 8. April 2015].

- Trotz dieser höheren Ausstattungswerte verlängern sich die Wege zum nächstgelegenen Discounter, Supermarkt oder zur nächsten Postfiliale mit abnehmender Einwohnerdichte kontinuierlich. Die Siedlungsstruktur ist also auch für diese Infrastrukturen ein sehr prägender Faktor. Die längsten Wege haben entsprechend die Einwohner der dünn besiedelten ländlichen Kreise in den neuen Ländern zurückzulegen.
- Aufgrund der markanten Unterschiede in der Siedlungsstruktur weisen die neuen Länder insgesamt durchgängig höhere Ausstattungswerte als die alten Länder auf.
- Auffällig ist die günstige Ausstattungssituation der „peripher gelegenen und gering verdichteten Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen“, wobei diese Strukturen sicherlich erforderlich sind, um den vielen Touristen in diesen Regionen ein attraktives Umfeld zu bieten.
- Vor allem in den strukturschwächeren Regionen („Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ beziehungsweise ostdeutsche Regionen außerhalb der kreisfreien Großstädte) ist der Besatz mit Discountern je 100.000 Einwohner besonders hoch. Da es in diesen Regionen vergleichsweise mehr einkommensschwächere Haushalte gibt, ist dieser höhere Anteil durchaus plausibel. Für diese höheren Werte spricht aber auch, dass geringer verdichtete Regionen wegen ihrer schlechteren Erreichbarkeit einen höheren Filialbesatz aufweisen, zumal die Größe dieser Einrichtungen hier gar nicht berücksichtigt wurde. Zudem ist es für Mitbewerber, die keinem größeren Vertriebsunternehmen angehören, hier deutlich schwieriger, sich in diesem potenzialschwachen Markt zu etablieren.

Der Blick auf die Raumordnungsregionen zeigt, dass viele westdeutsche Regionen in den Handelssegmenten Discounter und Supermärkte niedrige Ausstattungswerte aufweisen (Abbildung 22). Insbesondere in den Regionen Donau-Iller (Baden-Württemberg), Bonn, Trier und Oderland-Spree gibt es vergleichsweise wenige Infrastrukturen dieser Art und/oder die Distanzen zu diesen Einrichtungen sind besonders lang.

Allein die Präsenz von Bonn unter diesen Werten sollte allerdings dafür sensibilisieren, dass man sich bewusst machen muss, dass hier nur ausgewählte Teilbereiche des Handelssektors berücksichtigt werden. In solch einer einkommensstarken Stadt wie Bonn sind sicherlich deutlich mehr hochpreisige, hochwertigere Einzelhändler aktiv, sodass Discounter und Supermärkte eher von nachrangiger Bedeutung sind. In einer hochverdichteten Region lassen sich die Filialen auch wesentlich effizienter betreiben. Außerdem kann es auch ein strategisches Ziel der Stadtentwicklung sein, diese Handelssegmente (Discounter, Supermarkt) nicht in der Stadt, sondern in ihren Außenbereichen anzusiedeln, wobei dieser Standort dann durchaus auch in einem anderen Kreis liegen kann.

Deutlich mehr Discounter, Supermärkte und Postfilialen je 100.000 Einwohner bei meist deutlich kürzeren Wegen findet man in den Regionen Magdeburg, Südostoberbayern, Altmark, Südthüringen und Donau-Wald. Diese Auswahl an Städten bestätigt noch einmal, dass der Besatz mit Discountern und Supermärkten keinesfalls als struktureller Vor- oder Nachteil für eine Region gewertet werden kann.

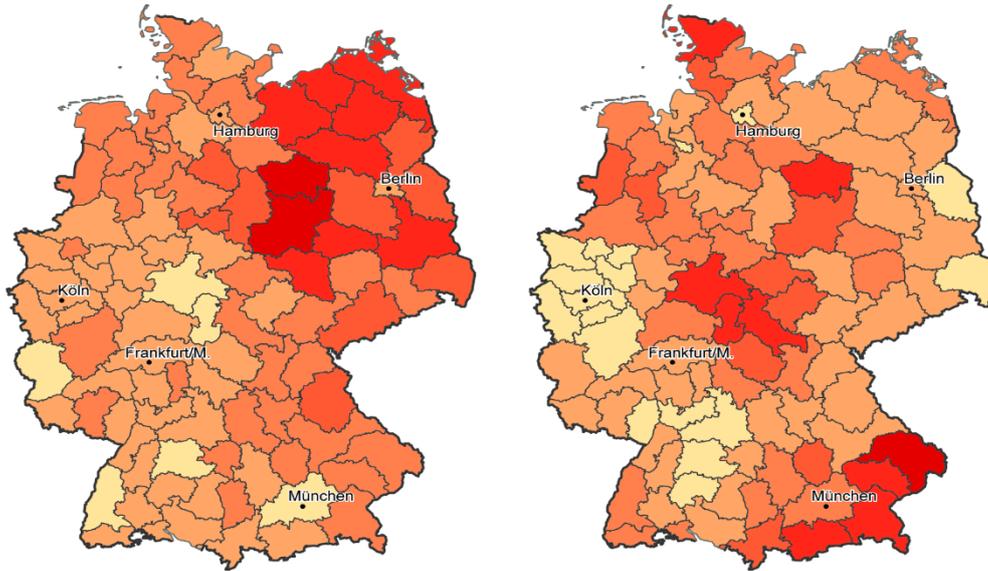
Tabelle 15: Ausgewählte regionale Strukturen von Einzelhandel und Postfilialen, 2012/2013

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Discounter	Supermarkt	Durchschnittliche Luftlinien- distanz zum nächsten Discounter/ Supermarkt * (in m) 2013	Postfilialen	
	je 100.000 Einwohner			je 100.000 Einwohner	Durch- schnittliche Entfernung zur Filiale ** (in km)
	2013			2012	
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienst- leistungspotenzialen	19,1	20,3	2.587	38,5	2,2
Peripher gelegene und gering verdichtete Regio- nen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen	22,8	28,2	3.003	47,6	2,5
Standorte industrieller Global Player	19,5	16,9	833	28,7	1,1
Strukturstarke hoch verdichtete Dienst- leistungszentren	16,2	16,6	1.678	29,9	1,1
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	23,3	18,4	3.048	37,4	2,1
Hoch verdichtete Regionen mit struktu- rellen Schwächen	17,5	13,8	1.000	26,7	0,8
Kreisfreie Großstädte (AL)	16,7	15,0	838	27,7	0,8
Städtische Kreise (AL)	17,8	17,3	1.960	34,7	1,7
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (AL)	19,9	23,0	2.582	40,5	2,4
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	21,5	26,3	2.949	44,5	2,7
Kreisfreie Großstädte (NL)	19,8	16,4	828	28,1	0,7
Städtische Kreise (NL)	25,4	18,8	2.264	46,6	1,8
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (NL)	27,4	20,2	2.881	42,9	2,4
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	30,6	22,1	3.937	46,3	3,1
Alte Länder (AL)	18,2	18,5	2.380	34,8	1,9
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	25,4	19,3	3.452	38,8	2,3
Deutschland (D)	19,6	18,7	2.706	35,6	2,0

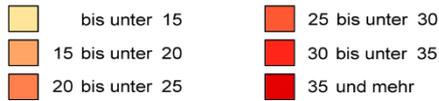
* Luftliniendistanzen im 250m Raster, ohne Berücksichtigung topografischer Barrieren, einwohnergewichtete Aggregation auf Gemeindeebene, ** pauschal berechnet aus dem durchschnittlichen Versorgungsbereich (km²) je Postfiliale und Region.

Quelle: Firmenverzeichnis wer-zu-wem GmbH, Hamburg (Stand: November 2013); Deutsche Post AG; Filialmanagement; eigene Berechnungen.

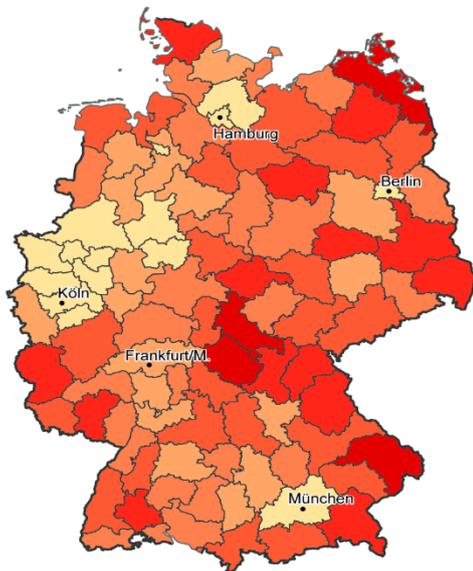
Abbildung 22: Ausgewählte regionale Strukturen von Einzelhandel und Supermärkten, 2013



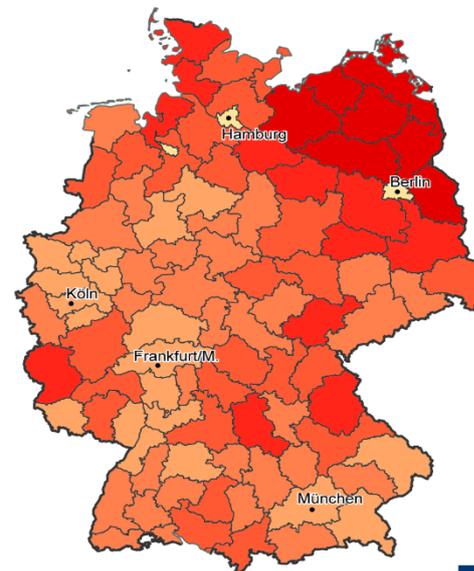
Discounter je 100 000 Einwohner 2013



Supermärkte je 100 000 Einwohner 2013



Postfilialen je 100 000 Einwohner 2012



Durchschnittliche Distanz* zum nächstgelegenen Discounter oder Supermarkt 2013 (in km)



* Luftliniendistanzen im 250m Raster, ohne Berücksichtigung topographischer Barrieren, einwohnergewichtete Aggregation auf Gemeindeebene

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

Datenbasis: Firmenverzeichnis wer-zu-wem GmbH, Hamburg (Stand: November 2013), Deutsche Post AG, Filialmanagement, eigene Berechnungen
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2011

5.2 Technische Infrastruktur – Breitbandversorgung

Von den Einrichtungen der technischen Infrastruktur soll hier nur die leistungsfähige Breitbandversorgung diskutiert werden, weil diese systemische technische Infrastruktur von ihrem Potenzial her auch für Ältere besonders relevant ist. Während es bei der Strom-, Wasser-, Müll- und anderen Ver- beziehungsweise Entsorgungen in der Region um die Absicherung von Grundleistungen der Daseinsvorsorge geht, die den Menschen über diese Leistung hinaus kaum einen größeren Mehrwert bieten, eröffnet ein leistungsfähiges Breitbandangebot heute allen Menschen den Zugang zu den unterschiedlichsten Lebenswelten. Bisherige Erreichbarkeitsdefizite werden relativiert und Informationen beziehungsweise Leistungen, die ohne diese Technik für viele Menschen bislang kaum erreichbar waren, sind für sie nun nur noch einen „Klick“ entfernt. Vor diesem Hintergrund ist das Älterwerden in hoher Lebensqualität ohne eine leistungsfähige Breitbandversorgung kaum noch vorstellbar.

Die digitale Infrastruktur gilt im Allgemeinen als ein wichtiger regionaler Entwicklungs- und Standortfaktor. Sie bietet den privaten, kommunalen wie unternehmerischen Akteuren vor Ort völlig neue Möglichkeiten zur langfristigen Absicherung von Innovationen, Wirtschaftswachstum und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Den Unternehmen eröffnen sich durch diese Technik zum einen völlig neue Geschäftsfelder. Zum anderen profitieren sie durch neue Vertriebswege, mehr Entwicklungsmöglichkeiten, Einsparpotenziale und neue Märkte, die ihnen zusätzliche Wachstumspotenziale erschließen. Für strukturschwache Regionen/Kommunen, die ihre Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit sichern oder sogar verbessern wollen, ist diese Infrastruktur letztendlich eine unverzichtbare Größe, will sie ihren Einwohnern auch künftig attraktive Lebensverhältnisse sichern.

Dass diese wirtschaftlichen Potenziale enorm sind, illustrieren die folgenden Zahlen:

- 10 Prozent zusätzliche Breitbandverbindungen entsprechen einem Wirtschaftswachstum von 0,9 bis 1,5 Prozent (Europäische Kommission 2012; Kretschmer u. a. 2011).
- Eine Studie, die die Effekte der Internetnutzung für 13 Länder evaluierte, kam zu dem Ergebnis, dass durchschnittlich 3,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes dem Internet zugeordnet und 11 Prozent des Wirtschaftswachstums auf die Nutzung von Breitbandtechnologien zurückgeführt werden können (McKinsey Global Institute 2011).
- Einem Kommissionsbericht der EU zufolge ist die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)-Branche eine der wichtigsten Triebkräfte der europäischen Wirtschaft. In dem Bericht heißt es: „Die in der EU seit 1995 erzielten Produktivitätsgewinne gehen dank des technischen Fortschritts und der Investitionen in diesem Sektor zu 50% auf das Konto der IKT. Daten für die Jahre 2004-2007 weisen darauf hin, dass diese Investitionen [...] auch in der übrigen Wirtschaft zu Effizienzsteigerungen führen. Die Wertschöpfung des europäischen IKT-Sektors beläuft sich auf etwa 600 Milliarden EUR (4,8% des europäischen Bruttoinlandsprodukts). Auf ihn entfallen 25 Prozent aller in der EU getätigten Unternehmensinvestitionen in Forschung und Entwicklung“ (Europäische Kommission 2010).

Angesichts dieser bedeutenden Effekte kann die Breitbandtechnologie auch als eine systemische Infrastruktur bezeichnet werden, ohne die die Sicherung beziehungsweise Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit heute kaum mehr vorstellbar ist.

Heute ist die Verfügbarkeit von leistungsfähiger Breitbandinfrastruktur ein entscheidendes Kriterium für die Standortwahl von Unternehmen. Eine fehlende Netzabdeckung wird von ihnen als klarer Standort- und Wettbewerbsnachteil gewertet. Aktuelle IHK-Umfragen zeigen, dass eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur für Unternehmen bedeutender ist als zum Beispiel eine sichere Stromversorgung, eine gute Erreichbarkeit per Straße oder günstige Strompreise (Abbildung 23).

Die Verfügbarkeit einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur ist aber nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die gesamte Region äußerst wichtig, will sie wirtschaftlich mit anderen Regionen Schritt halten. Im Bereich der eGovernment-Lösungen erhoffen sich viele Kommunen beispielsweise beachtliche Einsparpotenziale zur dauerhaften Entlastung ihrer oftmals klammen Haushalte. Auch private Haushalte nutzen in beachtlichem Maße von dieser Infrastruktur im Bereich der Freizeit, Bildung, Versorgung und anderes mehr. Für junge Menschen ist das Vorhandensein eines leistungsfähigen Mindestangebotes dieser Infrastruktur ein besonders wichtiger Standortfaktor. Die Lebensqualität älterer Menschen kann durch den Einsatz digitaler Infrastrukturen entscheidend verbessert werden.

Weil sich die Bundesregierung der bedeutenden Wachstumspotenziale dieser Technologie bewusst ist, hat sie sich in ihrem Koalitionsvertrag sehr anspruchsvolle Ziele gesetzt. Bis zum Jahr 2018 soll danach ein flächendeckender Ausbau der Netze für Geschwindigkeiten von 50 Mbit/s für alle Haushalte und Unternehmen erreicht werden (CDU, CSU und SPD 2013).

Während der Ausbau der 50 Mbit/s-Versorgung in den hochverdichteten und strukturstarken Wirtschaftsräumen bereits zügig voran gekommen ist (regionale Verfügbarkeitsquoten von z. T. > 80%), sind es gerade die peripher gelegenen und/oder mit strukturellen Defiziten belasteten Regionen, die Ende 2013 noch immer erhebliche Defizite bei der leistungsfähigen Breitbandversorgung aufwiesen. Gerade die peripheren und/oder strukturschwachen Räume verbanden dabei mit der digitalen Infrastruktur die Hoffnung, ihre Standortnachteile, die sich unter anderem in erheblichen Erreichbarkeitsdefiziten äußern, mit dieser Technik zumindest teilweise kompensieren zu können. Auch wenn das theoretisch möglich erscheint, blieb dies bislang ein Wunschtraum.

Besonders ungünstig gestaltete sich Ende 2013 die Versorgungssituation in den ostdeutschen Regionen beziehungsweise bundesweit in den ländlichen Kreisen, deren Erschließungskosten je Anschluss für diese Infrastruktur aufgrund ihrer geringen Einwohnerdichte ja deutlich höher liegen (Tabelle 16). In den neuen Ländern waren nur 45,2 Prozent der Haushalte mindestens mit einer Bandbreite von 50 Mbit/s versorgbar (alte Länder: 63,6%). In den ländlichen Kreisen der alten und neuen Länder liegen diese Anschlusswerte zum Teil noch weit darunter.

Abbildung 23: Wichtigkeit der Standortfaktoren in der Region Bodensee-Oberschwaben, 2012

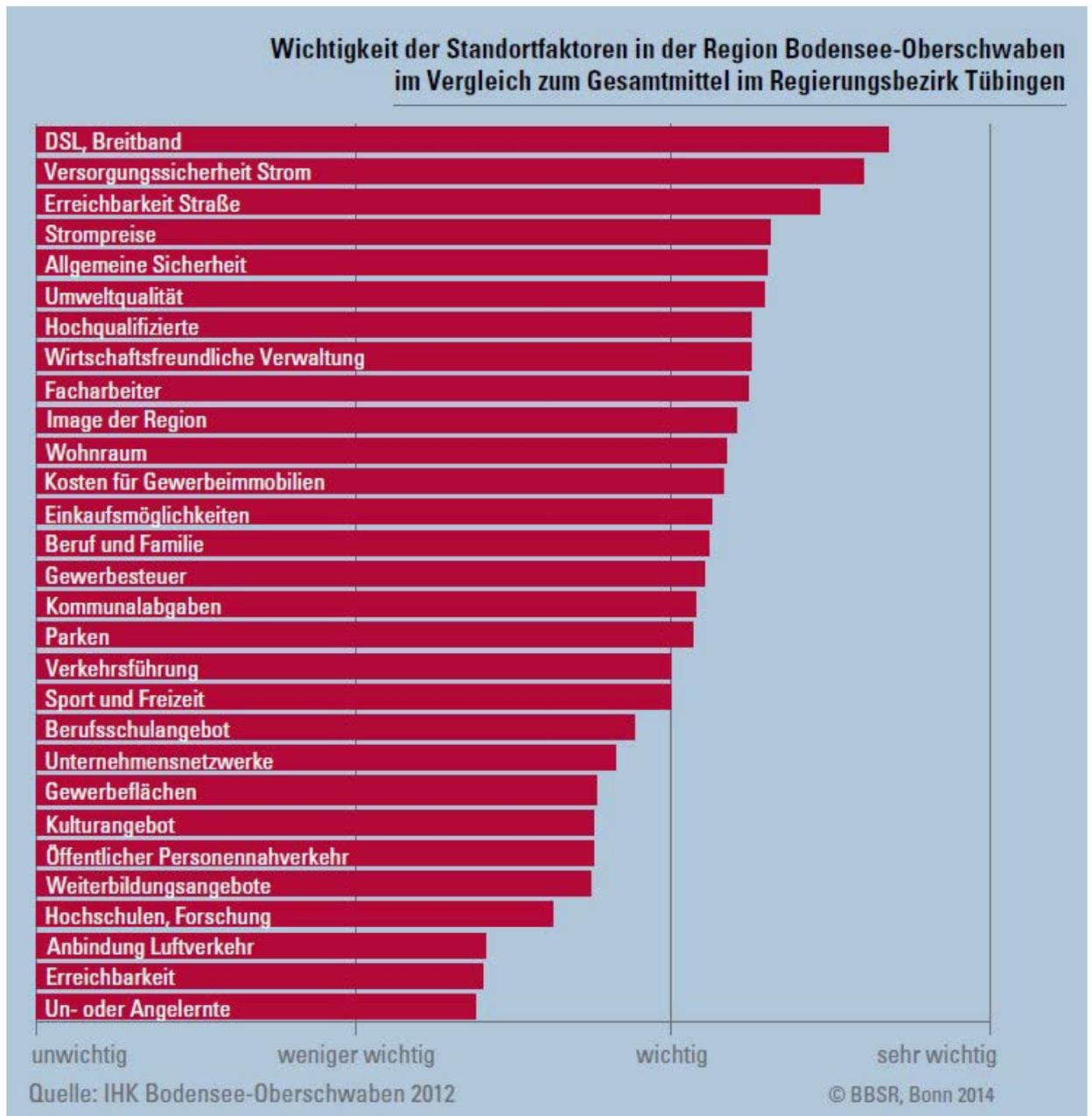


Tabelle 16: Regionalstruktur der Breitbandversorgung, 2010 bis 2013

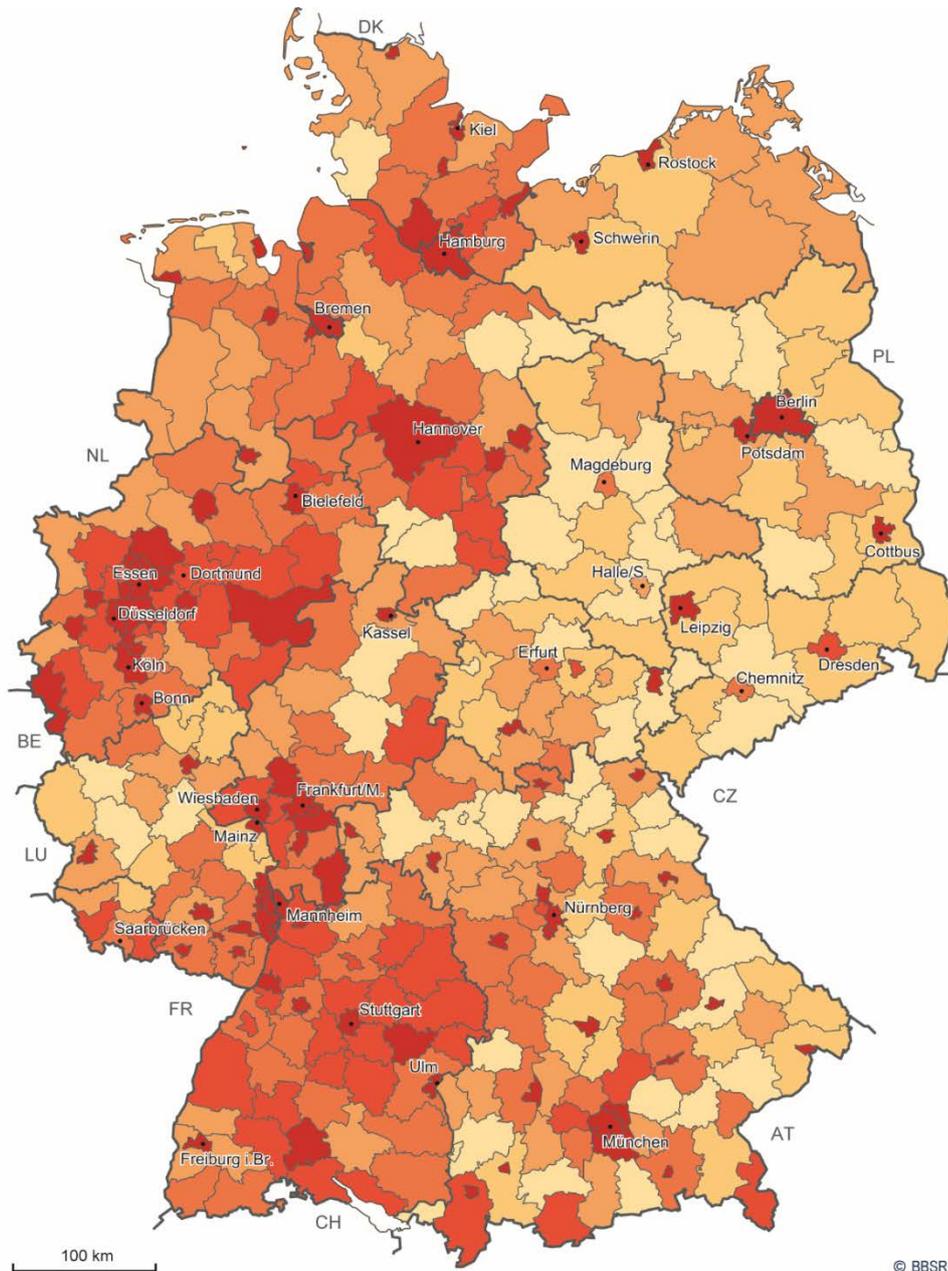
Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Anteil der Haushalte die mindestens mit einer Bandbreite von ... versorgbar sind (in %-Pkt.)			
	2 Mbit/s	50 Mbit/s	2 Mbit/s	50 Mbit/s
	12/2013		12/2010 bis 12/2013 (%)	
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienst- leistungspotenzialen	98,4	48,9	+ 7,7	+ 19,8
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismus- potenzialen	97,6	40,9	+ 10,8	+ 34,5
Standorte industrieller Global Player	100,0	88,7	+ 0,5	+ 54,7
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungs- zentren	99,8	82,3	+ 1,2	+ 15,3
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	98,8	48,5	+ 7,8	+ 24,9
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	99,9	82,5	+ 0,8	+ 13,2
Kreisfreie Großstädte (AL)	99,9	86,4	+ 0,4	+ 17,3
Städtische Kreise (AL)	99,0	60,1	+ 5,0	+ 15,9
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (AL)	98,1	44,9	+ 9,3	+ 29,5
Dünn besiedelte ländliche Kreise (AL)	97,9	38,0	+ 10,9	+ 34,8
Kreisfreie Großstädte (NL)	100,0	79,4	+ 1,2	+ 19,1
Städtische Kreise (NL)	98,3	22,6	+ 11,3	+ 21,4
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen (NL)	98,4	20,9	+ 12,7	+ 17,9
Dünn besiedelte ländliche Kreise (NL)	97,4	25,4	+ 14,2	+ 23,1
Alte Länder (AL)	99,0	63,6	+ 4,8	+ 20,2
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	98,7	45,2	+ 8,5	+ 20,2
Deutschland (D)	99,0	59,7	+ 5,6	+ 20,2

Quelle: Geoinformation Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (www.bkg.bund.de); Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur; TÜV Rheinland; eigene Berechnungen.

Die Regionen mit der ungünstigsten Versorgungssituation waren Prignitz-Oberhavel, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und Oderland-Spree. Hier lagen diese Werte sogar noch unter 20 Prozent (Abbildung 24). Aber auch in den Regionen Main-Rhön und Oberland, die zumindest teilweise dem Kreisregionstyp „peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen“ angehören, liegen diese Verfügbarkeitswerte noch weit unter 30 Prozent. Demgegenüber erreichen viele hochverdichtete Regionen, die sich ja viel kostengünstiger durch die Telekommunikationsunternehmen erschließen lassen, Werte von zum Teil weit über 70 Prozent. In den Regionen Emscher-Lippe, Berlin, Hamburg und Bremen sind es sogar mindestens 82,5 Prozent.

Im Zeitraum 2010 bis 2013 haben gerade die schlechter versorgten Regionen ihre Situation verbessern können. Allerdings fallen die Abstände zu den Spitzenregionen noch immer unbefriedigend hoch aus.

Abbildung 24: Verfügbarkeit der Bandbreite von 50 Mbit/s, Dezember 2013



© BBSR Bonn 2014 

Prozentanteil der Haushalte, die mindestens mit einer Bandbreite von 50Mbit/s versorgt werden können (Stand: Dezember 2013)



Datenbasis: BMVI, TÜV Rheinland,
eigene Berechnungen
Geometrische Grundlage: BKG / BBSR
Kreise, 31.12.2012
Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

6 Fazit

Die spezifischen Bedürfnisse der Älteren zu befriedigen und gleichzeitig die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen zu sichern, ist eine weitreichende gesellschaftliche, politische und planerische Aufgabe, die nicht nur die Kommunen vor zum Teil völlig neue Herausforderungen stellt. Dieses Gutachten hat gezeigt, dass sich diese Herausforderungen in Abhängigkeit von der demografischen Situation beziehungsweise der strukturellen Potenziale zwischen den Regionen allerdings erheblich unterscheiden können. Wichtige Stellgrößen sind dabei unter anderem die finanzielle Versorgungssituation der Älteren, die finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen in denen sie leben, die Qualität und Quantität der sozialen und technischen Infrastrukturen sowie die demografischen Potenziale selbst.

Mit Blick auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen, auf die Ältere in den Regionen aktuell und künftig treffen werden und die ihre Lebensqualität auch in den kommenden Jahren maßgeblich prägen, lassen sich im Rahmen dieses Gutachtens die folgenden wesentlichen Schlussfolgerungen ziehen:

- In Deutschland gibt es zum Teil erhebliche regionale Disparitäten bezüglich wesentlicher ökonomischer, sozialer und demografischer Strukturen. Die daraus resultierenden großen Herausforderungen treffen vor allem die ostdeutschen Regionen, die seit 1990 einen harten ökonomischen und sozialen Transformationsprozess durchlaufen. Auf der Ebene der hier identifizierten Kreisregionstypen bündeln sich die Herausforderungen vor allem im Typ „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“, der sich mehrheitlich aus ostdeutschen Regionen, aber auch aus einigen strukturschwächeren Regionen der alten Länder zusammensetzt.
- Die strukturelle Stärke oder Schwäche der Regionen schlägt sich auch in deren demografischen Potenzialen und Strukturen nieder, wobei strukturelle Schwäche sich vor allem in stärkeren Schrumpfungsprozessen und einer höheren Intensität der demografischen Alterung niederschlägt, während strukturstärkere Regionen noch demografische Zuwächse sowie eine geringere Intensität der demografischen Alterung realisieren.
- Im Ergebnis schlagen diese Strukturen auch auf die Infrastrukturausstattung durch. Während in den peripheren, strukturschwächeren Regionen das ohnehin lückenhaftere Infrastrukturangebot kaum noch gesichert werden kann, wobei es ohnehin wesentlich schlechter erreichbar ist, profitieren die strukturstärkeren und/oder hoch verdichteten Regionen von einer vielfältigeren Infrastrukturausstattung bei deutlich kürzeren Wegen. Aufgrund ihrer besseren Finanzausstattung fällt es diesen Kommunen oft auch leichter, diese Strukturen zu sichern beziehungsweise in Teilen sogar auszubauen.

- Die aktuellen regionalen Disparitäten schlagen sich auch in den demografischen Strukturen und Trends bis 2030 nieder. Regionen, die in der Vergangenheit eine relativ ungünstige demografische Situation aufwiesen, schneiden auch im Zeitraum 2011 bis 2030 deutlich schlechter ab, das heißt sie haben überdurchschnittlich starke Bevölkerungsverluste und eine weitere Steigerung des Durchschnittsalters der Bevölkerung zu erwarten. Auch hier sind die „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ besonders ungünstig betroffen.
- Bundesweit, das heißt in allen hier analysierten Raumaggregaten, wird sich die Zahl der Älteren (65 Jahre und älter) und ihr Anteil an der Bevölkerung weiter erhöhen. In den strukturschwächeren Regionen, die von Schrumpfung und demografischer Alterung besonders betroffen sind, fällt dementsprechend der Anteil der älteren Menschen besonders hoch aus. Weil diese Älteren, deren Lebenserwartung sicher weiter steigen wird, immer länger gesund und aktiv sind, hat sich auch deren Selbstverständnis gewandelt. Bund, Länder und Kommunen, aber auch die Unternehmen, die diese Zielgruppe im Blick haben, sollten sich künftig bewusst auf die vielfältigen Bedürfnisse und Potenziale dieser aktiven Älteren einstellen, die auch in dieser Lebensphase für die Gesellschaft durchaus noch etwas zu bieten haben.

Aus der regionalen Perspektive und mit Blick auf die Potenziale und Bedürfnisse älterer Menschen leitet sich vor allem für die Regionen des Kreisregionstyps „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ ein direkter politischer Handlungsbedarf ab. In diesen Regionen leben besonders viele alte Menschen, die zudem über ein unterdurchschnittliches Einkommen/Vermögen verfügen. Mobilität lässt sich hier immer schwieriger absichern, weil eine wichtige Säule des ÖPNV – der Schülerverkehr – weggebrochen ist (Gies 2014). Der Pflegebedarf ist hier schon heute am höchsten, was er auch in 2030 sein wird. Der regionale Wohnungsmarkt ist weniger leistungsfähig, sodass ältere, wanderungsbereite Wohneigentümer durch ihr nur schlecht veräußerbares immobiles Wohneigentum in ihrer Mobilität auch noch behindert werden. In diesen äußerst finanzschwachen Kommunen ist das Netz an sozialen und technischen Infrastrukturen weniger dicht und kann oft kaum noch ausgelastet werden. Da diese eher gering verdichteten Regionen auch künftig mit Bevölkerungsrückgang konfrontiert sind, wirkt hier der Kostenremanenzeffekt weiter, das heißt die Kommunen können ihre öffentlichen Ausgaben nicht in dem Maße senken, wie sich die Bevölkerung rückläufig entwickelt, woraus unmittelbar relative Kostensteigerungen resultieren. Im Ergebnis müssen sich diese Kommunen immer mehr auf ihre Pflichtaufgaben zurückziehen. Freiwillige Aufgaben, die eigentlich so wichtig für die Attraktivierung dieser Standorte sind, bleiben dagegen mehr und mehr auf der Strecke.¹⁹ Aktuell arbeitet die Bundesregierung an einer Demografiestrategie. Gestützt auf einen Dialogprozess soll im Rahmen dieser Aktivitäten auf breiter gesellschaftlicher Basis ein tragfähiger Konsens für die weitere Ausgestaltung der Demografiepolitik in Deutschland für die nächsten Jahre erarbeitet und umgesetzt werden. Die Ergebnisse dieses Gutachtens legen es nahe, dass es dabei äußerst wichtig ist, regional differenziert zu agieren.

¹⁹ Freiwillige Aufgaben sind Aufgaben, die sich die Kommune selbst stellt. Sie bilden das Herzstück der Kommunalpolitik. Hier geht es um Lebensqualität: Beratungsstellen, Museen, Bibliotheken, Jugendeinrichtungen Sportplätze, Freibäder, Freizeitangebote, Tierparks usw. (http://www.kf-mv.de/Themen/Kommunalfinanzen/thema01_002.htm [Zugriff am 8. April 2016]).

Die Herausforderungen für die Absicherung einer hohen Lebensqualität für Ältere stellen sich in den Regionen so verschieden dar, dass diese ohne regional differenzierte Handlungsansätze kaum leistbar erscheint. Dabei gibt es ganz offensichtlich vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen, die vor besonderen ökonomischen, sozialen und demografischen Herausforderungen stehen. Gerade bei den Regionen im Kreisregionstyp „Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen“ ist es nicht sicher, ob diese Regionen die vor ihnen stehenden Herausforderungen überhaupt alleine meistern können. Wenn man also über konkrete regionale Unterstützungsangebote nachdenken sollte, dann müssten diese vor allem auf Kreisregionen dieses Typs konzentriert werden.

In der AG „Regionen im demografischen Wandel stärken – Lebensqualität in Stadt und Land stärken“, einer von zehn Arbeitsgruppen, die zur Unterstützung des Prozesses der Demografiestrategie gebildet wurden²⁰, sollten diese Ergebnisse des Gutachtens zur Verfügung gestellt werden, denn dessen Aufgabe ist es unter anderem, die besonders vom demografischen Wandel betroffenen Regionen zu identifizieren. Die Ergebnisse dieses Gutachtens stoßen in dieser, sicherlich aber auch in anderen Arbeitsgruppen auf großes Interesse, weil die regionale Perspektive in diesen Diskussionen leider immer noch oft viel zu kurz kommt.

²⁰ http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Arbeitsgruppen/DE/2014/Arbeitsgruppenprozess.html;jsessionid=7A3EA43FF58832C3944D6C6B4DB34DC6.1_cid353 [Zugriff am 8. April 2016].

Anhang

Tabelle 1a: Korrelationsbeziehungen ausgewählter Strukturindikatoren

Indikatoren	qKk10	qMedian12	qVerfEink_g11	Bevpot12	OzMz12	HRangIS12	Alq12	Alq12L
qKk10	1,000	0,553	0,808	0,161		-0,180	-0,767	-0,678
qMedian12		1,000	0,541	0,472	-0,429	-0,453	-0,385	-0,300
qVerfEink_g11			1,000	0,200		-0,196	-0,657	-0,585
Bevpot12				1,000	-0,558	-0,608	0,217	0,305
OzMz12					1,000	0,591	-0,261	-0,316
HRangIS12						1,000		
Alq12							1,000	0,965
Alq12L								1,000

Indikator

Grün markierte Indikatoren wurden im Ergebnis der Korrelationsanalyse in die Faktorenanalyse übernommen

Alq12 – Arbeitslose je 100 Erwerbspersonen, JD 2012; **Alq12L** – Langzeitarbeitslose je 100 Erwerbspersonen, JD 2012; **Bevpot12** – Regionales Bevölkerungspotenzial 2012 (1.000 Einwohner); **HRangIS12** – Erreichbarkeit hochrangiger Infrastrukturen²¹ 2012 (Min.); **OzMz12** – Erreichbarkeit des nächstgelegenen Ober- oder Mittelzentrums 2012 (Min.); **qKk10** – Kaufkraft je Einwohner 2010 (Euro); **qMedian12** – Median der Bruttoarbeitsentgelte von sv-pflichtig Vollzeitbeschäftigten am Arbeitsort (ohne Auszubildende) 2012 (Euro); **qVerfEink_g11** – Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2011 (Euro)

*JD = Jahresdurchschnitt; Et = Erwerbstätige; sv-pflichtig = sozialversicherungspflichtig.

Quelle: Laufende Raumbewertung des BBSR, eigene Berechnungen.

²¹ Zur hochrangigen Infrastruktur zählen Autobahnen, Fernbahnhöfe und internationale Verkehrsflughäfen (Maretzke u. a. 2012).

Tabelle 1b: Korrelationsbeziehungen ausgewählter Strukturindikatoren

Indikatoren	IndBGr12	qBWS11	qBWS11_LFF	AntEt11_LFF	qBWS11_PG	AntEt11_PG	qBWS11_VG	AntEt11_VG
qKk10		0,521	-0,208		0,248	0,213	0,317	0,302
qMedian12	0,553	0,791	-0,294	-0,458	0,704		0,726	0,206
qVerfEink_g11		0,468	-0,272		0,244		0,284	0,273
Bevpot12		0,369	-0,486	-0,529	0,386	-0,321	0,402	-0,247
OzMz12	-0,221	-0,213	0,290	0,660	-0,347	0,320	-0,329	0,192
HRangIS12	-0,152	-0,316	0,380	0,572	-0,361	0,356	-0,362	0,254
Alq12		-0,309		-0,194		-0,385		-0,463
Alq12L		-0,240		-0,236		-0,352		-0,425
IndBGr12	1,000	0,583		-0,201	0,585	0,239	0,606	0,344
qBWS11		1,000	-0,189	-0,297	0,824		0,780	0,268
qBWS11_LFF			1,000		-0,175	0,194	-0,157	0,156
AntEt11_LFF				1,000	-0,349	0,199	-0,313	
qBWS11_PG					1,000		0,888	
AntEt11_PG						1,000		0,952
qBWS11_VG							1,000	0,156
AntEt11_VG								1,000

Indikator

Grün markierte Indikatoren wurden im Ergebnis der Korrelationsanalyse in die Faktorenanalyse übernommen

Alq12 – Arbeitslose je 100 Erwerbspersonen, JD 2012; **Alq12L** – Langzeitarbeitslose je 100 Erwerbspersonen, JD 2012; **AntEt11_LFF** – Anteil der Erwerbstätigen (Et) im Sektor Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an den Et insgesamt 2011 (%); **AntEt11_PG** – Anteil der Erwerbstätigen (Et) im produzierenden Gewerbe an den Et insgesamt 2011 (%); **AntEt11_VG** – Anteil der Erwerbstätigen (Et) im verarbeitenden Gewerbe an den Et insgesamt 2011 (%); **Bevpot12** – Regionales Bevölkerungspotenzial 2012 (1.000 Einwohner); **HRangIS12** – Erreichbarkeit hochrangiger Infrastrukturen²² 2012 (Min.); **IndBGr12** – Durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Industriebetriebe 2012; **OzMz12** – Erreichbarkeit des nächstgelegenen Ober- oder Mittelzentrums 2012 (Min.); **qBWS11** – Bruttowertschöpfung je Et 2011 (Euro); **qBWS11_LFF** – Bruttowertschöpfung je Et im Sektor Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 2011 (Euro); **qBWS11_PG** – Bruttowertschöpfung je Et im produzierenden Gewerbe 2011 (Euro); **qBWS11_VG** – Bruttowertschöpfung je Et im verarbeitenden Gewerbe 2011 (Euro); **qKk10** – Kaufkraft je Einwohner 2010 (Euro); **qMedian12** – Median der Bruttoarbeitsentgelte von sv-pflichtig Vollzeitbeschäftigten am Arbeitsort (ohne Auszubildende) 2012 (Euro); **qVerfEink_g11** – Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2011 (Euro).

*JD = Jahresdurchschnitt; Et = Erwerbstätige; sv-pflichtig = sozialversicherungspflichtig.

Quelle: Laufende Raumbbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen.

²² Zur hochrangigen Infrastruktur zählen Autobahnen, Fernbahnhöfe und internationale Verkehrsflughäfen (Maretzke u. a. 2012).

Tabelle 1c: Korrelationsbeziehungen ausgewählter Strukturindikatoren

Indikatoren	qBWS11_FDL	AntEt11_FDL	Ant_wissDI12	Ant_HuF11	qNächte12	Ant_Nächte12	qDomain12	Ant50MB_12
qKk10	0,563		0,251			-0,227	0,273	
qMedian12	0,209	0,381	0,606	0,411	-0,170	-0,556	0,432	0,646
qVerfEink_g11	0,464		0,311	0,197		-0,270	0,414	0,220
Bevpot12		0,581	0,562	0,396	-0,276	-0,444	0,351	0,577
OzMz12	0,360	-0,583	-0,452	-0,488	0,310	0,355	-0,289	-0,618
HRangIS12	0,210	-0,578	-0,524	-0,549	0,327	0,471	-0,410	-0,568
Alq12	-0,602	0,338				0,148	-0,173	
Alq12L	-0,549	0,339					-0,154	
IndBGr12		0,164	0,169	0,193		-0,253		0,245
qBWS11	0,316	0,290	0,438	0,274	-0,163	-0,386	0,301	0,424
qBWS11_LFF		-0,260	-0,287	-0,181		0,174	-0,290	-0,295
AntEt11_LFF	0,310	-0,585	-0,479	-0,512	0,287	0,367	-0,328	-0,663
qBWS11_PG		0,385	0,416	0,358	-0,172	-0,417	0,279	0,452
AntEt11_PG	0,240	-0,610	-0,528	-0,501	-0,164	0,191	-0,401	-0,314
qBWS11_VG		0,350	0,406	0,340	-0,167	-0,410	0,267	0,425
AntEt11_VG	0,252	-0,491	-0,383	-0,369	-0,181		-0,276	
qBWS11_FDL	1,000	-0,433		-0,244				-0,156
AntEt11_FDL		1,000	0,794	0,683	-0,170	-0,407	0,451	0,584
Ant_wissDI12			1,000	0,723		-0,506	0,541	0,581
Ant_HuF11				1,000		-0,412	0,534	0,509
qNächte12					1,000			-0,205
Ant_Nächte12						1,000	-0,387	-0,450
qDomain12							1,000	0,417
Ant50MB_12								1,000

Indikator Grün markierte Indikatoren wurden im Ergebnis der Korrelationsanalyse in die Faktorenanalyse übernommen.

Alq12 – Arbeitslose je 100 Erwerbspersonen, JD 2012; **Alq12L** – Langzeitarbeitslose je 100 Erwerbspersonen, JD 2012; **Ant_HuF11** – Anteil der sv-pflichtig Beschäftigter am Wohnort mit FH-/Universitätsabschluss 2011 (%); **Ant_Nächte12** – Anteil der Inlandsübernachtungen im Fremdenverkehr an den Übernachtungen (In- und Ausland) insgesamt 2012; **Ant_wissDI12** – Anteil sv-pflichtig Beschäftigter in wissensintensiven, unternehmensorientierten Dienstleistungen 2012 (%); **AntEt11_FDL** – Anteil der Erwerbstätigen (Et) im Dienstleistungssektor²³ an den Et insgesamt 2011 (%); **AntEt11_LFF** – Anteil der Erwerbstätigen (Et) im Sektor Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an den Et insgesamt 2011 (%); **AntEt11_PG** – Anteil der Erwerbstätigen (Et) im produzierenden Gewerbe an den Et insgesamt 2011 (%); **AntEt11_VG** – Anteil der Erwerbstätigen (Et) im verarbeitenden Gewerbe an den Et insgesamt 2011 (%); **Ant50MB12** – Anteil der mit einer Mindestbandbreite von 50 Mbit/s versorgbaren Haushalte 12/2012 (%); **Bevpot12** – Regionales Bevölkerungspotenzial 2012 (1.000 Einwohner); **HRangIS12** – Erreichbarkeit hochrangiger Infrastrukturen²⁴ 2012 (Min.); **IndBGr12** – Durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Industriebetriebe 2012; **OzMz12** – Erreichbarkeit des nächstgelegenen Ober- oder Mittelzentrums 2012 (Min.); **qBWS11** – Bruttowertschöpfung je Et 2011 (Euro); **qBWS11_FDL** – Bruttowertschöpfung je Et im Finanzdienstleistungssektor 2011 (Euro); **qBWS11_LFF** – Bruttowertschöpfung je Et im Sektor Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 2011 (Euro); **qBWS11_PG** – Bruttowertschöpfung je Et im produzierenden Gewerbe 2011 (Euro); **qBWS11_VG** – Bruttowertschöpfung je Et im verarbeitenden Gewerbe 2011 (Euro); **qDomain12** – Registrierte .de-Domains je 100 Einwohner 2012; **qKk10** – Kaufkraft je Einwohner 2010 (Euro); **qMedian12** – Median der Bruttoarbeitsentgelte von sv-pflichtig Vollzeitbeschäftigten am Arbeitsort (ohne Auszubildende) 2012 (Euro); **qNächte12** – Übernachtungen im Fremdenverkehr (In- und Ausland) je 100 Einwohner 2012; **qVerfEink_g11** – Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2011 (Euro).

*JD = Jahresdurchschnitt; Et = Erwerbstätige; sv-pflichtig = sozialversicherungspflichtig.

Quelle: Laufende Raumbbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen.

²³ Finanz-, Versicherungsdienstleistungen; Grundstücks- und Wohnungswesen; freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen; sonstige wirtschaftsnahe Dienstleistungen.

²⁴ Zur hochrangigen Infrastruktur zählen Autobahnen, Fernbahnhöfe und internationale Verkehrsflughäfen (Maretzke u. a. 2012).

Tabelle 2: Ausgewählte regionale Strukturindikatoren, differenziert nach Kreisregionstypen, alte und neue Länder und Deutschland

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Regionales Bevölkerungs- potenzial 2012 (in 1000)	Erreichbarkeit des nächstgelegenen Ober- oder Mittelzentrums 2012 (Minuten)	Arbeitslose je 100 abhängige Erwerbs- personen JD 2012	Kaufkraft je Einwohner 2011 (Euro)	Bruttowert- schöpfung je Erwerbstätigen 2011 (Euro)	Anteil sv-pflichtig Beschäftigter in wissensintensiven, unternehmensorientierten Dienstleistungen 2012 (%)	Durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Industriebetriebe 2012	Übernachtungen im Fremdenverkehr (In- und Ausland) je 100 Einwohner 2012	Anteil der Haushalte mit einer verfügbaren Mindestbandbreite von 50 Mbit/s 12/2012 (%)
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienst- leistungspotenzialen	407	7,6	4,4	45.203	55.653	7,5	125	3,8	43,0
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismus- potenzialen	176	10,4	6,1	39.857	49.925	6,2	127	22,0	27,9
Standorte industrieller Global Player	488	0,0	6,2	42.788	95.476	7,6	1.222	3,0	89,1
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren	947	1,6	6,3	43.067	65.061	18,3	202	5,3	82,5
Regionen mit starken struk- turellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	433	4,8	9,0	36.636	48.814	8,0	105	3,8	40,9
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	1.693	0,1	10,7	37.301	56.987	12,6	139	3,6	82,3
Alte Länder (AL)	652	4,9	5,9	43.299	58.573	11,2	142	4,7	59,6
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	713	5,4	10,7	33.106	46.142	8,4	89	6,2	38,0
Deutschland (D)	664	5,0	6,8	41.125	56.300	10,7	131	5,0	55,0

JD = Jahresdurchschnitt; sv-pflichtig = sozialversicherungspflichtig.

Quelle: Laufende Raumbearbeitung des BBSR, eigene Berechnungen.

Tabelle 3: Ausgewählte regionale Struktur- und Entwicklungsindikatoren zur demografischen Entwicklung im Zeitraum 2000 bis 2012, differenziert nach Kreisregionstypen, alte und neue Länder und Deutschland

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Bevölkerungszahl			Natürliche Bevölkerungsentwicklung 2001 bis 2012			Wanderungen 2001 bis 2012			Lebenserwartung 2009/2010/2011		
	2012		2000-2012	Saldo	Geborene	Gestorbene	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	insgesamt	Männer	Frauen
	in 1.000	%	%	je 100 Einwohner			je 100 Einwohner			Jahre		
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	32.029	39,2	0,3	-1,7	10,1	11,8	2,0	45,6	43,8	43,3	42,1	44,5
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen	4.397	5,4	-1,8	-3,3	9,5	12,8	1,6	46,8	45,3	44,4	43,0	45,8
Standorte industrieller Global Player	411	0,5	4,8	-1,0	11,1	12,2	5,9	67,4	61,6	43,1	41,9	44,3
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren	12.409	15,2	6,5	-0,2	11,5	11,7	6,7	79,3	72,6	42,6	41,3	43,8
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	20.134	24,6	-5,0	-4,0	9,1	12,9	-1,0	40,1	41,1	45,1	43,5	46,6
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	12.370	15,1	0,1	-2,5	10,3	12,7	2,5	47,7	45,1	43,6	42,2	44,8
Alte Länder (AL)	65.426	80,0	1,2	-1,8	10,3	12,2	3,0	52,6	49,7	43,3	42,0	44,5
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	16.326	20,0	-5,5	-3,9	9,0	12,7	-1,6	38,1	39,8	45,6	43,9	47,2
Deutschland (D)	81.752	100,0	-0,3	-2,2	10,1	12,3	2,0	49,5	47,6	43,7	42,4	45,0

Quelle: Laufende Raumbewertung des BBSR, eigene Berechnungen.

Tabelle 4: Ausgewählte regionale Struktur- und Entwicklungsindikatoren zur demografischen Entwicklung im Zeitraum 2011 bis 2030, differenziert nach Kreisregionstypen, alte und neue Länder und Deutschland

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Bevölkerungszahl		Bevölkerungsentwicklung 2011 bis 2030			Durchschnittsalter 2030			Entwicklung des Durchschnittsalters 2011 bis 2030		
	2030		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	in 1.000	%	in%			in Jahren					
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungs- potenzialen	31.557	40,3	-0,4	-0,6	-0,2	47,0	45,9	48,1	3,7	3,8	3,6
Peripher gelegene und gering ver- dichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotezialen	4.214	5,4	-2,9	-3,1	-2,7	48,6	47,4	49,8	4,2	4,3	4,0
Standorte industrieller Global Player	397	0,5	-0,8	0,4	-2,0	45,4	44,4	46,4	2,3	2,5	2,1
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren	12.403	15,8	2,6	4,3	1,0	44,7	43,7	45,6	2,1	2,4	1,8
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	18.066	23,0	-8,1	-8,2	-8,1	48,6	47,2	50,0	3,5	3,7	3,4
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	11.763	15,0	-2,2	-1,5	-2,9	46,0	44,9	47,1	2,4	2,6	2,2
Alte Länder (AL)	64.118	81,8	-0,4	-0,1	-0,7	46,4	45,3	47,5	3,1	3,3	3,0
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	14.281	18,2	-9,7	-9,5	-9,9	49,3	47,8	50,7	3,7	3,9	3,5
Deutschland (D)	78.399	100,0	-2,3	-2,0	-2,5	46,9	45,8	48,1	3,2	3,4	3,0

Quelle: Laufende Raubeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen.

Tabelle 5: Ausgewählte regionale Struktur- und Entwicklungsindikatoren zur demografischen Entwicklung der über 64-Jährigen im Zeitraum 2011 bis 2030, differenziert nach Kreisregionstypen, alte und neue Länder und Deutschland

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Bevölkerung im Rentenalter 2030			Bevölkerung im Rentenalter 2011 bis 2030			Frauen je 100 Männer (ü74-Jährige)		ü74-Jährige je 100 65- bis 74-Jährige		ü64-Jährige je 100 Einwohner		ü64-Jährige je 100 20- bis 64-Jährige	
	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	2011	2030	2011	2011	2011	2030	2011	2030
	in 1.000			%										
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	8.734	3.981	4.754	38,3	44,2	33,8	157,7	135,5	83,2	90,9	19,9	27,7	33,2	50,6
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotezialen	1.277	581	697	35,8	42,3	30,9	161,2	136,4	81,2	93,1	21,7	30,3	36,4	56,9
Standorte industrieller Global Player	98	44	53	18,7	23,6	14,8	154,3	137,5	84,7	96,6	20,5	24,6	33,8	42,6
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren	2.882	1.292	1.590	24,2	31,3	18,9	168,8	141,4	81,7	96,1	19,2	23,2	30,4	39,3
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	5.551	2.488	3.063	26,2	33,6	20,7	169,6	142,1	83,1	95,9	22,4	30,7	36,8	57,8
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	3.003	1.344	1.659	22,0	28,0	17,6	166,1	141,7	81,9	95,6	20,5	25,5	33,1	44,4
Alte Länder (AL)	17.029	7.712	9.317	31,9	38,0	27,2	160,7	137,6	83,8	92,5	20,1	26,6	33,1	47,5
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	4.515	2.017	2.498	25,3	33,5	19,3	175,9	143,8	78,7	98,2	22,8	31,6	36,7	59,5
Deutschland (D)	21.545	9.729	11.816	30,4	37,0	25,5	163,8	138,9	82,7	93,7	20,6	27,5	33,8	49,6

Quelle: Laufende Raumbbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen.

Tabelle 6: Ausgewählte regionale Strukturen des Pflegebedarfs im Jahr 2011, differenziert nach Kreisregionstypen, alte und neue Länder und Deutschland

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Pflegefälle 2011*								
	Insg.	Frauen	über 74- Jährige	Pflegestufe 2 und höher	Frauen je 100 Männer	Insg.	Frauen	über 74-Jährige	Pflegestufe 2 und höher
	in 1.000	Anteil an allen Pflegefällen in %				bezogen auf 1.000 Einwohner, Frauen bzw. über 74-Jährige			
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	898,8	65,7	69,3	48,1	192	28,4	36,8	217	13,6
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismus- potenzialen	142,5	64,9	67,9	47,3	185	32,9	42,0	230	15,5
Standorte industrieller Globalplayer	10,1	65,1	67,8	44,6	187	25,3	32,7	182	11,3
Strukturstarke hoch verdichtete Dienst- leistungszentren	299,9	66,9	68,8	47,0	202	24,8	32,3	198	11,7
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	663,4	66,5	69,2	45,9	198	33,7	44,1	230	15,5
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	369,5	66,8	66,8	44,3	202	30,7	40,0	223	13,6
Alte Länder (AL)	1.829,8	66,1	68,9	47,1	195	28,4	36,9	214	13,4
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	554,3	66,5	68,2	45,3	199	35,0	45,9	238	15,9
Deutschland (D)	2.384,1	66,2	68,7	46,7	196	29,7	38,6	219	13,9

* Die Werte von 2011 basieren auf Schätzungen, auf Basis der Pflegequoten von 2009 und der BBSR-Bevölkerungsprognose 2009-2030.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Pflegestatistik 2009, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bevölkerungsprognose des BBSR 2009-2030 (zensusbereinigt); eigene Berechnungen, Abweichungen sind rundungsbedingt.

Tabelle 7: Ausgewählte regionale Strukturen des Pflegebedarfs im Jahr 2030, differenziert nach Kreisregionstypen, alte und neue Länder und Deutschland

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Pflegefälle 2030								
	Insg.	Frauen	über 74- Jährige	Pflegestufe 2 und höher	Frauen je 100 Männer	Insg.	Frauen	über 74-Jährige	Pflegestufe 2 und höher
	in 1.000	Anteil an allen Pflegefällen in %				jeweils bezogen auf 1.000 Einwohner, Frauen bzw. über 74-Jährige			
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	1.255,2	63,8	76,3	48,1	176	39,8	50,0	230	19,1
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismus- potenzialen	196,5	62,9	75,9	47,2	169	46,7	57,7	242	22,0
Standorte industrieller Globalplayer	13,0	64,1	74,4	44,9	178	32,6	42,0	201	14,7
Strukturstarke hoch verdichtete Dienst- leistungszentren	398,5	64,3	75,4	47,0	180	32,1	40,8	213	15,1
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	882,5	64,5	77,2	46,2	182	48,8	61,9	251	22,6
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	482,8	64,9	74,3	44,6	185	41,0	52,2	244	18,3
Alte Länder (AL)	2.466,8	64,1	75,5	47,2	178	38,5	48,5	228	18,2
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	761,7	64,4	77,9	45,7	181	53,3	67,7	265	24,4
Deutschland (D)	3.228,5	64,2	76,1	46,8	179	41,2	52,0	236	19,3

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Pflegestatistik 2009, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bevölkerungsprognose des BBSR 2009-2030 (zensusbereinigt); eigene Berechnungen, Abweichungen sind rundungsbedingt.

Tabelle 8: Entwicklung ausgewählter regionaler Strukturen des Pflegebedarfs im Zeitraum von 2011 bis 2030, differenziert nach Kreisregionstypen, alte und neue Länder und Deutschland

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Entwicklung der Pflegefälle 2011 bis 2030*								
	Insg.	Frauen	über 74- Jährige	Pflegestufe 2 und höher	Frauen je 100 Männer	Insg.	Frauen	über 74-Jährige	Pflegestufe 2 und höher
	in 1.000	Veränderung des Anteils an insg. in %-Pkt.			in %-Pkt.	Veränderung der Quote je 1.000 Einwohner, Frauen bzw. über 74-Jährige in %			
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	356,5	-1,9	7,0	0,0	-15,4	40	36	6,0	40
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismus- potenzialen	54,0	-2,0	8,0	0,0	-15,3	42	37	5,5	42
Standorte industrieller Globalplayer	2,8	-1,0	6,7	0,3	-8,4	29	28	10,4	30
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren	98,7	-2,6	6,5	0,0	-22,2	30	26	7,5	30
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	219,1	-2,0	8,0	0,3	-16,7	45	40	9,1	46
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	113,3	-2,0	7,5	0,2	-16,8	34	31	9,7	34
Alte Länder (AL)	637,0	-2,0	6,6	0,1	-16,6	35	32	6,3	36
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	207,4	-2,1	9,7	0,5	-17,6	52	48	11,4	54
Deutschland (D)	844,4	-2,0	7,3	0,2	-16,9	39	35	7,5	39

* Die Werte von 2011 basieren auf Schätzungen, auf Basis der Pflegequoten von 2009 und der BBSR-Bevölkerungsprognose 2009-2030.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Pflegestatistik 2009, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bevölkerungsprognose des BBSR 2009-2030 (zensusbereinigt); eigene Berechnungen, Abweichungen sind rundungsbedingt.

Tabelle 9: Ausgewählte regionale Strukturen von Einzelhandel und Postfilialen im Jahr 2012/2013, differenziert nach Kreisregionstypen, alte und neue Länder und Deutschland

Kreisregionstypen/ BBSR-Kreistypen/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Discounter	Supermärkte	Discounter	Supermärkte	Durchschnittliche Luftliniendistanz zum nächsten Discounter/ Supermarkt* (in m) 2013	Postfilialen		Postfilialen darunter:		
	Je 100.000 Einwohner		Versorgungsbereich (in km2)			je 100.000 Einwohner	Durchschnittliche Entfernung zur Filiale (km)	Groß**	Mittel***	Klein****
	2013		2013					Anteil in %		
	2012									
Standorte mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen	19,1	20,3	30,4	28,7	2.587	38,5	2,2	31,7	16,2	20,4
Peripher gelegene und gering verdichtete Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotenzialen	22,8	28,2	41,3	33,3	3.003	47,6	2,5	29,6	15,4	25,4
Standorte industrieller Global Player	19,5	16,9	5,1	5,9	833	28,7	1,1	30,3	13,4	26,1
Strukturstarke hoch verdichtete Dienstleistungszentren	16,2	16,6	6,9	6,7	1.678	29,9	1,1	25,6	14,5	34,3
Regionen mit starken strukturellen Defiziten, teilweise peripher gelegen	23,3	18,4	23,1	29,4	3.048	37,4	2,1	28,7	18,2	24,4
Hoch verdichtete Regionen mit strukturellen Schwächen	17,5	13,8	3,2	4,1	1.000	26,7	0,8	23,9	15,6	36,7
Alte Länder (AL)	18,2	18,5	20,8	20,5	2.380	34,8	1,9	30,0	15,2	24,7
Neue Länder, inkl. Berlin (NL)	25,4	19,3	26,2	34,6	3.452	38,8	2,3	25,7	20,5	28,2
Deutschland (D)	19,6	18,7	22,2	23,4	2.706	35,6	2,0	29,1	16,4	25,5

* Luftliniendistanzen im 250m Raster, ohne Berücksichtigung topografischer Barrieren, einwohnergewichtete Aggregation auf Gemeindeebene; ** vollständiges Sortiment; *** eingeschränktes Sortiment; **** Kleinstsortiment.

Quelle: Firmenverzeichnis wer-zu-wem GmbH, Hamburg (Stand: November 2013); Deutsche Post AG, Filialmanagement; eigene Berechnungen.

Literaturverzeichnis

- Bauer, U. und Wohltmann, H. (2013): Modellvorhaben zum altersgerechten Umbau von kommunaler, sozialer und wohnwirtschaftlicher Infrastruktur. Endbericht eines Projektes im Rahmen des KfW-Förderprogramms „Investitionsoffensive Infrastruktur“, ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Berlin, 161 S. (unveröffentlicht).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2013): Rentenversicherungsbericht 2013. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2008): Wohnen im Alter. Bewährte Wege – neue Herausforderungen. Ein Handlungsleitfaden für Kommunen. Berlin.
- CDU, CSU und SPD (2013) (2013). Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD.18. Legislaturperiode (<https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf> [Zugriff am 7. April 2016]).
- Deutsche Krankenhausgesellschaft (2013): Jede zweite Klinik schreibt rote Zahlen – DKG-Präsident fordert auf Krankenhaustag zukunftsfeste Krankenhausfinanzierung. DKG zum Krankenhaus Barometer 2013. Pressemitteilung der DKG vom 20.11.2013 (http://www.dkg-ev.de/dkg.php/cat/38/aid/11179/start/120/title/DKG_zum_Krankenhaus_Barometer_2013 [Zugriff am 8. April 2016]).
- Europäische Kommission (2010): Digitale Agenda: Investitionen in die digitale Wirtschaft sind laut Kommissionsbericht der Schlüssel zu Europas künftigem Wohlstand. Pressemitteilung vom 17. Mai 2010 zum „Europe’s Digital Competitiveness Report“ (IP/10/571). Brüssel (http://europa.eu/rapid/press-release_IP-10-571_de.htm [Zugriff am 7. April 2016]).
- Europäische Kommission (2012): Digitale Agenda: Kommission beginnt öffentliche Konsultation zur Kostensenkung beim Ausbau des Hochgeschwindigkeits-Internets. Pressemitteilung vom 27. 4. 2012 - IP/12/434. Brüssel (http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-434_de.htm?locale=en [Zugriff am 7. April 2016]).
- Gies, J. (2014): Grundlagenexpertise „Mobilität im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“. In: Difu-Berichte 2/2014, S. 14.
- Hamm, R. und Wienert, H. (1990): Strukturelle Anpassung altindustrieller Regionen im internationalen Vergleich, Schriftenreihe des rheinisch-westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen. Heft 48. Berlin: Duncker und Humblot.
- Hampe, J. (2005): Neue Ökonomische Geographie. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, 4. Auflage, Hannover: ARL, S. 713-719.
- Jochimsen, R. (1996): Infrastruktur. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: ARL, S. 490-498.

- Kremer-Preiß, U., Mehnert, T., Stolarz, H. und Staubermann, V. (2011). Wohnen im Alter. Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf. Ein Projekt des Forschungsprogramms „Allgemeine Ressortforschung“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), betreut vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Schriftenreihe Forschungen 147.
- Kretschmer, T., Czernich, N. Falck, O. und Wößmann, L. (2011). Broadband Infrastructure and Economic Growth. Vortrag im Rahmen der WIK Fibre Conference am 6. Juni 2011 in Berlin.
(http://www.wik.org/fileadmin/Konferenzbeitraege/2011/Fibre_Network/Kretschmer.pdf [Zugriff am 7. April 2015]).
- Kubis, A., Titze, M., Brachert, M., Lehmann, H. u. a. (2010): Regionale Entwicklungsmuster und ihre Konsequenzen für die Raumordnungspolitik. Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Sonderheft 3/2009.
- Linder, M. und Rennhak, C. (2014): Lebensmittel-Onlinehandel in Deutschland. Reutlinger Diskussionsbeiträge zu Marketing & Management. Hochschule Reutlingen, Nr. 2012-4.
- Maretzke S., Eltges, M. und Pütz T. (2012): Infrastrukturindikator für die Neuabgrenzung des GRW-Regionalfördergebietes ab 2014. Endbericht. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Bonn.
- McKinsey Global Institute (2011): Internet Matters: The Net’s sweeping impact on growth, jobs and prosperity.
(http://www.mckinsey.com/insights/high_tech_telecoms_internet/internet_matters [Zugriff am 7. April 2016]).
- Nowossadeck, E. (2010): Morbiditätsprognosen auf Basis von Bevölkerungsprognosen. Welchen Beitrag kann ein Gesundheitsmonitoring leisten? In: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 53, S. 427-434.
- Prognos (2013): Zukunftsatlas 2013. Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb
(<http://www.prognos.com/publikationen/atlasreihe/zukunftsatlas-2013-regionen/> [Zugriff am 7. April 2016]).
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (2014): Bedarfsgerechte Versorgung – Perspektiven für ländliche Regionen und ausgewählte Leistungsbereiche. Gutachten 2014. Langfassung, S. 429f.
(http://www.svr-gesundheit.de/fileadmin/user_upload/Aktuelles/2014/SVR-Gutachten_2014_Langfassung01.pdf [Zugriff am 8. April 2016]).
- Spangenberg, Martin (2003):Regionales Bevölkerungspotenzial. In: INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR - Nr. 6/Dezember 2003 S. 10.
(http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSRInfo/2000_2006/DL_6_2003.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (urn:nbn:de:0093-INFO0603E4) [Zugriff am 5. Juli 2016]).
- Springer Gabler Verlag (Hrsg.) (o. J.): Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Krankenhaus, online im Internet:
(<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/74667/krankenhaus-v9.html> [Zugriff am 7. April 2016]).
- Statistisches Bundesamt (2013): Pflegestatistik 2011 - Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung - Deutschlandergebnisse. Wiesbaden.

- Troeger-Weiß, G., Domhardt, H.-J., Hemesath, A., Kaltenegger, C. u. a. (2009): Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen. Arbeitspapiere zur Regionalentwicklung. Elektronische Schriftenreihe des Lehrstuhls Regionalentwicklung und Raum-ordnung der Technischen Universität Kaiserslautern. Band 3.
(http://www.uni-kl.de/rur/fileadmin/Medien/Publikationen/E-Paper/AzR_E-Paper_Band3_kl.pdf [Zugriff am 6. April 2015]).
- Union Investment (Hrsg.) (2013): Vorsorgeatlas Deutschland 2013.
(http://www.dia-vorsorge.de/fileadmin/userfolders/downloads/pdf/Vorsorgeatlas_2013.pdf, [Zugriff am 6. April 2015]).
- Waltersbacher, M. und Scharmanski, A. (2010): Wohnungsmärkte im Wandel. Zentrale Ergebnisse der Wohnungsmarktprognose 2025. Schriftenreihe BBSR-Berichte KOMPAKT, 1 / 2010.

Regionale Disparitäten in Deutschland auf der Ebene von Gemeinden und Kreisen

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Autoren: Dr. Steffen Maretzke (BBSR) und Daniel Kreft (Universität Rostock)

Die Expertise wurde im Mai 2014 in Auftrag gegeben und im Oktober 2014 eingereicht. Das Jahr der Veröffentlichung ist 2016.

Expertisen zum Siebten Altenbericht der Bundesregierung

Herausgegeben von

Jenny Block, Christine Hagen und Frank Berner
mit Unterstützung von Angela Braasch

Geschäftsstelle für die Altenberichte der Bundesregierung
Deutsches Zentrum für Altersfragen
Manfred-von-Richthofen-Str. 2
12101 Berlin

Mail: geschäftsstelle@dza.de

Die Erstellung der Expertisen für die Altenberichte der Bundesregierung wurde und die Geschäftsstelle für die Altenberichte der Bundesregierung wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Wir empfehlen die folgende Zitierweise für dieses Dokument:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2016): Regionale Disparitäten in Deutschland auf der Ebene von Gemeinden und Kreisen. Erstellt von S. Maretzke und D. Kreft. Expertise zum Siebten Altenbericht der Bundesregierung. Herausgegeben von J. Block, C. Hagen und F. Berner. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.